

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: pro Nummer 5 Pf., monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk., halbjährlich 8,50 Mk., jährlich 16,50 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Anrufnummer für Deutschland und Österreich: Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1874.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgebundene Wort 50 Pf., täglich 2 festgebundene Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenbewerbungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Berlin  
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. April 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Zum Wahlrechtskampf in Braunschweig.

Das Herzogtum Braunschweig hat zur Landesvertretung ein Wahlrecht, das als eines der rückständigsten auf dem europäischen Kontinent zu bezeichnen ist. Der Landtag, oder wie man hier sagt, die Landesversammlung setzt sich aus 48 Abgeordneten zusammen, die auf Grund eines Dreiklassen- und Ständewahlrechts gewählt werden. Es wählt der Grundbesitz, die Beamten, die gelehrten Berufe und das Großgewerbe. Bei diesem Wahlrecht fällt die zahlreichste und wirtschaftlich bedeutungsvollste Klasse, das Lohnproletariat, völlig aus. Die Arbeiterschaft ist zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt, sie hat nur das Recht, Steuern zu zahlen und den Mund zu halten. In die politische Verwaltung und Vertretung des Landes vermag sie nicht einzudringen. Alle Versuche, dieses reaktionäre Wahlsystem, das selbst nach bürgerlicher Politik nur noch in Mecklenburg und Montenegro schlechter ist, zu Fall zu bringen, scheiterte an der Eifersucht und am engherzigen Egoismus der herrschenden Klassen und an der Sozialistenangst der Landesregierung.

Die bürgerlichen Kreise vegetieren in einem unbefriedigenden politischen Stumpfsein dahin, einem Stumpfsein, dem seit der Thronbesteigung durch den Schwiegersohn Wilhelms II. noch ärger geworden ist und der durch die bürgerliche Presse in einem nicht mehr zu überbietenden latenten Selbstvertrauen noch besonders gepflegt wird.

So hat denn die Arbeiterschaft seit Beginn dieses Jahres den Kampf um ein anderes Wahlrecht wieder in verstärkter Weise aufgenommen. Die erste Wahlrechtsdemonstration fand bei Erlaß der Thronrede und der Zusammenberufung der Landesversammlung Mitte Januar statt. In sechs Versammlungen protestierten die Arbeiter Braunschweigs gegen die Nichtbeachtung ihrer berechtigten Forderung auf ein gleiches, allgemeines, geheimes und direktes Wahlrecht. Als die Versammlungsteilnehmer nachher auf die Straße zogen und laut und vernünftig auf die Herstellung der Grundrechte des Volkes bestanden, da schritt auch schon die Polizei ein. Die Nervosität der Behörden steigerte sich, als am 1. Februar, einem Sonntag, 15.000 Arbeiter auf dem größten Platz in Braunschweig für ein anderes Wahlrecht demonstrierten. Polizei zu Fuß und zu Pferde suchte die berühmte braunschweigische „Ordnung“ zu retten, aber gegen den Willen der empörten Massen war die staatsretterische Strategie der Polizei ohnmächtig. Schließlich räumte die Schnausende und hin und her pendende Landesverteidigung das Feld und die Massen verließen sich.

Diese Demonstration der Arbeiter sowohl als auch das unglaubliche Benehmen der Polizei hatte das politische Erwachen liberaler bürgerlicher Kreise zur Folge. Einige politisierende Advokaten begründeten die Straßendemonstrationen als legitimes und zweckmäßiges Kampfmittel einer politisch völlig entrechteten Klasse und sogar ein Pfarrer sprach den Straßendemonstranten seine Sympathien aus, was ihm natürlich keine Schmeicheleien von seinen Amts- und Klassengenossen eingebracht hat. Im Stadtverordnetenkollegium zu Braunschweig kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den sozialdemokratischen Stadtverordneten und der bürgerlichen Mehrheit des Kollegiums wegen der polizeilichen Maßnahmen anlässlich der Wahlrechtsdemonstrationen. Der Oberbürgermeister, selbst Landtagsabgeordneter, erklärte, daß das Wahlrecht reformbedürftig sei und er gern für ein besseres Wahlrecht eintreten wolle, aber mit Wahlrechtsdemonstrationen solle man Braunschweig verschonen. Den gleichen Wunsch brachte kürzlich auch ein Oberamtsrichter als Vorsitzender des Schöffengerichts zum Ausdruck; dieser Herr hatte einen Wahlrechtsdemonstranten zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt und in der Urteilsbegründung gesagt, daß ganz gewiß viele Leute mit dem jetzigen Wahlrecht unzufrieden seien, aber mit Hilfe von Wahlrechtsdemonstrationen werde es niemals (?) gelingen, dieses Wahlrecht zu beseitigen. Das ist für einen Richter, der objektiv urteilen und jenseits der politischen Parteikämpfe stehen sollte, eine ganz gewiß bemerkenswerte Leistung.

Die Arbeiterschaft hat aber nicht locker gelassen, sondern noch einige Wahlrechtsdemonstrationen veranstaltet, bei denen sich die Polizei eine gewisse Zurückhaltung auferlegte. Das war sehr weise, denn die Delinquanten der Polizisten und Radwächter hatten Braunschweig in einen bösen Ruf gebracht. Es ist auch verbürgt, daß der Herzog sich über die Ursachen der Straßendemonstrationen Vortrag halten ließ und dabei vom Minister die tröstliche Zusicherung erhielt, daß in absehbarer Zeit die Straßendemonstrationen nachlassen würden, weil beachtlich sei, im Landtage regierungseitig eine Erklärung zum Wahlrecht abzugeben.

Diese Erklärung ist nun inzwischen auch im Landtage abgegeben worden. Sie ist geeignet, politische Köpfe, nicht aber aufgeklärte Staatsbürger zufriedenzustellen. Der leitende Minister brachte nur zum Ausdruck, daß die Regierung „nach wie vor“ eine Änderung des Wahlrechts erwäge, aber es seien so viele notwendige statistische Vorarbeiten dazu zu erledigen, daß in diesem Jahre dem Landtage ein Wahlgesetzentwurf kaum vorgelegt werden dürfte!

Wenn die hohe Landesregierung glaubt, mit ihrer platonischen Erklärung den Wahlrechtskampf der Arbeiterklasse zu lähmen, so wird sich zeigen, daß sie sich verrechnet hat. Das schien auch ein Landtagsabgeordneter zu empfinden, der bei der Beratung des Polizeietats die Anregung gab, einige tüchtige Beamte im Photographieren auszubilden, damit diese dann bei „Verbrechen und Aufruhr“ Momentaufnahmen machen könnten. Wir werden also in nächster Zeit wahrscheinlich das Vergnügen haben, die heilige Hermandad nicht nur mit Säbeln, Revolvern und Gummimüppeln, sondern auch mit Photographenapparaten ausgestattet zu sehen.

Je genauer man sich die Tätigkeit der gesetzgebenden Versammlung des Herzogtums Braunschweig ansieht, desto mehr muß man zu der Überzeugung von der Notwendigkeit der Reform des Wahlrechts kommen. Mit einer solchen auf den trassen Eigeninnig eingestellten Landesvertretung kann selbst eine reaktionär gefärbte Regierung auf die Dauer nicht arbeiten. Jeder Stand sucht möglichst viel für seine Glieder herauszuschlagen und alle zusammen sorgen nur für ihre Stippen und ihre Brut.

Das kleine Land mit kaum einer halben Million Einwohner hat ungefähr 5000 Beamte (inkl. Kommunalbeamte) zu erhalten, und diese Bureaucratie hat natürlich das Bestreben, sich stärker zu vermehren, als es die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes gestattet. Deshalb betrachtet die Regierung die Reorganisation der Verwaltung als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Mit diesem Landtag wird diese Aufgabe niemals gelöst werden können; die maßgebenden Familien des Landes wachen eifersüchtig darüber, daß ihr Nachwuchs an die Futtertruppen des Staates oder der Kommune gelangen.

Auch in vielen anderen Fragen der Landespolitik ist eine Volksvertretung von der Qualität der braunschweigischen nicht geeignet, in fortschreitendem Sinne zu wirken. Jahrzehntlang ist die Verpachtung der Domänen an die Lieblinge der Regierung zu Bedingungen erfolgt, die den Pächtern riesige Gewinne einbrachten. So erklärte kürzlich ein Domänenpächter, bei der Neuverpachtung seiner in der Nähe der Stadt Braunschweig gelegenen Domäne 19.000 M. freiwillig mehr Pacht zahlen zu wollen, obwohl ihm aus der Domäne ein schöner Fezzen Landes zu einer Gartenstadt herausgeschnitten wurde. Den Morgen Land, für den er dem Staate 8 Mark Pacht zahlte, verpachtete er für 100 Mark an Barzellenbauern weiter. Ähnliche Zustände wurden noch bei Verpachtung anderer Domänen festgestellt.

Man mag hinblicken, wohin man will, überall sehen wir, wie sich die herrschenden Klassen und ganz besonders die Bureaucratie im Lande wohnlich einrichten. Auf den Schultern der arbeitenden Massen, die in politischer Rechtslosigkeit gehalten werden, errichtete die Bourgeoisie ihr Machtbereich.

Nun kommt durch die Massenbewegung der Arbeiterschaft die Position der herrschenden Klassen ins Schwanken. Man bietet Polizei und Gerichte auf, um die Massenaktion lahmzulegen, die empörten Arbeiter einzuschüchtern. Aber die Braunschweiger Arbeiterschaft und ganz besonders die Sozialdemokratie hat mit ihrem Clar die besten Erfolge erzielt. Der Zusammenhalt der Arbeiter ist fester geworden, die Partei hat es in der Stadt Braunschweig auf 10.000 Mitglieder gebracht, und mehr als je hat sich im Laufe des Wahlrechtskampfes gezeigt, daß die Sozialdemokratie der Sauerteig des gesamten politischen Lebens zu werden vermag, wenn sie furchtlos von den Machtmitteln Gebrauch zu machen versteht, die das Gebot der Stunde erheischt.

## Die Reifer Burschentragedie.

In Reife warfen sich am Morgen des 25. Februar die beiden Soldaten Weiß und Schremer, Gurken des Generalmajors Voß, vor einen Zug und wurden getötet. Diesem hartbaren militärischen Drama war ein Konflikt zwischen den Soldaten und dem Generalmajor vorausgegangen. Die Gurken, spät zu Bett gegangen und tobend, waren von dem Generalmajor dadurch geweckt worden, daß er ihnen kaltes Wasser über den Kopf goß. In der begreiflichen Erregung darüber hatten sich die so Geweckten an Voß vergriffen. Es wurden in der Folge noch allerhand erbauische Dinge über das Burschenleben bei dem Generalmajor mitgeteilt. Ein Zentrumsblatt wies darauf hin, daß der Burschenschwefel bei diesem Vorgehen ein außerordentlich großer gewesen sei, daß die Soldaten schwer zu leiden gehabt hätten unter den Taktiken einer Hauskälterin usw. usw. Um der Sache auf den Grund zu gehen, richtete der Abg. Erzberger eine „Kleine Anfrage“ an den Reichskanzler, in der er um Auskunft über das Ergebnis der militärgerichtlichen Untersuchung des Vorfalls ersuchte. Der Staatssekretär Dr. Deßbrück hat nun in Vertretung des Reichskanzlers folgende Antwort auf die Frage Erzbergers erteilt:

„Die Stabsordomanz Hilar Weiß, Infanterieregiment Nr. 6, und der Bursche, Reifler Schremer, Infanterieregiment Nr. 62, beide kommandiert zum Generalmajor Voß, Kommandeur der 24. Infanteriebrigade zu Reife, haben in der Frühe des 25. Februar 1914 Selbstmord verübt, nachdem Weiß tags zuvor mittels einer Waffe den Generalmajor Voß angegriffen und erheblich verletzt hatte. Der Grund zum Selbstmord wird bei Weiß keine wegen der Tat gewesen sein, wobei bemerkenswert ist, daß der General, wie die Vernehmung der Angehörigen und Kameraden der Burschen ergeben hat, diesen bisher stets

ein freundlicher und wohlwollender Vorgehender gewesen war. Möglicherweise ist auch Furcht vor schwerer Strafe der Grund zum Selbstmord gewesen, obwohl eine solche wegen des Angriffs auf den General nicht sicher zu erwarten war. Die gerichtlichen Feststellungen lassen es nämlich als nahezu ausgeschlossen erscheinen, daß der Mordfall vorher geplant gewesen ist. Es muß vielmehr mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß in der halb finsternen Stube Weiß den General, der mit Schlafrock bekleidet war und noch niemals vorher früh die Burschenstube betreten hatte, bei seinem Angriff überhaupt nicht erkannte, sondern, aus festem Schlaf durch Bespritzen des Kopfes mit etwas Wasser geweckt, in Schrecken oder Schlaftrunkenheit auf der vermeintlichen Eindringling eingeschlagen hat. Ob und in welcher Weise Schremer sich etwa an den Tätligkeiten beteiligt hat, vermag General Voß nicht zu behaupten, da er bei dem von hinten verübten Angriff des Weiß sich sofort gegen diesen wandte. Wenn Schremer an dem tätlichen Angriff nicht beteiligt gewesen ist, so hat er sich mit Weiß zusammen wohl deshalb das Leben genommen, weil er mit Rücksicht auf seine in der ersten Bestürzung begangene Flucht befürchtete, für den Mitschuldigen des Weiß gehalten zu werden. Vielleicht war er auch schon vorher aus Gram über eine ihm angehängte Bestrafung zum Selbstmord entschlossen. Eine Bestrafung sowohl, wie die Ablösung des Schremer als Burschen und des Weiß als Stabsordomanz sollte erfolgen, weil sie sich in der Nacht vom 21. zum 22. Februar ohne Urlaub herumgetrieben und eingekerkert hatten, daß sie sich mehrfach in gleicher Weise vergangen hätten. Schremer hatte bereits nach Androhung der Bestrafung Selbstmordgedanken geäußert.

In einem Einreiten gegen irgend jemand hat die unter Verächtlichung aller überhaupt in Betracht kommenden Fragen geführte gerichtliche Untersuchung des tiefbedauerlichen Vorfalls nicht den geringsten Anlaß gegeben. Die Weerdigung der beiden Soldaten fand nicht in der Heimat, sondern im Garnisonorte statt, weil die Eltern die Ueberführung der Leichen nicht wünschten. Die Frage ist mit den Angehörigen mündlich durch die zuständige Dienststelle erörtert worden; in einem Falle mit den Eltern selbst, im anderen mit dem Bruder des Soldaten, der im Auftrag der Mutter handelte.

Die Mutter Schremers hat indessen nachträglich (13. März 1914) um die Ueberführung der Leiche nach der Heimat gebeten. Dieser Bitte wird stattgegeben werden.

Die ganze Darstellung ist offensichtlich darauf berechnet, alles in schönster Ordnung erscheinen zu lassen. Weder wird die Frage beantwortet, wieviel Burschen der Generalmajor in der letzten Zeit gehabt, noch die Frage, ob die Soldaten nicht durch allerhand vorausgegangene Dinge bis zum Aufbruch gereizt waren, ehe sie sich an dem General vergriffen. Freilich, die beiden Soldaten sind tot, sie können nicht mehr Zeugnis ablegen und man kann nun verschweigen, was zu sagen für die Befehligen unangenehm wäre. Aber glauben wird kein Mensch, daß sich ein paar junge kräftige Menschen, das Leben nehmen aus Gram oder Furcht vor ein paar Tagen Arrest, ebenso wenig wie die phantastische Erzählung Glauben finden wird, daß der Soldat Weiß auf den General losgeschlagen, in der Annahme, einen nächtlichen Eindringling abzuwehren. Diese Erwägungen drängen sich jedem auf, der halbwegs mit militärischen Einrichtungen Bekantheit weiß. Wenn sich die Antwort der Regierung vorsichtig darum herumdrückt, so verstärkt das nur den Eindruck, daß sie mehr verbergen als sagen will.

## Pharisäer und Heuchler.

Einen fürchterlichen Reinfall kann die konservativ-bauernbündlerische Partei Württembergs buchen, nachdem das wesenverwandte Zentrum das gleiche Kalteur noch nicht verschmerzt hat. Wie bekannt, glauben die beiden genannten Parteien zurzeit ihre „staatserkhaltende, unwandelbar tren monarchische Bestimmung“ und ihren abgrundtiefen Abscheu vor der Sozialdemokratie besonders stark betonen zu müssen. Wer die sozialdemokratische Partei als gleichberechtigt mit anderen Parteien anzuerkennen geneigt ist, der gehört zum Abicham der Reichheit. Wer gar taktische Wahlabmachungen mit der Sozialdemokratie unter Umständen für geboten erachtet, besonders dann, wenn solche Abmachungen sich gegen Zentrum und Konservative richten, der gehört gerädert und gehent!

So liest man's täglich in der konservativen und in der Zentrumspresse. So reden die Vertreter dieser Parteien in den Parlamenten und außerhalb des Hauses. Dem württembergischen Zentrum ist, wie berichtet, diese Hege sehr übel bekommen. In einer der letzten Sitzungen der württembergischen Zweiten Kammer, als die schwarzen „Volksvertreter“ just wieder in „Todesfeindschaft“ gegen die Sozialdemokratie schwelgten und die fortschrittliche Volkspartei antempelten, weil diese Partei bei der letzten Landtagswahl in einzelnen Wahlkreisen wahlstattliche Abmachungen mit der Sozialdemokratie getroffen hatte, wurde den reaktionären Heuchlern von der Sozialdemokratie böss heimgelacht. Es wurde der Nachweis geführt, daß auch vom Zentrum versucht worden war, sozialdemokratische Stimmen zu ergattern, selbstverständlich gegen entsprechende Leistung in einem anderen Wahlkreise. Stürmische Heiterkeit erregte ferner die Feststellung, daß nicht nur für die Landtagswahl in Württemberg, sondern auch für die Reichstagswahl außerhalb Württembergs die gültige Vermittlung württembergischer Parteigenossen von Zentrumsseite erbeten worden ist. Früh morgens um 6 Uhr schon hat der württembergische Zentrumsabgeordnete Herbst den Genossen Aktutat aus dem Bett geholt, um dem Zentrum die sozialdemokratischen Stimmen im Konstanzer Reichstagswahlkreis wenn möglich zuzuführen — gegen Wahlhilfe des Zentrums in einem württembergischen Landtagswahlkreis. An der Abneigung der Sozialdemokratie, mit dem Zentrum

# Politische Uebersicht.

Prompt dementiert!

Nachdem in den letzten Tagen die reaktionäre Presse von der ehrsamem „Kreuz-Ztg.“ bis zu den gemischt-liberalen „Hamburg. Nachrichten“ dem Strelitzer Staatsminister Dr. Boffart wegen der Unterredung, die er einem Mitarbeiter des „Verl. Tageblatts“ gewährte, von oben herab ihr höchstes Mißfallen ausgesprochen und ihn direkt angewiesen hatten, den im Woffblatt veröffentlichten Wortlaut des Gesprächs zu dementieren, war jedem Politiker klar, daß alsbald irgendwo in einem Regierungsblatt ein Dementi der Erzellenz Boffart erscheinen werde; denn welcher mecklenburgische Minister darf es wagen, die Junker zu brüskieren, und welcher besitzt die Energie und den Verstand, den offenen Kampf gegen die Ritter des Landes mit dem Symbol des Dachsenkopfes aufzunehmen? Tatsächlich bringt denn auch bereits heute die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ folgende schöne Erklärung über das im „Verl. Tagebl.“ erschienene Interview:

„Der betreffende Vertreter des Blattes (des „Verliner Tageblattes“) hat vor einigen Tagen den Minister „in einer wichtigen Angelegenheit“ um eine Unterredung gebeten, die ihm, da der Zweck seiner Bitte nicht erkennbar war, auch gewährt wurde. Hierbei richtete er die Frage an den Minister, ob der Regierung in der mecklenburgischen Verfassungsangelegenheit eine Unterstützung durch die Presse erwünscht sei. Der Minister bejahte diese Frage unter Hinweis darauf, daß die Regierungen das Zustandekommen der Reform wiederholt als Staatsnotwendigkeit bezeichnet hätten, fügte aber ausdrücklich hinzu, daß gerade die liberale Presse der Sache am besten dadurch dienen würde, daß sie ihre übertriebenen Forderungen einschränke. Wünsche z. B. wie das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht seien selbstverständlich unerfüllbar und könnten daher nur schaden, da ein Ausbau der Verfassung nur auf der historisch gewordenen Grundlage möglich sei. — Die weiteren Äußerungen des Ministers sind in dem betreffenden Artikel teils direkt unrichtig wiedergegeben, teils tendenziös zugespitzt, das gilt insbesondere für die Ausführungen über die Frage der Einmischung des Reiches in die mecklenburgische Verfassungsangelegenheit und bezüglich der weiteren Behauptung, daß der Minister der liberalen Presse für ihre bisherige dankenswerte Unterstützung in der Verfassungsfrage ein besonderes Lob gespendet habe.

Diese letztere Behauptung ist frei erfunden, und was die Frage der Einmischung des Reiches anbelangt, so ist von dem Minister betont worden, daß er die Weigerung des Bundesrats, sich durch Erweiterung der Reichskompetenz in die einzelstaatlichen Verfassungsverhältnisse einzumischen, schon mit Rücksicht auf den Ansturm gegen die preussische Verfassung für durchaus begreiflich und berechtigt halte. Die ganze Unterhaltung ist vom Minister als eine rein persönliche und nicht für die Öffentlichkeit bestimmte angesehen worden. Eine Bitte, den Inhalt der Unterredung veröffentlicht zu dürfen, ist nicht gestellt, auch ist eine Genehmigung seitens des Ministers dazu nicht erteilt worden.“

Ganz das übliche Dementi — nur etwas weniger energisch, als man nach den drohenden Anzählungen der konservativen Blätter erwarten durfte. Die „Kreuz-Zeitung“ fühlt sich denn auch im wesentlichen von dieser ministeriellen Abbitte befriedigt. Sie schreibt: „Erstreckungswerte war unsere Hoffnung, daß der Mitarbeiter des „Verliner Tageblatts“ über seine Unterredung mit dem Strelitzer Staatsminister Dr. Boffart mangelhaft berichtet habe, berechtigt.“ Vergeben werden freilich trotzdem die Junker dem Staatsminister Dr. Boffart diesen Seitenprung nicht — und niemand wird sich wundern, wenn nach kurzer Schonzeit aus Mecklenburg die Kunde kommt, Herr Boffart hätte aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied genommen.

## Von der deutsch-russischen Grenze.

Unser liebenswürdiger Nachbar an der Ostgrenze scheint sich wieder mal einen der bekannten Uebergriffe erlaubt zu haben. Der „National-Ztg.“ wird darüber berichtet:

Am Mittwoch, den 8. April, waren mehrere Fischer, die am Kurischen Haff anässig sind, mit einer Ladung Fische in die Gegend des Grenzortes Laddehnen gekommen. Sie fuhren den Grenzfluß Szegzuppe hinauf, um das Dorf Klein-Dorgassen zu erreichen, wo sie Stinte absetzen wollten. Zwischen Laddehnen und Dorgassen bildet der Fluß die Landesgrenze zwischen Rußland und Preußen. Die nördliche Hälfte gehört zu Rußland, die südliche zu Deutschland. Die Grenze geht mitten durch den Fluß. Die Fischer waren bemüht, sich möglichst auf der deutschen Seite zu halten. Die Szegzuppe führt jedoch Hochwasser und durch die Strömung scheint das Boot der Fischer nach der russischen Seite hinübergetrieben zu sein. Als sie in die Nähe des russischen Ufers kamen, tauchten am Rande des Flusses Soldaten auf, die ihnen etwas zuriefen. Die Fischer gaben sich jetzt alle Mühe, wieder nach der preussischen Seite hinüber zu gelangen. Ehe sie jedoch die Mitte des Flusses erreicht hatten, fielen vom Ufer her mehrere Schüsse und Kugeln prasselten gegen das Boot. Zwei Fischer warfen sich sofort auf den Boden des Rahmes und entgingen so der Gefahr, getroffen zu werden. Der dritte verweilte zu lange stehend und wurde durch mehrere Kugeln an den Armen und Beinen sowie durch einen Streifschuß am Kopfe verwundet. Die Fischer zählten im ganzen zehn Schüsse. Als das Gewehrfeuer aufgehört hatte, trachten die beiden unverletzten Männer das Boot unter Aufbietung aller Kräfte zum preussischen Ufer hinüber und trugen den Schwerverletzten in den nächsten Ort, wo ein Arzt sich seiner annahm. Sodann erstatteten sie Anzeige, aber inzwischen war schon ein Offizier der russischen Grenztruppe, der durch das Schießen aufmerksam geworden war, herbeigeeilt und hatte die Grenzsoldaten, die die Schüsse abgegeben hatten, durch einige andere Soldaten entwaffnen und abführen lassen. Der Vorfall dürfte durch das Vorgehen des russischen Offiziers im Prinzip erledigt sein.“

## Keine preussische Wahlreform!

Die „Kreuz-Zeitung“ erfährt, daß im preussischen Ministerium des Innern keine neue Wahlreform in Vorbereitung sei. Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ sei falsch. Seit dem Scheitern der letzten Wahlrechtsreform in Preußen habe sich das zuständige Ministerium des Innern überhaupt mit keinen Vorbereitungen für eine neue Wahlvorlage befaßt. Hierzu bemerkt die Redaktion des Blattes noch, daß die Nachricht mit einer anderen vollkommen übereinstimme, die ihr bereits vor einigen Tagen von anderer Seite zugegangen sei.

## Der Waffengebrauch des Militärs.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist in ihrer Ausgabe vom Mittwochabend in der Lage, einzelne Paragraphen der neuen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs im Wortlaut wiedergeben zu können. § 2 bestimmt:

Frau des Gärtners. Eine weitere Hilfskraft zur Verfügung zu stellen, lehnte der Besitzer ab. Die Gärtnersfamilie hatte bei Uebernahme der Stellung vor etwa 2½ Jahren zwei Kinder. Als nach Verlauf eines Jahres ein drittes Kind ankam, gab es dieserhalb mit dem Arbeitgeber schon Differenzen. Um die Stellung nicht zu verlieren, mußte sich die Gärtnersfrau entschließen, ihr Kindlein schon mit dem nächsten Monat von der Mutterbrust zu entwöhnen. Nach abermals einem Jahre kündete sich das vierte Kind an. Und nun war die Langmut des christlichen Besitzers zuende. Die Gärtnersfamilie erhielt um dieser Frevelthat willen ihre Kündigung und mußte die Stellung räumen. Ihr Nachfolger wurde ein lediger christlicher Gärtner, der nun mit seiner ledigen christlichen Schwester den Garten- und Wirtschaftsbetrieb versieht.

Das Pestalozzi-Kindelhaus II in Berlin (Berliner Verein für Volkserziehung) ersuchte einen Stellennachweis um Ueberweisung eines Gärtners, der gewillt sei, die Stellung eines Hausmeisters in dem betreffenden Hause zu übernehmen. „Er kann verheiratet sein, darf aber höchstens ein älteres Kind haben.“ Warum nur eins? „Weil die Wohnräume beschränkt sind.“ Und warum sind die Wohnräume beschränkt? Das verspricht der Verein für Volkserziehung. Man darf aber annehmen: um damit eine plausible Erklärung und Entschuldigung für die Vertragsbedingung „höchstens ein Kind“ zur Hand zu haben. Und das trotz Pestalozzi und Frebel . . . . .

„Christliches, kinderloses Ehepaar zur Bearbeitung eines circa 2½ Morgen großen Gartengrundstücks bei monatlich (1) 45 Mk., freier Wohnung und selbst gemonnetem Gemüse für eigenen Bedarf gesucht. Adr. Dr. 671, Filialegeb. d. Berl. Lokalanzeiger, Raubstr. 33.“ Christlich und kinderlos sind hier offenbar des enormen Gehaltes wegen Voraussetzungen für Annahme dieser Stellung.

„. . . Die Frau des Gärtners muß mit Federweid Bescheid wissen und zwei Schweine füttern, eins davon gehört ihr. Im Sommer, solange die Herrschaft auf dem Lande ist, wofür die Frau von 2 bis 6 Uhr der Herrschaft zur Verfügung stellen. Bei freier Wohnung sehe ich ein Monatsgehalt (1) für den Gärtner (die Frau hat die Arbeiten unentgeltlich zu leisten) auf 60 Mk. fest; bisher habe ich nur 54 Mk. gegeben. Frau Dr. Trost, Berlin, Zimmerstraße.“

„Herrschafliches kinderloses Auischer-Ehepaar, welches mit Haus- und Gartenarbeit völlig vertraut ist, zum 1. April gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen zu richten an Major von der Wense, Oberrambö bei Schwerin a. d. Warthe.“

„Suche zum 15. Februar oder 1. März für meinen Abstellstall von 20 bis 25 Kühen einen zuverlässigen, nüchternen, verheirateten holländischen Schweizer, ohne oder mit einem Kind. Persönliche Vorstellung wird gewünscht. Lohn nach Uebereinkunft. Joh. Bindek, Gut Färkelroth bei Grätzsch, Kreis Solingen.“

„Für einen Abstellstall von 40—50 Kühen wird zum 1. Mai dieses Jahres ein zuverlässiger verheirateter Schweizer gesucht. Der Stall ist modern eingerichtet und bequemt zu versorgen, da Schlempe gefüttert wird. Schöne freundliche Wohnung ist ebenfalls vorhanden. Der jetzige Schweizer, welcher schon 8 Jahre die Stellung bekleidet, verläßt dieselbe nur, weil seine Frau infolge größerer Anzahl kleiner Kinder nicht mehr helfen kann. Familie, welche selbständig mit einem größeren Sohn den Stall versorgen kann, erhält den Vorzug. Angebote nebst Einsendung von Zeugnisabschriften und Angabe der Lohnansprüche bei freier Wohnung, Brand und Licht unter T. 7469 durch den Verlag dieses Blattes (Feld und Wald, Offen-Ruhr) erbeten.“

„Heiliger solider Waldarbeiter mit nur kleiner Familie für dauernde Anstellung gesucht. Bewerber wollen Offerte mit Zeugnisabschriften nebst Angabe der Gehaltsansprüche senden an Justizrat Simons, Altena i. W.“

„Zu sofortigem Eintritt ein verheirateter Pferde-Inecht, möglichst kinderlos, eventuell mit älterem Bruder oder Sohn, bei hohem Lohn gesucht. Kammerhof bei Reub.“

## „Lebensstellung.“

Zum 1. Mai tüchtiger, äußerst nüchtern, verheirateter, aber kinderloser Schweineknecht gesucht. Selbiger muß in der Rästerei sowie in der Aufzucht bewandert sein. Alter nicht unter 30 Jahre. Frau muß melken können. Angebote an die Direktion der Kropfer Heil- und Wohlthätigkeitsanstalten.“

„Suche zum 1. April verheirateten, kinderlosen Dienert, welcher gärtnerische Arbeiten übernehmen kann, und dessen Frau hausmädchenhafte und Wäsche übernimmt. Wohnung im Hause. Zeugnisse, Gehaltsangabe, Alter und eventuell Bild an Frau Regierungsrat Dr. v. Rose, Kurich, Ostfriesland.“

Für ihren bisherigen Gärtner, den sie in jeder Hinsicht im Hause als tüchtig empfiehlt, suchte Frau Baronin Jodis-Neukirch auf Ahnau i. Schles. eine anderweitige Stellung. Die Frau Baronin rühmt dem ansehnlichen Manne auch folgende Eigenschaften nach: „Er ist ein fleißiger, anspruchsloser Mann, evangelisch, Frau katholisch.“ Nur zum Schluß die fatale Tatsache, die ihm in der bisherigen Stellung offenbar das Genid gebrochen: „Fünf Kinder.“

## „Zeugnis.“

Der Gärtner R. Krümer ist am 1. Februar 1898 von meinem Schwager und mir auf unser elterliches Gut engagiert worden und von 1902 ab in meinen Diensten gewesen. Ich bescheinige, daß ich denselben aus dem Grunde entlassen habe, weil ich Kinder bei meinen Angestellten nicht wünsche. Mit seinen Leistungen war ich zufrieden, und entlasse ich ihn mit meinen Wünschen für sein ferneres Fortkommen.

Düsseldorf, den 23. Januar 1911.

Frau M. Boedinghaus, Königsallee 2.“

Unseren haaltzerhaltenden Nationalen von Herrschaft und Besitz, die heute so greinen und klennen oder sich moralisch entrüsten über den — Geburtenrückgang, wird empfohlen, einen Blick in diesen Spiegel zu tun und sich ihre Ebenbilder einmal anzusehen . . . . .

ein solches Wahlgeschäft zu machen, ist der Handel gescheitert. Das Zentrum suchte sich mit der bekannten Ausrede zu salbieren, das sei ein Ueberforderungsversuch eines unverantwortlichen Parteifreundes gewesen, für den die Partei nicht verantwortlich gemacht werden könne. Was von solchen Ausreden zu halten ist, weiß jeder, der das politische Leben auch nur einigermaßen kennt.

Der Reinsfall des Zentrums, der den Konservativen eine ernste Warnung hätte sein sollen, machte diese Herrschaften nur übermütig. Sie glaubten sich nunmehr der lästigen Konkurrenz des Zentrums auf dem Gebiete der Rettung des Thrones und des Altars ledig. So klebte auf einmal die Zentrumspresse geworden war, so laut wurden die Weiber von der andern Fakultät. Unser Stuttgarter Parteiorgan, der ewigen Annäherung von konservativ-bauernbündlerischer Seite endlich müde, gab den Herren durch die Blume zu verstehen, sie läßen gut, ein wenig vorsichtiger zu sein. Umsonst. Die „Tagwacht“ wurde noch deutlicher. Sie teilte mit, daß man sich auch auf konservativ-bauernbündlerischer Seite um sozialdemokratische Stichwahlhilfe bemüht, die Stichwahlforderungen der Sozialdemokratie zur Reichstagswahl 1912 unterchristlich anerkannt habe. Auch diese mehr als deutliche Warnung konnte den Notkoller der Konservativen nicht dämpfen. Zwar mußte das bauernbündlerische Organ in Stuttgart, die „Schwäbische Tageszeitung“, in der Nummer vom Dienstag, den 14. April, zugeben, daß ein württembergischer Landtagsabgeordneter und Reichstagskandidat der Konservativen den Fragebogen der Sozialdemokratie beantwortet habe, jedoch — so versichert das bauernbündlerische Organ — „ohne in einem einzigen Punkte seine grundsätzliche Stellung preiszugeben, sondern da, wo er eine abweichende Stellung einnahm, hat er dieselbe, wie er uns mitteilte, offen und deutlich präzisiert, so daß er sich von vornherein klar war, daß die Beantwortung der Fragen eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie ausschließen würde.“

Diese mehr als dreifache Ablehnung der Tatsachen zwang nunmehr unser Parteiorgan, der widertwärtigen Heuchelei der Konservativen ein Ende mit Schreden zu machen. In der Mittwochnummer vom 15. April veröffentlicht die „Schwäb. Tagwacht“ den Fragebogen des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs zur Reichstagswahl 1912 und die Antworten des konservativ-bauernbündlerischen Kandidaten für den 8. württemb. Reichstagswahlkreis Freudenstadt-Sulz, des Landtagsabgeordneten Dr. Näbling auf Schloß Neusteußlingen, datiert vom 16. Januar 1912. Wir geben Fragen und Antworten im Wortlaut ungekürzt wieder:

Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs.

Stuttgart, den 16. Januar 1912.

Fragebogen zur Reichstagswahl.

Sind Sie bereit, sich dahin zu verpflichten, als Reichstagsabgeordneter einzutreten und zu stimmen:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag?  
Antwort: Ja!
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungs- und des Koalitionsrechts?  
Antwort: Ja!
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafgesetzes?  
Antwort: Ja!
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmengesetz?  
Antwort: Ja!
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Steuern auf die Verbrauchartikel der großen Masse?  
Antwort: Ja!
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchartikel der großen Masse?  
Antwort: Ja!

(Nachschrift des Adressaten): Die Verpflichtung gilt für die Dauer des gegenwärtigen Reichstags.

(Unterschrift) Dr. Näbling.

Neusteußlingen, Post Hätten, den 16. Januar 1912.

Man sieht, der Brabe hat alle Fragen glatt ohne jede Einschränkung bejaht. Und da wagt das konservative Blatt noch zu behaupten, sein Parteifreund habe „in keinem einzigen Punkte seine grundsätzliche Stellung preisgegeben, sondern da, wo er eine abweichende Stellung einnahm, dieselbe offen und deutlich präzisiert, so daß er sich von vornherein klar war, daß die Beantwortung der Fragen eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie ausschließen würde“!

Der Reinsfall des Zentrums war grausam, der der Konservativen ist wenn möglich noch fürchterlicher. Zweifellos wird nun das konservativ-bauernbündlerische Organ dem Beispiel des Zentrums folgen und sich gleichfalls mit der Ausrede zu retten versuchen, das sei halt auch ein unbesonnener Streich eines einzelnen Parteifreundes, für den die Partei nicht verantwortlich gemacht werden könne. Wir empfehlen dieser Partei der Pharisäer und Heuchler jedoch dringend, recht, recht vorsichtig mit solchen Verteidigungsversuchen mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt zu sein, sintemalen und allbitte!

So sehr den beiden schwarzen Spiegelfesseln die Blamage zu gönnen ist, so notwendig es war, daß diesen gewissenlosen Heuchlern die Maske vom Gesichte gerissen wurde, so widerwärtig ist letzten Endes doch der Kampf mit solchen Gefellen. Dessenhalb trüben sie von gottfälliger Sozialistenfeindschaft — und hintenherum suchen sie mit den „Lobseinden des Thrones und des Altars“ nach allen Regeln der Kunst zu rechtelmecheln! Und mit solchem Paß müssen wir uns herum schlagen!

## Geburteneinschränkung durch Arbeitsvertrag.

Im Mangetal bei Darmen liegt das einem dortigen Fabrikanten gehörende sogenannte „Vilgerheim“. Wanderer und Spaziergänger, zumest christliche Vereine, halten hier Rast und sorgen für des Leibes Bedürfnisse. Der Wilspruch über der Eingangstüre deutet schon an, daß man sich in einem christlichen Hause befindet. Die Bewirtschaftung dieses Betriebes, in dem an die fremden Vilger, Wanderer und Spaziergänger, gegen Bezahlung natürlich, hauptsächlich Kaffee mit Zutaten verabreicht wird, untersteht dem dort angestellten Gärtner des Besitzers mit, und zwar ist diese Arbeit, wozu auch das Inhabthalten und Reinigen des großen geräumigen Hauses gehört, eine Beschäftigung der Ehe-

Bewerkschaftliches.

Selbe Agitatoren als Hochschullehrer.

Wir hatten in letzter Zeit wiederholt Veranlassung, uns mit der sonderbaren Sozialwissenschaft verschiederer Lebnisprofessoren vom Schlege der Ehrenberg, Bernhard, Krümmann usw. zu beschäftigen, die auf „wissenschaftlichem“ Wege die Geschäfte der Schachmacher besorgen. Neuerdings wird nun ein Fall bekannt, wonach zur Befregung von Verhältnissen die vorherige Betätigung als Führer der gelben Bewegung scheinbar eine wertvolle Voraussetzung bietet. Der frühere Direktor des Eisenwerks Nürnberg N.-O. v. Tafel u. Co., Herr Wilhelm Tafel ist kürzlich zum ordentlichen Professor an die Technische Hochschule in Breslau berufen worden. Nun hat Herr Tafel allerdings vor neun Jahren ein Patent auf eine „Führungsvorrichtung für Walzwerke mit hintereinander geschalteten Walzen“ erhalten; im übrigen aber ist von irgend welcher wissenschaftlichen Betätigung des Herrn Tafel in weiten Kreisen nichts bekannt. Es ist doch auch nicht anzunehmen, daß seine politische Betätigung für die Reichspartei eine besondere wissenschaftliche Qualifikation verbürgt.

Herr Tafel ist aber insofern bekannt geworden, als er in Nürnberg der hervorragende Förderer der „wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiterbewegung war. Es genügt ihm nicht, in seinem eigenen Werk eine gelbe Garde zu züchten, sondern er wirkte auch außerhalb seines Betriebes und wurde in den Versammlungen der gelben Werkvereine als Besucher und vor allem als Geldgeber gern gesehen. Wenn die Gelben in Nürnberg in der Lage sind, ein besonderes Tagesblattchen herauszugeben, so verdanken sie das der Freigebigkeit Tafels. Kurz vor der Niederlegung seines Direktorspostens leistete er sich folgendes bezeichnende Stückchen. Er lud die Arbeiterfunktionäre des Werkes zum Abschiedsmahl. Nur dem Ausschußmitglied, der freigewerkschaftlich organisiert war, übermittelte er neben der Einladung noch ein besonderes Schreiben. Darin wurde der Arbeiter gebeten, von der Einladung keinen Gebrauch zu machen, da sich Herr Tafel über seinen Anblick ärgern müßte. Kurze Zeit vorher waren nämlich die Gelben bei den Arbeiterauswahlgängen den freigewerkschaftlichen Kandidaten unterlegen.

Es ist nun gewiß interessant, daß Herr Tafel, dessen Verdienste lediglich gelb gefärbt sind, der künftige Berater der Studierenden einer technischen Hochschule sein soll. Die Reaktion verläßt sich ja mit ihren dunklen Plänen immer mehr auf die Jugendberziehung. Da liegt es allerdings nahe, auch die späteren technischen Angestellten schon vorher „wirtschaftsfriedlich“ einzupaulen, damit sie sich in der Praxis den Arbeitern gegenüber entsprechend verhalten und auch selbst der gewerkschaftlichen Technikerorganisation fernbleiben. Die gelbe Gefinnung als Ersatz wissenschaftlicher Qualifikation ist auf jeden Fall ein Novum.

Berlin und Umgegend.

Abwehrkampf der Kraftdroschkenführer.

Die im Droschkenbetriebe tätigen Chauffeure arbeiten sozusagen in Akkord. Ihr Lohn besteht nämlich in der Hauptsache in einem Anteil an den Tageseinnahmen, die der Chauffeur mit dem von ihm gefahrenen Wagen erzielt. Zu diesem Anteil kommen in den Kleinbetrieben noch gewisse Zuschläge. Hauptächlich der, wenn die Tageseinnahme 80 M. übersteigt, der Chauffeur eine Extravergeltung von 50 Pf. erhält. Außerdem kommt noch eine Verteilung an den Einnahmen aus dem Gepäkart und andere kleine besondere Vergütungen in Frage. Daß alle diese Extravergeltungen, die in Großbetrieben nicht bestehen, in den Kleinbetrieben gefordert werden und auch bis jetzt anstandslos gewährt wurden, hat seinen Grund darin, daß der Chauffeur in den Kleinbetrieben an seinem Wagen gewisse Reparaturen und sonstige Arbeiten ausführen

muß, die in den Großbetrieben von eigens dazu angestellten Monteuren verrichtet werden. Der geringen, übrigens sehr schwankenden Mehrbezahlung in den Kleinbetrieben steht also eine Mehrleistung von Arbeit durch den Chauffeur gegenüber. Nun haben die Kraftdroschkenführer beschlossen, vom 15. April ab in den Kleinbetrieben dieselben Löhne zu zahlen, die für die Großbetriebe gelten. Sie begründen das der Öffentlichkeit gegenüber, indem sie sagen, der kleine Kraftdroschkenführer habe schwerer um seine Existenz zu kämpfen, als der große Unternehmer, es sei deshalb nicht berechtigt, von dem Kleinbetriebe mehr Lohn zu verlangen, als von dem Großunternehmer. — Diese Argumentation ist eine Täuschung der Öffentlichkeit, denn es wird verschwiegen, daß die Kleinbetriebe zwar ebenso viel zahlen wollen, als die Großbetriebe, daß sie aber noch wie vor mehr Arbeit verlangen, als diese.

Die im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Droschkenschaffneure haben am Dienstag beschlossen, den Abwehrkampf gegen die von den Unternehmern geplanten Lohnabsätze zu führen und in allen Betrieben, wo die bisher üblichen Zuschläge nicht bezahlt werden, die Arbeit niederzulegen. — Das ist inzwischen geschehen. Gestern hatten sich im Verbandsbureau 800 Streikende aus etwa 200 Betrieben gemeldet. Andererseits wurde festgestellt, daß 88 Betriebsinhaber, welche zusammen 500 Chauffeure beschäftigen, erklärt haben, die von den Unternehmern beschlossenen Absätze nicht zu machen, sondern die bisherige Entlohnung beizubehalten.

Unter den Werkstättenarbeitern der Großen Berliner herrscht eine starke Unzufriedenheit, die ihre letzte Ursache in einem scheinend belanglosen Vorkommnis fand, das aber charakteristisch für die Art ist, in der man die Arbeiter dieses Instituts zu behandeln mag. Die Große Berliner Straßenbahn unterhält in der Hauptwerkstätte Uferstraße eine Kantine, die recht gute Leberwürste ergab. Diese Leberwürste werden einem Fonds überwiesen, aus dem bei Krankheitsfällen sowie aus anderen Anlässen den in der Werkstätte Beschäftigten Unterstüngen gewährt werden sollen. Nun besteht aber kein Ausschuß, der darüber zu wachen hat, ob auch alles seinen richtigen Gang geht und der auch den Interessenten Bericht gibt über die Verwendung des Unterstützungsfonds. Wenn auch dem Herrn Werkstättenvorsteher als Verwalter der Kantine von der Gesellschaft das Recht zugestanden ist, sich zur Unterstützung der Verwaltung für die Kantine noch einen Beirat, bestehend aus drei Beschäftigten, hinzuzuziehen, so ist die Wahl dieser Personen nicht nach dem Geschmack der Konsumenten.

Nun trug sich der Herr Werkstättenvorsteher mit der Absicht, den Pensionären eine bestimmte Summe aus dem Unterstützungsfonds auszuhändigen. Das haben die Arbeiter abgelehnt. Und nun erfolgte Konflikt auf Konflikt. Bisher wurden zwei Sorten Bier zum Verkauf gebracht, Schultzeiß und Löwenbier. Das Schultzeißbier wurde, obgleich es 1 Pf. die Flasche teurer war, lieber getrunken. Der Herr Vorsteher beschloß aber den Arbeitern, welche den Flaschenbierverkauf erledigen, immer je die Hälfte Schultzeiß und Löwenbier zu verkaufen. Das lehnten diese ab. Der Herr Vorsteher erklärte darauf kurz und bündig: „Das Bier, was getrunken wird, bestimme ich.“ Seit dem 1. April ist denn auch, ohne daß mit jemand Rücksprache genommen wurde, eine andere Sorte Bier eingeführt worden. Das wollen sich die Arbeiter nun doch nicht gefallen lassen. Acht-hundert Männer wollen sich nicht von einem einzelnen drangsaliieren lassen. Sie wollen so lange die Kantine meiden, bis ihre Rechte anerkannt werden. Sie verlangen ersichtlich einen Rantinen-ausschuß, der für alle Angelegenheiten verantwortlich ist. Mit Hoßn spricht man von dem gelben Verein, dessen Mitritigkeit es zu diesen Zuständen kommen ließ.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nachstehende Lokale sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt:

- „Stiebbierhalle am Paradiesgarten“, Inhaber Herr Ganyberg, in Treptow an der Fahrstraße zum Kaiserbad. — „Alteins Bierhäuser Nr. 3“, Inhaber Herr Führer in Treptow. — Hauptrestaurant Bierhaus Nr. 8, Inhaber Herr Kammla in Treptow. — „Stiebbierhalle vom Tierhaus Nr. 2“, Inhaber Herr Manische in Treptow.

Die Inhaber dieser Lokale beschäftigen Gehilfen gelber Vereinigungen und lehnen jede Vereinbarung mit der Organisation ab. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß es den organisierten Gehilfen nicht gestattet ist, in den vorbenannten Lokalen Stellung anzunehmen.

Gesperrt sind außerdem für organisierte Gehilfen folgende Betriebe: Kadeper, Schöneberg, Hauptstr. 139; Kasino-Restaurant, Berlin, Friedrichstr. 126, und der in den nächsten Tagen zu eröffnende „Spezialauschank der Brauerei Oswald Berliner“, Alexanderplatz, Ecke Neue Königstraße, dessen Bewirtschaftung Herrn Kempt ebenfalls übertragen ist.

Herr Kempt lehnte Verhandlungen mit der Organisation, welche die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Angestellten in seinen Betrieben bezwecken, ab und verbot den Vertretern des Verbandes das nachmalige Betreten seiner Räume. Herr Kempt gab durch die Direktion der Brauerei Oswald Berliner den Vertretern des Verbandes die Absicht bekannt, daß er in seinem Schöneberger Kadeper die Kellner entlassen werde und dafür Anwärterinnen einstellen will, welche in den meisten Fällen ohne Lohn arbeiten müssen. Die Kellner haben darauf die Arbeit eingestellt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Berlin I.

Deutsches Reich.

Der Bauarbeiterverband im Jahre 1913.

Die schwere Krise, die im allgemeinen das wirtschaftliche Leben im Vorjahre zu Boden drückte, hat eine große Belastungsprobe auf die Gewerkschaften ausgeübt. Ganz besonders hart wurde das Baugewerbe getroffen. Man durfte deshalb wohl mit berechtigter Spannung die Jahresbilanz erwarten, mit der die größte Organisation im Baugewerbe das Berichtsjahr abschließen würde; war doch schon seit langer Zeit dem Verbanne ein starker Rückschlag prophezeit worden.

Nun zeigt sich, daß der Verlust, den der Verband an Mitgliedern zu verzeichnen hat, verschwindend gering ist. Die Jahresdurchschnittsziffer der Mitglieder ist von 335 660 auf 326 681, also um 8929 zurückgegangen. Neun Bezirke haben sogar einen Zuwachs zu verzeichnen. In einem Bezirk (Pommern) ist die Mitgliederzahl stabil geblieben, und in drei weiteren Bezirken (Pommern, Provinz Sachsen und Hannover) beträgt der Verlust unter 500. In den übrigen 8 Bezirken ist der Verlust größer. Zu diesen Bezirken zählen das Königreich Sachsen mit seinem jährlichen Zustrom aus Böhmen und Bayern und Württemberg mit dem Zustrom aus Italien, der aus Anlaß der Krise ausblieb.

Merklcher als nach dem Mitgliederverlust angenommen werden muß, tritt der wirtschaftliche Tiefstand im Baugewerbe in den Kaffeengeschäften des Verbandes hervor. Seine Einnahmen haben sich von 7 044 759 M. aus dem Jahre 1912 auf 7 261 610 M. verringert. Diese Differenz kann durch den Verlust der Mitglieder allein nicht entstanden sein. Sie ist mit zurückzuführen auf die größere Entnahme der Marken für arbeitslose Mitglieder. Am deutlichsten aber offenbart sich die Not in dem Anwachsen der Ausgaben für Reiseunterstützung und Krankenunterstützung und weiter in der Unterstützung in besonderen Notfällen und in Sterbefällen. Hier könnten Sozialhilfen und Schützoldner ein interessantes Studiengebiet finden. So ist die Reiseunterstützung von 36 000 M. auf 74 000 M. angewachsen. Die Krankenunterstützung ist von 750 523 M. auf 1 025 840 M. gestiegen. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet, beträgt die Ausgabe 8,14 M. Sie ist gegen das Vorjahr um 90 Pf. gestiegen. Die Unterstützung in Sterbefällen ist von 160 134 M. auf 190 528 M. gestiegen. Und nun erst die Unterstützung in besonderen Notfällen. Sie hat im Jahre 1912 67 142 M. betragen, und im Berichtsjahre wurden 391 660 M. für diesen Zweck verausgabt. Auch die Ausgaben für gemahregelte Mitglieder und für Rechtschutz sind von 88 789 M. auf 99 546 M. gewachsen. Wenn man diese Zahlen liest, denke man einmal an das Gehälter der Unternehmerräte über die Vergütung der Arbeitergroßen. Kein Vaterländischer Verein oder wie er auch heißen mag, wird den Nachweis führen können, sich so um das Wohl seiner Mitglieder gekümmert zu haben; auch wenn er noch so reichlich mit dem Gelde der Unternehmer ausgehalten wird.

Durch die große Tarifbewegung, die der Verband im Berichtsjahre durchzuführen hatte, haben sich auch die Ausgaben für Streiks, Verhandlungen und Verbandstage, die zu der Lohnbewegung Stellung zu nehmen hatten, erheblich gesteigert. Sie belaufen sich auf 1 074 094 M. und sind rund um eine halbe Million höher als im Jahre 1912. Trotz dieser erheblichen Steigerung der einzelnen Ausgabenposten ist das Verbandsvermögen bedeutend gewachsen. Wenn auch nicht der gleiche Vermögenszuwachs zu verzeichnen ist, wie er im Jahre 1912

Kleines Feuilleton.

Das Lavinenspiel des Sensationskino. Der Kientopp ist in der modernen Welt voran. Die Filmindustrie spielt nun auch mit dem weihen Tod. Eine Pariser Kinematographenfirma hat sich auf der Suche nach einer gar nicht alltäglichen Sensation in den Schöb der ewigen Natur eingeschlichen. Die stumme Kunst wird die Natur in der fabelhaftesten Weise und zu dem gemeinsten Zwecke zum Reden bringen. Sie wird Lavinien entstellen, um sie auf die Platte zu bannen. Aus Tirol wird gemeldet, daß große Lavinengefahr besteht, und es wird vor Vergewaltungen gewarnt. Ganz gewiß ist es jedoch nicht, ob Lavinien niedergehen werden, und nur im Berner Oberland ist das abgemachte Sache. Da werden in den nächsten Tagen ganz bestimmt Lavinien niederstürzen. Man kann Wist darauf nehmen.

Die rührige Pariser Filmgesellschaft hat einigen Verfahren in Engelberg den Auftrag erteilt, ihr ebenfalls eine Serie der gangbarsten Lavinien zu liefern. Und die Schwyzer, die bekanntlich gegen rentable Geschäfte keine Abneigung tragen, gingen auf den Vorschlag ein. Sie werden die Lavinien lächerlich und ähnlichen Aufträgen anderer Firmen stets gerne entgegensehen. Geschäft ist nun eben Geschäft.

Die gewaltigen tobdringenden Schneemassen sollen durch elektrische Minen ins Rollen gebracht werden. Sobald die Beladungs-verhältnisse am besten liegen, werden die Operateure an „ästhetischen“ Aufnahmeinstellen ihr Leben aufs Spiel setzen, einer der Vergnügter wird auf einen Knopf drücken und das furchtbare Naturereignis wird sich vollziehen. Der Kientopp reißt Lavinien in die Tiefe, das „lebende Bild“ beidwärtig den weihen Tod herauf. Die Filmgesellschaft, die den schönen Ehrgeiz hat, etwas noch nie Dagewesenes auf den Markt zu bringen, hat alle ihre Leute, die an der Aufnahme des Naturchauspiels mitarbeiten werden, gegen hohe Summen versichert lassen, und sie hat sich auch verpflichtet, jeden Schaden zu tragen, den die blindwütigen Lavinien anrichten werden. Es ist ihr nichts zu teuer. Die Sensationskanäle bezahlt alles doppelt und dreifach.

Der Tiroler Bauer bekreuzt sich, wenn er das Donnern einer Lavinie hört. Die Geschichte lehrt, daß die Tiroler ein mutiges Volk sind, aber die Filmfrigen sind noch mutiger. Sie kämpfen aber auch um den blutigen Profit.

Eine Statistik der Erfindungen. Der englische Kontrolleur der Patente und Fabrikmariken veröffentlicht seinen Bericht für das Jahr 1913; er läßt darin die verschiedenen Kategorien von Erfindungen, für welche im vergangenen Jahre besondere Patente verlangt worden sind, vorübergehen und weist nach, daß der größte Teil dieser Erfindungen — im ganzen wurden 90 077 Patente nachgeleust — in irgendeiner Beziehung zu dem modernen Verkehrsweesen in allen seinen verschiedenen Abarten steht. Alle mechanischen Probleme, die Verbesserungen der Transportmittel bezwecken, sind von den Erfindern, wenn schon nicht restlos gelöst, so doch mindestens in Angriff genommen worden. Man braucht nur zu erwähnen, daß 25 Proz. der Erfindungen auf den Automobilismus in allen seinen Formen Bezug haben und 10 Proz. auf die Explosionsmotoren von

der Art der für die Abiastil benutzten. Auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ist man der Lösung vieler Probleme näher gekommen; sehr viele Erfinder haben sich hier besonders mit der Frage der Signale befaßt; man will es dahin bringen, daß zur größeren Sicherheit der Reisenden die Signale automatisch funktionieren und von der Einwirkung und dem oft unheilvollen Urteil des Menschen nach Möglichkeit unabhängig bleiben. In der Mineralölindustrie bemühen sich die Erfinder hauptsächlich um die Erforschung der besten Methoden zur Umwandlung der schweren Oele in leichte, für den Automobilismus verwendbare Effenaren.

Die aus neuerer Zeit stammenden Gelebe über den Betrieb in Vergewerken, Gelebe, die zur Verhütung von Schlagwetterkatastrophen die Einführung automatischer Signale vorschreiben, haben gleichfalls eine ansehnliche Anzahl von Erfindern auf den Plan gerufen. Die großen, ständig wachsenden Erfolge der Kinematographie veranlassen zahlreiche Erfindungen über die beste Herstellung von Filmen; es handelt sich hierbei vor allem um die Wiedergabe der natürlichen Farben der zur Darstellung gelangenden Dinge.

Die Zahl der Frauen, die um Patente für Erfindungen eingekommen sind, ist von 646 — soviel betrug sie im Jahre 1912 — auf 497 gestunken; fast alle Erfindungen, die von Frauen gemacht worden sind, beziehen sich auf das Hauswesen.

Die Irrfahrt der verbotenen Tolstoi-Bücher. In Rußland behält die Polizei immer das letzte Wort; das hat nun auch Tschertkow erfahren müssen, der Freund Tolstois und Begründer einer Bauernkolonie, die den Namen Tschertkow trägt. Tolstoi, so berichtet der „Ruhlose Slowo“, hatte in einem kleinen Hause im Parke von Jasnaja Poljana eine nicht unerhebliche Anzahl von Exemplaren seiner Werke verwahrt, die in Rußland verboten sind. Ein und wieder gab er intimen Freunden ein Exemplar, Leuten, den denen er annahm, daß ihnen der Besitz eines verbotenen Buches keine Unannehmlichkeiten bringen könnte. Allein die in Rußland allgegenwärtige und allmächtige Polizei erludte doch von diesem Geheimlager verbotener Bücher, und als Tolstoi stark, einigten sich sein Sohn Andreas und die Gräfin Alexandra, diese verbotenen Werke fortzuschaffen und jedenfalls nicht in die Erdmäße einzubringen, da die Exemplare dann doch nur vernichtet werden würden. Die Gräfin ließ die Bücher verpacken und in ihr Haus Tschertkow schaffen; es waren fünf Zentner Bücher, die man nun in einem Hofschlober versteckte. Als die Gräfin später ihren Wohnsitz verlegte, wußte sie nicht, was sie mit den verbotenen Büchern anfangen sollte und gab schließlich, um Konflikte mit der Polizei zu vermeiden, Auftrag, die Werke zu vernichten. Allein die Verlässlichkeit, die das vollbringen sollte, wagte nicht, den großen Bücherhaufen zu verbrennen, aus Angst, die Polizei könne davon erfahren; und er begab heimlich bei Nacht und Nebel die Tolstoi-Bücher. Die Bewohner von Tschertkow entdeckten das Versteck, gruben die Bücher aus und beschloßen, sie im Ausland in Sicherheit zu bringen. Der Zufall, daß an der Grenze Eisenbahndiebstahle vorgekommen waren, machte der Dchfsee der Tolstoi-Bücher ein Ende; da alle Koffer durchsucht wurden, entdeckte man die Werke. Nun hat sie die Polizei verbrannt, die Abfender verhaftet und gegen Kaution freigelassen, Tschertkow aber mit einer hohen Geldstrafe belegt.

Notizen.

— Freie Hochschule. Die Vorlesungen des Frühjahrsquartals der Freien Hochschule Berlin nehmen in dieser Woche ihren Anfang. Im ganzen sind 75 meistens zehnstündige Vorlesungen und Führungen und sechs Einzelvorträge im Programm angezeigt.

— Musikchronik. Den Schluß der dieswinterrlichen Konzertsaison bildet ein Konzert Bronislaw Hubermans, das der Meister am 25. April im großen Saal der Philharmonie veranstaltet. — Die Volks-Sinfonieorchester des Bläthner-Orchesters, die unter die Leitung der Kapellmeister Eugen Sauerborn und Max Bachmann gestellt wurden, beginnen am 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain.

— Paul Ehrenreich, der Ethnologe und Mythensforscher, der an der Berliner Universität und am Museum für Völkerkunde wirkte, ist 58 Jahre alt, gestorben. Seine Forschungen über süd-amerikanische Indianer sind von anerkannter Bedeutung. Er hat 1887 bis 89 an Steinens zweiter Expedition nach Zentralbrasilien teilgenommen, die mit der steinzeitlich-primitiven Kultur der Indianer am Xingu näher bekannt machte.

— Ein Stadtrat für Rußil. Die Stadtverwaltung der englischen Hauptstadt gibt den Kommunalbehörden der europäischen Großstädte ein interessantes Beispiel südtischer Musikpflege: Hubert Voth ist zum Stadtrat für Rußil in London ernannt worden. Ihm fällt die Ueberwachung der Programme jener Konzerte zu, die in den verschiedenen Stadtteilen Londons öffentlich veranstaltet werden; er hat somit Einfluß auf 50 Orchester. Er erklärte, darüber wachen zu wollen, daß fortan nur Rußische gespielt werden, die geeignet sind, das Rußlandverständnis und das musikalische Urteil der Allgemeinheit zu verbessern.

Ein heimatloses Porträt. Ein Meisterwerk des französischen Malers Carrière ist das Porträt Anatole Frances, der heute 70 Jahre alt wird. Die Ironie will es, daß dieses Bildnis des berühmten Schriftstellers heimatlos ist. Das Porträt war von dem Verleger Pelletan dem Louvre-Museum gestiftet worden; allein das Museum lehnte die Annahme des Bildes ab. Im Stadtparlament machte nun der Seinepräsident den Vorschlag, das Werk für das Carnavalet-Museum anzunehmen, aber auf Veranlassung des Stadtverordneten d'Andigné lehnte das Parlament die Annahme des Porträts ab und zwar mit der Begründung, daß durch die Annahme des Geschenkens einige Hundert Franz Kosten entstehen könnten.

— Der Fiel auf der Ansichtskarte. Gegen den Petersburger Verleger Garosin hatten jüngst die Beamten der Zensur eine Klage wegen Beamtenbeleidigung eingereicht, weil Garosin eine Ansichtskarte in den Verkehr gebracht hatte, worauf ein plärender Fiel abgebildet war mit der Aufschrift: „Unabsehbares Mitglied des Zensurkomitees“.

Bei der Gerichtsverhandlung machte der Angeklagte geltend, daß die Petersburger Herren von der Zensur jenes Bild nicht gerade auf ihre Person zu beziehen brauchten, da es in Rußland noch andere Zensoren gibt. Das Gericht schloß sich dieser Ausführung an und sprach den angeklagten Verleger frei. Der Satire in Rußland dürfte dieser anregende Freispruch sehr gelegen kommen.



Wald, Strand, de Brouckere, Dehume, Desportes, Deleu, Vandenberghe und Bouterd für wiedergewählt.

Die Debatte über den Statutenentwurf wird sodann wieder aufgenommen. Es sprechen dann noch eine ganze Anzahl Redner, darunter die Genossen Brauflère und Vandermisillen, welche die vorgebrachten Einwände zu widerlegen suchen. Brauflère schlägt dann folgende Resolution vor:

Der Kongress beauftragt den Generalsekretär der Partei, dem nächsten Kongress eine neue Fassung eines Statutenentwurfes vorzulegen, welche den Vorschlägen auf diesem Kongress Rechnung trägt. Mit dieser Resolution erklärte sich Genosse Vandermisillen einverstanden. Sie wurde nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Hierauf vertagte sich der Kongress auf Dienstag 9 Uhr.

## Der Parteitag der J. L. P.

Bradford, 13. April. (Fig. Ver.)

Der Ostermontag war der eigentliche Feiertag, an dem das Jubiläum unserer englischen Arbeiterpartei gefeiert wurde. Auf 10 1/2 Uhr morgens war eine internationale Konferenz anberaumt worden. Die Gäste vom Festlande — D. Müller (Deutschland), K. Dussmans (Belgien) und Camélinat (Frankreich) — kamen allein zu Wort. Von dem Vorsitzenden MacDonald wurde gefordert, schilderte ein jeder von ihnen die heutige politische Lage in seinem Vaterlande und die Gedanken, Tendenzen und das Wirken der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern. Nach den Reden stellten die Delegierten Fragen an die ausländischen Referenten. Die Fragen ließen erkennen, daß gar mancher die Gelegenheit beim Schopfe ergriß, um nach Argumenten über Parteipolitik zu fischen, die er in den Debatten des Parteitages benutzen könnte. Aber sie bewiesen auch, daß die Mitglieder der J. L. P. großes Interesse für die Tätigkeit der festländischen Parteien besitzen.

Die interessante Kreuzung verdient wohl, nachgeahmt zu werden, da sie zweifelsohne ein gutes Mittel ist, die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder einander näher zu bringen; einige gesprochene Worte dringen viel tiefer als ganze Wände von Korrespondenzen.

Nachmittags wurde ein Festzug durch die Straßen der Stadt nach der St. Georges Hall veranstaltet, wo eine Massenversammlung abgehalten wurde. Abends um 8 Uhr wurde in demselben Saale die Demonstration veranstaltet, die dem 21-jährigen Bestehen der Partei galt. Leider wurde das schöne Fest wiederum durch Suffragetten und die von ihnen gemieteten Randalis gestört. Eine Frau hatte sich mit einer Kette an ihren Sitz gefesselt. Ein Rowdy marf vom Balkon aus zwei Ditten mit Mehl nach MacDonald, als sich dieser erhob, um seine Rede zu halten. Er traf damit nur eine Journalistin, die sich, von oben bis unten mit Mehl bedeckt, entfernen mußte. MacDonald bemerkte zu dem mißglückten Attentat: „Dies ist das erste Mal, daß ein Gegner verurteilt hat mich weiz zu machen.“ Gegen 30 Männer und Frauen mußten aus dem Saale entfernt werden. Später am Abend versuchten wiederum gedungene Burschen, das in dem Victoria Hotel abgehaltene Fest zu stören.

Bei der in der St. Georges Hall abgehaltenen Demonstration war der Hauptredner der Genosse Joseph Hill, das sozialistische Parlamentsmitglied Bradfords. Er schilderte in seiner Rede den Fortschritt, den der Sozialismus und die Ideen des Sozialismus seit der Gründung der J. L. P. vor 21 Jahren in England gemacht haben; wie Ideen, die einst als thöricht und verbrecherisch verurteilt wurden, heute selbst im Parlament kaum noch ernsthaften Widerstand finden; wie die J. L. P. gearbeitet hat, um die Ängste des Volkes und damit die der herrschenden Klassen umzuwälzen; mit welchem Stolz die Partei auf ihre Erfolge blickt, die sie mit ihrer Tätigkeit, in der Idealismus und praktische Politik glücklich gemischt, errungen hat.

Die praktischen Arbeiten des Parteitages nahmen erst heute (Montag) ihren Anfang. Die Morgen Sitzung wurde mit dem Besetzen zahlreicher Begrüßungsschreiben und Telegramme, die von allen Parteien des Festlandes und vielen bekannten Genossen eingelaufen waren, und der Beratung des Vorstandesberichts ausgefüllt. Der Vorsitzende Rex Hardie leitete auch unter anderem mit, daß ein Vertreter der J. L. P., Genosse Ansell, nach London zu dem gleichzeitig stattfindenden Parteitag der B. S. P. gereist sei, um die Griffe der J. L. P. zu überbringen. Er habe eine herzliche Aufnahme gefunden und am folgenden Tage werde Genosse Irving von der B. S. P. als Gast auf dem Parteitag der J. L. P. erscheinen, um die Griffe zu erwidern. Dieses Wiederanknüpfen der intimen Beziehungen zwischen den beiden Richtungen des englischen Sozialismus ist vielversprechend für die bevorstehende Einigung. Nachdem ein Beschluß gefaßt worden war, einen besonderen Beitrag zu erheben, um den leeren Wahlfonds zu füllen, diskutierten man des längeren die Frage der

### sozialistischen Preise.

Der „Daily Citizen“, an dem die J. L. P. und ihre Mitglieder mit einer Einlage von 25.000 Pfund interessiert sind, gab Anlaß zu manchen Klagen. Es hieß, die Parlamentsberichte und der Nachrichtenendienst seien ungenügend. Die Leser mühten sich, um ausführliche Berichte zu erhalten, an die bürgerliche Presse wenden. Von anderer Seite wurde auf die schwierige Aufgabe hingewiesen, die sich der „Daily Citizen“ gestellt. Nur zwei andere Morgenblätter in Großbritannien hätten sich wie der „Daily Citizen“ als Verbreitungsfeld das ganze Land gewählt. Die Verbreitung des Blattes koste viel Geld, der „Citizen“ könne auch wegen seines Charakters den lokalen Sachen nicht viel Aufmerksamkeit schenken. Vom „Labour Leader“, dem Organ der J. L. P., hörte man, daß die Zahl seiner Leser seit dem Erscheinen des Tagesblattes sehr abgenommen habe, daß es der Zeitung aber gelungen sei, durch ein besseres Verbreitungssystem das wöchentliche Defizit von 25 Pfd. auf 7-8 Pfd. zu reduzieren.

Doch der wichtigste Teil der Arbeiten des Parteitages war die von allen ersehnte

### Debatte über die Parteipolitik.

für die der ganze Nachmittag bestimmt war. Die Debatte hatte als Unterlage den Bericht der sieben Parlamentsmitglieder der J. L. P., von dem wir in dem Vorderricht schon Auszüge gegeben haben. Die allgemeine Presse war von dieser Sitzung ausgeschlossen. Nur die Vertreter der Parteipresse des In- und Auslandes wurden zugelassen, von denen man natürlich erwartete, daß sie die nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Dinge nicht an die große Glocke hängen. Auf früheren Parteitagungen trug die Debatte über Parteipolitik stets einen unnatürlichen Charakter. Ein Wortmal der Besonnenheit von der J. L. P. ist, daß sie ihrer Partei immer sehr loyal sind. Bei Anwesenheit der bürgerlichen Presse wagte es daher niemand, sich frech und frei auszusprechen, da man niemals wußte, wie die Gegner die Kritik einstudieren und zum Schaden der Partei ausnützen würden. Diesmal konnte ein jeder ohne Furcht sein Herz ausschütten, und von der Gelegenheit wurde wirklich Gebrauch gemacht. Die Kritik hatte sehr wenig mit dem Bericht der Parlamentarier zu tun. Es handelte sich hauptsächlich um zwei Fragen. Die erste war das Gerücht vom dem bevorstehenden Wahlbündnis zwischen Arbeiterpartei und Liberalismus. Durch die Rede Asquiths in Ladbroke, in der dieser erklärte, daß zwischen den Parteien der linken wenig Unterschied bestehe und daß diese sich deshalb gegen die Reaktion fest zusammenschließen müßten, was dem Gerücht neue Nahrung zugeführt worden. Dazu kam, daß die liberale Presse ein derartiges Bündnis in der letzten Zeit fast täglich lebhaft befürwortete. Alles dies hatte in den Reihen der J. L. P. große Beunruhigung hervorgerufen, die auf dem Parteitag deutlich zum Ausdruck kam. Die zweite Frage war die allgemeine Haltung der parlamentarischen Fraktion, der nachgesagt wurde, daß sie sich mehr für die liberale Politik als für ihre eigene interessiere.

Was zunächst das Bündnis mit den Liberalen anlangt, das geschlossen werden soll, wie es heißt, um gemeinschaftlich

mit den Liberalen nach der Parlamentsauflösung die Konservativen im Wahlkampf zu besiegen, in dem die Homerfrage die Hauptfrage sein würde, so wurde von mehr als einem angesehenen Parteigenossen erklärt, daß er der Partei den Rücken kehren werde, sollte ein derartiges Bündnis zustande kommen. Groß war daher die Erleichterung, als MacDonald klipp und klar verkündete, daß von einem Bündnis oder einem Einverständnis oder einer Abmachung — wie man das Ding auch nennen wolle — mit den Liberalen oder irgendeiner anderen Partei nicht die Rede sein könne; er selbst habe den Liberalen im Parlament genau dieselbe Erklärung abgegeben. Andere meinten dagegen, daß die Haltung der Fraktion im Parlament, selbst wenn kein Bündnis oder Einverständnis mit den Liberalen bestehe oder in Aussicht genommen sei, die Meinung aufkommen lasse, daß in Wirklichkeit ein Bündnis bestehe. Man führte die Abstimmungsaffären an, aus denen hervorging, daß sich die Mitglieder der Arbeiterpartei stärker für die liberalen Vorschläge als für die Vorschläge und Resolutionen ihrer eigenen Partei ins Zeug legen. Geheimnisse über die Beziehungen der Fraktion zu der liberalen Parteileitung wurden enthüllt, die bewiesen sollten, daß die Arbeiterpartei nur der getreue Hausknecht der Liberalen sei. Wie können wir die Liberalen draußen angreifen, meinte ein Redner, wenn wir im Parlament Hand in Hand mit ihnen gehen und wenn unsere Fraktion nur von der einen Seite angeplagt wird, die liberale Partei am Ruder zu halten? Unsere Politik im Parlament muß mit unseren Reden im Lande in Einklang gebracht werden. Wie kann die sozialistische J. L. P. die Politik der Arbeiterpartei, von der sie ein Teil ist, verteidigen? Ist es ein Wunder, daß die J. L. P. keine neuen Mitglieder gewinnt? Im Parlament reden die Minister von den Arbeiterparteiern, als gehörten sie zur liberalen Partei. Was sollen die Arbeiter, und namentlich die konservativen Arbeiter, die wir für eine unabhängige Arbeiterpartei gewinnen wollen, dazu sagen? Was hat uns diese liberale Anechtung eingetragen? Nichts. Wenn doch die Fraktion als Entgelt für die Unterstützung der Regierung einen bestimmten Preis verlangte, dann ließe sich diese Politik noch verstehen. Sie verfolgt offenbar nicht sozialistische Ziele, sondern eine nebulöse Sozialreform. Aber auch dann wäre es viel geistiger, wir schloßens uns der liberalen Partei definitiv an; denn als Mitglieder könnten wir sie weit fruchtbarer beeinflussen denn als Außenstehende. Doch mit der liberalen Partei, die unsere einfachsten Forderungen unerfüllt läßt, die auf streitende Arbeiter schreien läßt, die das schmähliche Bündnis mit dem Parismus geschlossen, die mit den schlimmsten Deyern im Betrüben rivalisiert, können wir nie und nimmer ein Bündnis schließen. Unsere Parlamentarier müßten das Parlament nicht ordentlich aus. Sie sollten es mehr als Tribune benutzen, von der aus sie zum Volke reden. Deshalb gibt man uns nicht mehr Reden von der Sorte, die Philip Snowden unangenehm hielt, als er die Rüstungsheer an den Branger stellte?

Dieser Art waren die Argumente der Kritiker. Ihnen wurde erwidert: Wir geben zu, daß die Fraktion im Parlament mehr propagandistische Arbeit leisten sollte. Aber erstens gibt es nicht viele Philip Snowdens und dann kann man nicht den vierten Teil der Parlamentarier zum Effektivbestand der Partei rechnen. Die ganze parlamentarische Arbeit fällt auf ein paar Schultern. Einige Leute tragen die ganze Last der parlamentarischen Arbeiten; sie haben nicht die Zeit, propagandistische Reden, die im Lande runden würden, auszuarbeiten. Für diesen Zustand können die sieben Mann der J. L. P. nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist nicht wahr, daß die Politik der Arbeiterpartei die J. L. P. am Wachstum hindert. In der Stadt, in der dies nach der Ansicht der Kritiker am ehesten zutreffen sollte, wächst und gedeiht die Partei. Die Kritik, die wir gehört haben, hat außerhalb der Partei ihren Ursprung. Den Konservativen liegt zweifelsohne daran, daß wir bei den nächsten Wahlen möglichst viele Kandidaten aufstellen, damit sie selbst möglichst viele Siege gewinnen. Sie reden daher unseren Mitgliedern ein, daß sie von ihren Parlamentsmitgliedern verraten und an die Liberalen verkauft werden. Die Liberalen wiederum behaupten, die Partei sei zu unabhängig und mache nur die Geschäfte der Reaktion. Deshalb schenken sie ihnen nicht mehr Vertrauen? Die Politik im Parlament läßt sich nicht führen wie die Politik im Lande. Deshalb wird so oft, ist schwer zu erklären. Aber bei allem, was die Parlamentarier tun, lassen sie sich von den sozialistischen und den Interessen des sozialistisch-gewerkschaftlichen Bündnisses leiten. Unsere Partei geht nicht zurück; das haben die Wahlen und die letzten Gemeinderatswahlen im ganzen Lande bewiesen. — Ein Redner meinte, daß die Kritik der Partei von der katholischen Kirche ausgehe, die die britische wie die ausländischen Arbeiterparteien vernichten wolle. — Man hatte den Eindruck, daß die Debatte, die einem möglichen Bündnis mit den Liberalen den Todesstoß versetzt hat, ein neues Kapitel in der Geschichte der J. L. P. eröffnet.

Der parlamentarische Bericht wurde einstimmig angenommen.

## Steuerfragen.

Die Steuererhöhungen haben begonnen. Es ist deshalb zweckmäßig und entspricht vielfachen aus unserem Leserkreise geäußerten Wünschen, wieder die wichtigsten Steuervorschriften zusammenzufassen.

### Wann wird das Einkommen bemessen?

Nach § 28 des Einkommensteuergesetzes haben bekanntlich die Hausbesitzer die Verpflichtung, den Arbeitgeber und die Arbeitsstelle der Arbeiter, Dienstboten und Gewerbeschülern, die als Mieter bei ihnen wohnen, anzugeben. Ferner müssen auf Erfordern Arbeitgeber den Arbeitsdienst der von ihnen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sofern deren Einkommen jährlich 3000 R. nicht übersteigt, der Steuerbehörde mitteilen.

Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten wird daher bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen.

Das Einkommen wird, soweit Arbeiter und Angestellte in Betracht kommen, nicht mehr aus dem dreijährigen Durchschnitt, sondern nach den Ergebnissen des dem Steuerjahre unmittelbar vorhergehenden Kalenderjahres (also jetzt das Jahr 1913) bemessen. Liegt aber ein Jahresergebnis nicht vor — in der Steuerpflichtige & B. länger als 10 Wochen krank oder arbeitslos gewesen —, so erfolgt die Veranlagung nach dem „mutmaßlichen“ Jahresertrag des Steuerjahres. Für das Einkommen aus Handel, Gewerbe, Bergbau und aus Land- und Forstwirtschaft wird auch jetzt das Einkommen nach dreijährigem Durchschnitt bemessen, sofern der Steuerpflichtige in geordneter Weise Wäcker führt.

Von der Besteuerung ausgeschlossen sind (wir geben hier die eventuell für Arbeiter und Angestellte in Betracht kommenden Vorschriften):

1. Das Militäreinkommen der Personen des Unteroffiziers- und Gemeindefrundes;
  2. die auf Grund gesetzlicher Vorschriften der Kriegs- oder Friedensinvaliden gewährten Pensionserhöhungen und Verkümmelungszulagen;
  3. die mit dem Militäreinkommen verbundenen Zulagen von monatlich 8 R. bis 9 R. sowie Erregenzulagen für Inhaber des Eisernen Kreuzes;
  4. die aus einer Krankenversicherung dem Verheirateten zuzurechnenden Leistungen.
- Als steuerpflichtiges Einkommen rechnet das Gesetz alle Einkünfte in Geld oder Geldwert aus Kapitalvermögen, Grundvermögen, Pachtungen, Mieten (einschließlich des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause), Handel und Gewerbe sowie aus gewinnbringender Beschäftigung und aus Rechten auf periodische Leistungen und Vorteile irgend welcher Art.
- Damach gehören nicht zum steuerpflichtigen Einkommen: ein Gewinn aus Wessanten, Lotterien, Spiel, Wetten, ebensowenig eine Gewerkschaftsunterstützung. Wohl aber rechnen hierzu die Invaliden- und Altersrenten zum steuerpflichtigen Einkommen.

Das Einkommen der Ehefrauen sowie das aus dem Aufzuchtungsrecht an dem Vermögen der Kinder stichende Einkommen ist dem des Haushaltungsvorstandes zuzurechnen.

### Welche Abzüge sind zulässig?

Den Kapitalisten sind eine Reihe Abzüge bei Berechnung ihres Einkommens gestattet, denen ähnliche Abzüge der Arbeiterklasse gegenüber nicht zur Seite stehen. Die wichtigsten dieser gesetzlichen Steuerprivilegien zugunsten des Großkapitals und des Großgrundbesitzes sind folgende:

1. Die Beiträge zu öffentlichen Be- und Entwässerungsverbänden, sowie zur Unterhaltung von solchen Wasserläufen, für welche besondere Gesetze zur Verhütung von Hochwassergefahren erlassen worden sind;
2. die von dem Grundeigentum, dem Gewerbebetrieb und dem Bergbau zu entrichtenden direkten Kommunalsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Bis zur gleichen Höhe werden in den Ortsbezirken die realen Kommunalsteuern und die neben ihnen bestehenden Gutslasten als abzugsfähige Werbungskosten angesehen; die Gutslasten kommen dabei mit 30 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auch dann in Ansatz, wenn die Gutslasten erheblich niedriger sind;
3. die Beiträge zu den Berufsvereinen, z. B. die an eine Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks-, Ärzte-, Anwalts-, Apothekerkammer zu zahlenden Beiträge (nicht aber die an Gewerkschaften oder Arbeitervereine zu entrichtenden Beiträge);
4. die auf Kirchen-Patronschaftsverpflichtungen beruhenden dauernden Lasten;
5. die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz bestehenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beträge, soweit sie 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 R. jährlich nicht übersteigen;
6. für die Besitzer von Waldstücken, welche nicht nach einem forstmännlichen Plane bewirtschaftet werden, trifft § 12 des Einkommensteuergesetzes das neue Privilegium, daß die Ergebnisse von Antrieben aus diesen Waldstücken als steuerpflichtiges Einkommen nicht anzurechnen sind, wenn und soweit dieselben sich in einem Jahre auf mehr als den zehnten Teil des Wertes des vorhandenen Holzes erstrecken.

Neben diesen insbesondere dem Großgrundbesitzer seit dem Jahre 1907 zugute kommenden Geschenken ist die Zulässigkeit der bereits früher für zulässig erklärten Abzüge aufrechtzuerhalten. Dabin gehören zum Beispiel die Zuschüsse, die indirekt zu den Geschäftsausgaben zu rechnenden Abgaben, die regelmäßigen jährlichen Abschreibungen für Abnutzung der Gebäude, Maschinen und des sonstigen toten Inventars.

Technische Abzüge zugunsten des Arbeiters bestehen nicht.

Dem Arbeiter sind nach wie vor Abzüge für die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft gemachten Aufwendungen nicht gestattet; er kann weder für Lebensunterhalt, noch für Kleidung, noch für Miete Abzüge machen. Für die Abzüge, die er vom Einkommen machen darf, gelten nur folgende allgemeine Bestimmungen.

1. die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen;
2. Renten und dauernde Lasten, die auf Privatrechtstiteln (z. B. Vertrag, Verjährung, letztwilliger Verfügung) beruhen;
3. die von dem Steuerpflichtigen für seine Person oder einen nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltzugehörigen gesetz- oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, Angelegenheitsversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit diese Beiträge zusammen die Höhe von 600 R. nicht übersteigen (auch Beiträge zu einer Hilfskasse);
4. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltzugehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit die Prämien den Betrag von 600 R. jährlich nicht übersteigen.

Zu dem Betrag kommt noch folgende, durch Gesetz vom 26. Mai 1909 abgeänderte Bestimmung (§ 19 des Einkommensteuergesetzes): „Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 6500 R. nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 1601 bis 1615 des Bürgerlichen Gesetzbuches) Unterhalt, so werden die im § 17 vorgeschriebenen Steuerjahre ermäßigt

um eine Stufe bei dem Vorhandensein von 2, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, um drei Stufen bei dem Vorhandensein von 5 oder 6 derartigen Familienmitgliedern. Für je zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein.

Bei der Feststellung der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das 14. Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als die Hälfte des ordentlichen Tagelohnes nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Verstande haben.

Ist nach Absatz 1 Ermäßigung unter dem Steuerjahre von 6 R. begründet, so tritt Befreiung von der Staatssteuer ein.

In Fällen, in denen jemand für uneheliche Kinder Unterhalt leistet, steht das Gesetz selber eine Ermäßigung nicht vor.

Der § 17 enthält den Steuertarif, den wir, soweit er für Kinderermittelte in Frage kommt, unten abdrucken.

Durch die Abänderung des § 19 ist die Möglichkeit genommen, schon bei einem im Gesetz genannten Familienangehörigen den Betrag von 50 R., vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen.

Der § 20 des Einkommensteuergesetzes gestattet dann noch eine Ermäßigung der Steuer um höchstens drei Stufen aus sogenannten Billigkeitsgründen. Als solche gelten außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle.

Für einen Arbeiter, der ein kleines Intuspen mit amortisierbarer Hypothek besitzt, ist noch von Erschließlichkeit, daß ferner abzugsfähig sind:

Die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz bestehenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beträge, insoweit dieselben 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 R. jährlich nicht übersteigen.

Neben diesen auf ausdrücklicher Vorchrift des Gesetzes beruhenden Abzügen oder Ermäßigungen kommen auf Grund von Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, die auf Auslegung allgemeiner Vorschriften beruhen, und auf Grund der ministeriellen Anweisungen als abzugsfähig in Betracht:

Die von den einzelnen Arbeitern oder von der betreffenden Arbeiterkategorie zu leistenden und aus dem Lohne zu befreienden Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen oder Rohmaterialien, Ausgaben für Fahrten zur Arbeitsstätte und dergleichen, sowie auch angemessene Aufwendungen auf Abnutzung des von den Arbeitern etwa herzuhaltenen Werkzeuges oder der Arbeitskleidung. Allerdings ist der Standpunkt der Steuerbehörden in der Frage der Abzugsfähigkeit des Jahresgelbes nicht einheitlich.

Welche Rechtsmittel stehen dem Veranlagten zu?

Seit dem Jahre 1907 ist den Steuerpflichtigen mit Einkommen von nicht mehr als 3000 R. der Rechtsweg gegen ungerichtete Veranlagungen erheblich beschnitten. Es steht ihnen nur der Einspruch an die Veranlagungskommission und die Berufung an die Berufungskommission zu. Die Beschwerde an das Oberverwaltungs-

gerichtet ist also dem Mittelstand und dem Arbeiterstand genommen. Nur den mit Einkommen über 3000 M. Veranlagten steht der Weg an das von der arbeitenden Bevölkerung mit beglückter Oberverwaltungsgewalt noch offen.

### Einspruch.

Der Einspruch ist an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten. Er ist innerhalb 28 Tagen einzulegen und hat etwa wie folgt zu lauten:

Gegen die Steuerveranlagung vom 14. März (Steuernummer Nr. 1403) lege ich Einspruch ein und beantrage Herabsetzung der Steuer von 21 auf 9 M. Mein Einkommen beträgt nicht 1500 bis 1650 M., sondern 1050 bis 1200 M. Eine Berechnung meines Einkommens im Jahre 1912 und der zulässigen Abzüge füge ich bei. Als Beweismittel beizubringen bin ich bereit (oder: als Beweismittel füge ich an usw.). Datum und Unterschrift.

Ueber den Einspruch entscheidet die Veranlagungskommission. Gegen deren Entscheid ist dann Berufung innerhalb 28 Tagen zulässig. Auch die Berufung ist bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission anzubringen.

### Steuertarif.

Die Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen

von mehr als 900 bis 1050 M.	6 M.	
1050	1200	9
1200	1350	12
1350	1500	16
1500	1650	21
1650	1800	26
1800	2100	31
2100	2400	36
2400	2700	44
2700	3000	52
3000	3300	60

Die Steuerstufen von 1200 M. ab erleiden durch Gesetz vom 26. Mai 1909, rückwirkend vom 1. April 1909, folgende Zuschläge bei Einkommen

- von mehr als 1200 bis 3000 M. 5 Proz.;
- von mehr als 3000 bis 15.500 M. 10 Proz.

Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung wird bei den genannten Steuerstufen ein Zuschlag von 7,5 bzw. 15 Proz. erhoben. Steuerpflichtige, deren Steuerfah wegen des sogenannten Familienunterstützungsprivilegs oder aus Billigkeitsgründen (§§ 19 und 20 des Gesetzes) ermäßigt ist, entrichten den Steuerzuschlag derjenigen Einkommensteuerstufe, die dem ermäßigten Steuerfah entspricht. Soweit ihre politischen Rechte von der Steuerleistung abhängig sind, werden sie durch die Herabsetzung nicht verändert, wählen also so, als ob sie zu der höheren Stufe steueren.

## Aus Industrie und Handel.

**Die neue Fusion im Kohlenkontor.** Die Arenbergische Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Essen (Ruhr) schloß mit der Kohlenhandlung und Neudereifirma Joseph Schürmann in Duisburg eine Fusionsabkommen ab. Mit dem Sitz in Duisburg wird eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet, in welche das gesamte Kohlen- und Neudereifirma der Firma Joseph Schürmann eingebracht wird. Auch diese Vertriebsgesellschaft des Kohlenhandels für West- und Süddeutschland eine feste Stellung zu verschaffen. Die Zahl der reinen Kohlenhandelsfirmen nimmt dadurch weiter ab, während die gemischten Firmen (Höfen mit Handelsfirmen) im Kohlenkontor fast zu alleiniger Bedeutung gelangen.

Auch der preussische Bergbau scheint seine Beziehungen zu Kohlenhandelsfirmen auszuweiten. Es wird berichtet, daß die Kohlenhandelsfirma Hansen u. Neudereifirma in Straßburg im Elsaß eine Neudereifirma mit Filialen in Straßburg und Duisburg und Kohlenumschlagplätzen in diesen Städten errichtet hat. Die Firma Hansen u. Neudereifirma aber steht außerhalb der Vertriebsorganisation des Kohlenhandels, außerhalb des Kohlenkontors. Sie vertreibt Produkte der holländischen Soar- und Ruhrkohlen. Der Fiskus scheint also ernstlich an eine Transportförderung zu denken. Dadurch wird seine Position auch dem Kohlenhandels gegenüber gefestigt.

**Der Margarinetraub.** Durch die kürzlich erfolgte Gründung eines Schutzverbandes der unabhängigen Margarinetrauben ist das Vordringen des holländischen Margarinetraubs bzw. einer holländischen Margarinetraube allgemein bekannt geworden. Anfang 1914 schlossen die beiden Margarinetrauben Dr. Max Böhm u. Comp. und van Oostum u. Comp. in Emmerich eine Interessengemeinschaft mit den vier holländischen Margarinetrauben in Cleve und den holländischen Margarinetrauben in Brügge u. Brügge in Belgien. Zunächst verloren also die Betriebe ihre Selbstständigkeit, die den holländischen Firmen am nächsten gelegen sind, nämlich Betriebe in Arefeld, in Emmerich, in Cleve usw. Aber auch nach Norddeutschland hat die Vertriebsorganisation übergriffen, so daß heute der Konzern Soar-Cleve-Altena den Haupteinfluß auf den deutschen Margarinetraub hat. Dieser Konzern steht in enger Verbindung mit der holländischen Gruppe. Allerdings ist nicht nur holländisches Kapital in die deutsche Margarinetraube eingedrungen, sondern auch belgisches Kapital und in bedeutendem Maße englisches Kapital.

Was die deutsche Margarinetraube angeht, so ist sie seit einigen Jahren, besonders seit 1912, sehr wesentlich gestiegen. Das ist deutlich an dem Aufschwung des Margarinetraubeports zu erkennen. Während früher unter den Ausfuhrposten Margarinetraube oder doch nur mit sehr geringen Differenzen bezeichnet war, wurden schon im Jahre 1911 176.582 Doppelzentner im Werte von 15,0 Millionen Mark exportiert. Im Jahre 1912 ist diese Summe weit überschritten worden.

## Jugendbewegung.

### „Aufgepaßt, Jungens, der Wolf kommt!“

Das ist der Titel eines Heftchens in blutrotem Umschlag, das vom Generalsekretariat des Verbandes der katholischen Junglingsvereinigungen Deutschlands herausgegeben ist und zurzeit an die zur Entlassung kommende Volksschuljugend verteilt wird. Das Heft ist wahrscheinlich inoffiziell und sprachlich das gemeinste, was man bisher in Deutschland der Jugend zu bieten wagte, und deshalb mögen eine Reihe von Textproben festgehalten werden. Selbstverständlich richtet es sich gegen die freie Jugendbewegung und gegen die Sozialdemokratie, und zwar mit Blüten des Stumpfsinns, wie sie nur auf herrschaftlichen Alleen gedeihen können. Die Subtilität baut sich auf dem alten schönen Kindermärchen vom Rotkäppchen auf. Die Sozialdemokratie ist der Wolf, der sich in die Kleider der alten Großmutter verkleidet hat und die unschuldigen katholischen Rotkäppchen erreichen will. Der reichende Wolf hat sogar schon manchen katholischen Jungen „aufgehopt“. Und nun höre und staune man über den „geistvollen“ Inhalt und die „edle“ Sprache dieses Werbeheftchens der Frommen.

Solche reichende Wölfe, vor denen man nicht eindringen genug warnen kann, sind in unserer Zeit die Sozialdemokraten. Diese „Sozen-Apostel“ sind reichende und reisende Wölfe zugleich, die den Jugendlichen nach den Erzählungen dieses Märchenbuchs Neben dem Zukunftsstaat und Märchenland halten. Abgeschandt werden diese roten Wölfe aus einer „Zentralhölle“, womit selbstverständlich die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands gemeint ist, die als „Hoher Wolfsrat“ in Berlin zusammen sitzt. Mit wahrer Wolfsgier gehen ihre

jungen Wölfe an die Arbeit, und leider heulen nun schon recht viele mit „im roten Wolfschor“, was natürlich die „Zentralhölle“ sehr erfreut. Die Zentralhölle fabriziert nun eine Jugenderschulungslehre, die in der Aufhebung gegen alle göttliche und menschliche Obrigkeit, in der Schürung des glühenden Massenhaßes und in nichtswürdigen Angriffen gegen die Lehren der Religion unübertreffliches leistet. Durch „Sticheleien, Drohungen und allerlei Behelligungen und Quälereien“ werden die Jungen schließlich zu einem Zwangsabonnement auf die „Arbeiterjugend“ gezwungen. Der „rote Wolfskatechismus“ lehrt die schlimmsten Teufeleien, und das Jugendliederbuch als „Inallrottes Gebetbuch“ führt die verlorene Jugend vollends in die Hölle.

Aber die fromme Jugend läßt sich nicht gleich fangen. Sie fragt in der irdischen Sprache wahren Christentums: „Großmutter, was hast Du denn für ein großes Maul?“ und die heiligen Junglinge antworten ihr auf den „Phrosenschnall“: „Freiwillig, das Maul aufreißer, das kann jeder.“ Die katholische Jugend will sich nicht zum „moralischen Krüppel“ machen lassen, und sie lacht über die „langen Ohren“ der Sozialdemokratie.

Der Zukunftsstaat ist von den schlauen Führern nur für „Karren“ ausgeheckt. Die schlauen Führer singen denen, die nicht alle werden, vor:

Siehe wohl, bald kimmt er,  
Lange Schritte nimmt er,  
Kimmt er auch ein wenig spät,  
Doch er kimmt, der Zukunftsstaat.“

Es würde diesen Schwärmen in der Tat etwas fehlen, wenn man nicht in diesem Zusammenhang auch unsern verstorbenen Genossen Fabel, dessen Charakter doch wahrlich jedem jungen Menschen als Vorbild dienen kann, durch den Schmutz ziehen würde.

Die „Arbeiterjugend“ ist der „alte, häßliche, gefräßige und heißhungrige Wolf“. Wenige Zeilen später bringt es der schimpfpreudige Verfasser dieser ungeheuerlichen Subtilität auch noch fertig, sich über die „unedle, rauhe und rohe“ Sprache der „Arbeiterjugend“ aufzuhalten. Gleich darauf erzählt er aber wieder von „effigen Dauern“, von einem „häßlichen haarigen Wolfsgesicht“ und ruft mit Entrüstung: „Großmutter, Du lügst.“ Zu dieser „edlen“ Sprache paßt es vortrefflich, daß die Ergebnisse der Naturforschung, soweit sie nicht in die kirchliche Märchenwelt passen, glattweg als Quatsch bezeichnet werden.

Das wunderliche Heft warnt schließlich jeden, der freien Jugendbewegung beizutreten, denn „Sonst wird auf einmal das Maul, was einst der Teufel jagte, als er eine Ratpfanne verschlucken wollte, und mit dem Stiel anfangen.“ Das die Erde folgt nach. Wer mit dem roten Wolf anbündelt, wird schließlich von ihm aufgefressen.

Der einzige Schutz gegen den roten Wolf sind natürlich die Pflichten der katholischen Jugendbewegung, die der Verfasser in diesem Heft als „gottbegeisterte Selbenschär der jungen Kreuzritter“ nennt.

Eine herrliche Jugendchrift, nicht wahr? Ein Kulturdokument für den geistigen und sittlichen Tiefstand gewisser Gesellschaften, die man unter staatlicher Unterstützung auf die Jugend losläßt.

## Soziales.

### Aus dem Gewerbegericht.

I. Der Musiker Klinger war mit dem Kapellmeister Hübner in Streit geraten. Die Folge war seine Entlassung. Während darüber geschmeitete er eine kostbare Geige des Kapellmeisters. Der Wert soll 1000 M. sein. Um sich für seinen Schaden zu sichern, hat Hübner eine Anzahl Instrumente, die zum Teil dem Musiker gehörten, teils geliehen waren, zurückbehalten. Es war bereits zu einem Vergleich gekommen. Klinger sollte 600 M. in wöchentlichen Raten von 3 M. abzahlen. Hübner hatte aus begreiflichen Gründen die Bedingung gestellt, daß der Vater Klingers die Gewährung für Einzahlung des Vergleichs übernehme. Daraus scheiterte der Vergleich. Nun klagte Klinger auf Herausgabe der einbehaltenen Instrumente, weil ihm ohne diese jede Erwerbsmöglichkeit genommen sei.

Auf dem Wege der einstweiligen Verfügung wurde vom Gericht angeordnet, daß dem Kläger die Instrumente, mit Ausnahme von drei, herausgegeben werden. Die drei Instrumente darf der Beklagte bis zur Erledigung des Strafverfahrens einbehalten.

II. Zwei Einshaler forderten gestern von der Firma Müller, Marg u. Co. 1. für 66 Stunden 15 Pf. Zuschlag laut Tarif für Wasserarbeiten; 2. für 12 Tage Landzulage à 50 Pf.; 3. Bezahlung der Rückfahrt von Insterburg und 4. Ersatz für ein Paar gestohlener Stiefel. Zu Punkt 1 wendete die Firma ein, es habe sich um keine Wasserarbeiten gehandelt. Das Gericht stellte sich auch auf diesen Standpunkt, obwohl die Arbeitsstelle täglich so voll Wasser gelaufen war, daß sie ausgepumpt werden mußte. In einem Entscheid über den weiteren Einwand, daß der Berliner Tarif für Arbeiter außerhalb nicht gelte, kam es deshalb nicht. 2. Landzulage war ursprünglich 1 M. pro Tag vereinbart. Sie wurde später vom Bauleiter auf 1,50 M. erhöht, aber einige Zeit danach wieder auf Verlangen der Firma auf 1 M. herabgesetzt. Dieser Teil der Forderung wurde den Klägern zugesprochen. Auch wurde ihnen die Bezahlung der Rückfahrt zugesprochen. Zwar hatten sie unterschrieben, keinen Anspruch auf Rückfahrvergütung zu haben, wenn sie nicht mindestens acht Wochen in Insterburg tätig seien. Das Gericht sah aber die vorzeitige Lösung des Arbeitsverhältnisses als berechtigt an, weil ihnen die einmal bewilligte höhere Landzulage wieder entzogen wurde. Den Ersatz der gestohlenen Stiefel lehnte das Gericht ab, weil die Firma ein Verschulden nicht trifft. Der Diebstahl geschah nachts mittels Einbruchs.

III. Ein Werkmeisteranwärter klagte gegen die städtischen Gaswerke auf Zahlung von 134,40 M. Bei den Werken sollte eine neue Kategorie von Werkmeistern geschaffen werden. Ein Beschluß der Deputation war noch nicht gefaßt. Um jedoch zur gegebenen Zeit die erforderlichen Kräfte zur Hand zu haben, wurden im Dezember 1912 eine Anzahl sogenannter Werkmeisteranwärter eingestellt mit dem Hinweis, daß sie zunächst drei Monate zur Probe tätig sein müßten und dann Aussicht hätten, am 1. April 1913 also, mit einem Monatsgehalt von 175 M. angestellt zu werden. Daraus wurde nichts. Die fraglichen Stellen sind erst am 1. März d. J. ins Leben gerufen worden. Der Kläger will sich bereits im April 1913 an den zuständigen Regierungsinspektor gewendet und von diesem die Zusage erhalten haben, er möge zunächst mit 70 Pf. Stundenlohn weiterarbeiten, sobald die Stellen bewilligt seien, bestimme er die Differenz zwischen seinem verdienten Lohn und 175 M. Monatsgehalt nachvergütet. Er wartete bis zum November, schrieb dann an die Direktion der Werke und an den Oberbürgermeister. Schließlich wurde ihm fristgerecht zum 1. März d. J. gekündigt. Nun fordert er für die Zeit vom 1. April 1913 bis zum Tage seiner Entlassung Nachbezahlung der Differenz. Er wurde jedoch vom Gericht mit seinem Klageanspruch abgewiesen. Den Nachweis, daß ihm eine entsprechende Zusage gegeben wurde, holte der Kläger nicht erbracht. Der Inspektor war auch, wie er wußte, nicht befugt, aus Eigenem ihm eine solche Zusage zu geben. Die Zahlung von 175 M. war abhängig von der Bewilligung der Werkmeisterstellen durch die Deputation, und die erfolgte erst zum 1. März 1914, also nachdem das Arbeitsverhältnis des Klägers bereits zu Ende war.

## Aus aller Welt.

### Der Sternflug nach Monaco.

Nach dem Ausschleichen der beiden deutschen Bewerber Girth und Ernst Stöffler kommen nur noch französische Piloten in Frage. Und zwar ist Brindejone des Roulinais

nach am letzten Tage des Wettbewerbs in seinem Landsmann Garros ein erster Konkurrent entstanden. Garros ist es nämlich nach zwei Fehlstarts beim dritten Antriebe gelungen, die Strecke glatt zu absolvieren. Am Dienstag legte er in 10 Stunden 33 Minuten die 1083 Kilometer von Brüssel nach Marseille zurück und am Mittwoch traf er um 11 Uhr vormittags in Monaco ein. Ob er Brindejone die bessere Zeit hat, steht noch nicht fest. Jedenfalls handelt es sich nur um eine geringfügige Differenz.

Den dritten und vierten Platz haben Renaux und Mallard belegt, doch benötigte Renaux 54 Stunden zur ganzen Strecke, Mallard gar 34 1/2 Stunden. — Sätten Stöffler und Girth gleich Garros Erprobungsmaschinen zur Verfügung gestanden, so würde das Endresultat vielleicht noch ein anderes geworden sein.

### Frommer Terrorismus.

In Bonn-Endenich ist zurzeit Mission. Eine merkwürdige Wirkung des neu belebten kirchlichen Sinnes der Endenicher bekam jetzt ein dortiger Arbeiter zu spüren. Seine Frau wurde von der Hausbesitzerin zur Rede gestellt, weil sie die Missionspredigten nicht besuchte. Dabei erklärte die würdige Hausbesitzerin wörtlich: „Wenn Sie nicht mit zur Kassa kommen, dann kündige ich Ihnen zum 15. April die Wohnung.“ Ihr Vorhaben auszuführen, wurde die fromme Frau indessen verhindert. Der Arbeiter ließ sich so etwas nicht bieten und kündigte selber.

### Die Christen unter sich.

In sehr würdiger Weise haben in Portoferraio auf der Insel Elba die Mitglieder der Bruderschaft der Darmherzigkeit und der des allerheiligsten Sakraments den Karfreitag begangen. Als die Prozession eben in den Dom zurückkehrte, wo über 2000 Gläubige der Feier beizuwohnen, gingen die Angehörigen der einen Bruderschaft mit denen der anderen dicht am Hochaltar einen Streit an, der sich bald zu einer regelrechten Rauferei entwickelte. Der fromme Eifer war so groß, daß die Kämpfenden laut schrien, wodurch eine Panik entstand, da man den Spektakel auf Feuerlärm zurückführte. Alles drängte in wilder Flucht zum Ausgang, wobei Frauen und Kinder zu Boden gerissen wurden. Viele Personen sind verletzt, am schwersten ein zehnjähriger Knabe, der im Krankenhaus im Sterben liegt.

### Furchtbares Verbrechen eines Sittlichkeitsattentäters.

Als ein furchtbares Verbrechen stellt sich eine Brandkatastrophe dar, die sich dieser Tage bei Pullach in Bayern ereignete. Drei Mädchen des Kochfleischers Seider, die unter den brennenden Trümmern einer Hütte begraben wurden, konnten als verkohlte Leichen geborgen werden. Das vierte Kind, ein neunjähriges Mädchen, wurde in einem Graben tot aufgefunden. Es ist ein Sittlichkeitsverbrechen an ihm begangen worden. Der Verbrecher hatte das Häufchen in Brand gesetzt und das älteste Kind zu seinem schändlichen Verbrechen davongeschleppt.

### Auf Abwegen.

In einem Dresdener Hotel logierte sich in einer der letzten Nächte ein Arzt aus Jütta ein. Er hatte eine junge Dame in seiner Begleitung, die er für seine Frau ausgab. Die wirkliche Ehefrau traute aber, wie die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt, der Reise ihres Gatten nach der Residenz nicht so recht und schickte kurzerhand einen Detektiv hinterher. Dieser hatte denn auch bald das Hotel ausfindig gemacht, in dem der Gatte mit seiner neuen „Frau“ abgestiegen war. Telegraphischer Benachrichtigung zufolge eilte die Frau Nr. 1 im Schnellzuge in Begleitung eines Rechtsanwalts nach Dresden, wo sie kurz vor Mitternacht eintraf und ebenfalls in dem kritischen Hotel abstieg. Vor einer Zimmertür des Hotels bemerkte die Frau zwei Paar Schuhe stehen, von denen sie ein Paar als die ihres Mannes erkannte. Sie ließ von der Polizeiwache in der Schellstrasse einen Sendarmen kommen, um den Namen des Mädchens festzustellen. Im Mitternacht wurden der Arzt und seine angebliche Gattin aus dem Schlafe geweckt, damit der Polizeibeamte seine Erörterungen vornehmen konnte, während der von der Frau mitgebrachte Rechtsanwalt die nötigen Aufzeichnungen machte, die zu einer Ehescheidung nötig sind. — Ueber das weitere schweigt des Sängers Höflichkeit am besten.

### Meine Notizen.

**Selbstmord auf den Eisenbahnhöfen.** Auf dem Bahnhof Jüterbog warf sich am Mittwochmittag ein Mann in dem Augenblick auf die Gleise, als der Zug Berlin-Dresden einfuhr. Der Puffer der Lokomotive drückte ihm die Schädeldecke ein; auch wurden ihm beide Beine abgefahren. Es soll sich um einen Lehrer aus der Umgegend von Jüterbog handeln.

**Reflexexplosion in einer Webfabrik.** In der Webfabrik Frölich u. Sohn in Wornsdorf (Wödmn) hat sich ein schweres Unglück ereignet. Durch eine Reflexexplosion wurde ein Arbeiter getötet, der Betriebsleiter und ein Arbeiter schwer verletzt. Mehrere andere Arbeiter erlitten leichtere Verletzungen.

**Ein brennender Dampfer auf hoher See.** Der Dampfer „Minnesota“ hat auf der Fahrt von London nach Philadelphia auf dem Atlantischen Ozean den kleinen französischen Dampfer „St. Ange“ brennend angetroffen. Die Mannschaft wurde von dem „Minnesota“ an Bord genommen. Der „St. Ange“ treibt als Wrack auf dem Meere umher.

**Schwerer Automobilunfall.** Am Mittwochvormittag fuhr ein Automobil aus Holland auf der Landstraße Düsseldorf-Krefeld gegen die Sperre und stürzte um. Der Besitzer des Automobils, Albert Lann aus Amsterdam, erlitt mehrere Rippenbrüche, seine Frau starke Anverletzungen und der Chauffeur einen Schädelbruch; sie wurden in das Krankenhaus in Hückelheim gebracht.

**Zwei Kinder verbrannt.** In dem Dorfe Lannenhausen bei Buxiä (Hannover) verbrannten beim Anzünden eines Osterfeuers zwei Kinder im Alter von drei und fünf Jahren.

**Bootsunglück auf der Elbe.** Bei einer Bootfahrt auf der Elbe in der Nähe von Leitzmeritz kenterte das Boot und die Insassen, drei junge Leute, fielen ins Wasser. Während sich zwei durch Schwimmen retten konnten, ertrank ein dreizehnjähriger Gymnasiast.

### Wasserhand-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserhand	am 14. 4.		am 13. 4.		
	cm	cm <sup>1)</sup>	cm	cm <sup>1)</sup>	
Remel, Mühl	434	-10	Seale, Großk.	170	-10
Bregel, Insterburg	210	-10	Dabel, Spanbau <sup>2)</sup>	135	+11
Beichel, Horn	357	+7	Dabel, Rathenow <sup>3)</sup>	123	-2
Ober, Raibor	169	+13	Spree, Sternberg <sup>4)</sup>	92	-20
Kroffen	180	+1	Sefer, Rindon	136	-2
Frankfurt	181	0	Rindon	341	+1
Wartbe, Schwim	152	-	Rindon	348	-26
Landsberg	174	0	Abbin, Ragimiliansau	534	-15
Rege, Jordanm	119	+1	Rindon	383	-24
Dresden	-40	-13	Rindon	428	-26
Bary	284	-11	Reder, Heilbrunn	136	-2
Ragdeburg	331	-7	Rindon	338	-18
			Rajel, Krier	144	-10

1) + bedeutet Hoch, - Niedrig. 2) Untere Pegel.

Das Militär ist ferner zum Waffengebrauch befugt und verpflichtet, soweit er erforderlich ist zur Beseitigung einer Störung seiner dienstlichen Tätigkeit oder um einen Angriff auf Militärpersonen oder militärisches Eigentum abzuwehren.

**§ 3 sagt:**

Ferner steht jeder Militärperson die Ausübung der Rechte zu, welche ihm die Befreiung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtmäßigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden, ohne Unterschied, ob der gegenwärtige rechtmäßige Angriff sich gegen Leib, Leben, Ehre oder Eigentum richtet.

**§ 4 lautet:**

a) Zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze ist das Militär auch ohne Anforderung der Zivilbehörde selbstständig einzusetzen befugt und verpflichtet in Gebieten, die in Kriegs- oder Belagerungszustand erklärt worden sind.

b) Wenn in Fällen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Anforderung zu erlassen.

Die „Kreuz-Zeitung“ bedauert heuchlerisch, daß mit diesen Vorschriften wiederum eine Sicherung im staatlichen Organismus preisgegeben sei!

**Für seine Verdienste befördert!**

Ein großes Schlaglicht auf das in Elsaß-Lothringen herrschende Regierungssystem wirt die soeben bekannt gewordene Beförderung des Regierungsrats Liebermann von der Kreis- und Polizeidirektion in Mülhausen i. E. nach dem Bezirkspräsidium für Elsaß-Lothringen in Metz. Regierungsrat Liebermann ist jener polizeiliche Draufgänger, auf dessen Maßnahmen und Verichte die aufsteigende Polizeiaufsicht und -abteilungen bei dem Bauarbeiterstreik am Nordbahnhof in Mülhausen i. E. im Sommer vorigen Jahres zurückgeführt wurden, welche die Erschießung zweier junger Arbeiter durch Gen darmen zur Folge hatten. Anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation über diese Vorgänge charakterisierte der Landtagsabgeordnete von Dornach, Genosse Martin, diesen Regierungsrat durch eine Reihe seiner eigenen Aussprüche. So hatte der Herr Regierungsrat am Tage nach der Erschießung der beiden Arbeiter zu dem Arbeiterssekretär Wich in Mülhausen gesagt: „Im Vertrauen gesagt, wissen Sie, Herr Wich, ich hätte eher schießen lassen.“ Und zu einem Journalisten sagte er am gleichen Tage: „Heute abend geht es da drauen noch ganz anders zu, heute abend geht's mindestens 100 Tote!“ Ueber die Regierung selbst äußerte er sich später, als die Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen zur gütlichen Beilegung des Konflikts auf Grund der Tarifhöhe des Deutschen Bauarbeiterverbandes die Hand bot, wörtlich vor Zeugen: „Daß die Bande Sulasch und Genossen schlapp macht, war noch zu verstehen, aber daß die Reichsregierung nachgibt, das ist mir unverständlich.“

Die „Bande Sulasch und Genossen“, das war die damalige Straßburger Regierung, die aus Anlaß der Jäberner Vorgänge in zwischen ihren Abschied genommen hat. Auf die vorjährige Anweisung dieser Auslosungen des Herrn Regierungsrats bestätigten in jener Sitzung sofort mehrere andere Abgeordnete dem Unterstaatssekretär Mandel, daß dies in der Tat die Sprache des gemüthlichen Herrn sei. Und nun befördert die neue Regierung den Mann von der Kreisdirektion zum Bezirkspräsidium!

**Die Papst, die Zentrum!**

Der Streit zwischen den „Kölnern“ und den „Integralen“ im Herikalen Lager, zeigt sich immer schärfer zu. Zum Ausbruch der Dämonen verurteilt das „katholische Deutschland“ (Nr. 15), daß es, sobald 10 000 Abkommen vorhanden sind, sich aus einer Wochenschrift in eine Tageszeitung umwandeln werde. Die Integralen denken gar nicht daran, vor dem Dämonen-Terror die Waffen zu strecken. Mittlerweile kommen aus allen Teilen des Reiches Nachrichten von Zusammenstößen der beiden Richtungen, und die Hinausmarsch der Papsttreuen aus dem Zentrum nehmen täglich zu. Vor den Geistlichen, die nach katholischer Lehre Stellvertreter Gottes auf Erden sind, macht die Kölner „Reinigung“ nicht halt. Besonntlich hat die Zentrumspartei in Trier vier hervorragende Geistliche, Freunde des Bischofs Korrum, ausgeschlossen. Bezeichnend erging es anderen Geistlichen aus der Umgegend Triers. Die „katholische Volkszeitung“ nennt den Erzpriester Pfleger in Ostrag (Oberschlesien) den „Drohzieher“ der „ganzen zentrumsfeindlichen Agitation“ und den Pfarrer Weizer aus Boinowitz seinen „stets hilfereitenden Sekundanten“. Der Boykott der von Geistlichen aus der Umgegend des Trierischen Bischofs Korrum geführten „Petrusblätter“ wird mit äußerster Geschäftigkeit betrieben. Die „Kölner Korrespondenz“ erinnert an die päpstlichen und bischöflichen Ehrungen, die dieser Wochenschrift zuteil geworden. Sie schreibt im Anschluß daran:

„Das ist in gerader Linie die ganze katholische Hierarchie, die sich vor die „Petrusblätter“ stellt. Sie warn empfindlich und ermutigt. Was tut aber das verkümmerte Trierer Zentrumskomitee? Es belegt das von den Berufsleuten und höchsten Organen der Kirche empfohlene integral katholische Organ mit dem großen Zentrumsband, erklärt es für ein „Luertreibblatt“ und sucht ihm durch Abstreifen von Abonnenten und Interenten die materiellen Lebensbedingungen zu unterbinden. Dabei hat das Blatt noch kürzlich einen längeren Artikel veröffentlicht, worin dargelegt wurde, daß man auch als integraler Katholik die Handgebung des Reichsschulgesetzes der Zentrumspartei unterschreiben könne. Angesichts eines solchen Terrors und einer solchen Verhöhnung der kirchlichen Autorität haben wir einen Schrei der Empörung aus den katholischen Zentrumskreisen der Stadt Trier erwartet. Vergebens! Immer bis in die Knochen katholisches Volk weih noch nicht, weih frevelhaftes Spiel mit ihm getrieben wird. Nimmere ist die säkularistische katholische Aktion mit dem ihrem Organ, dem „katholischen Deutschland“, namentlich etkommuniziert, ebenso die trefflich wirkende Wochenschrift „Moralität und Wahrheit“ mit dem Herausgeber und schließlich die von Bischof und Papst gelobten „Petrusblätter“. Wann kommen wir an die Reihe?“

Es ist allerdings eine Ironie des Zufalls, daß der Terror der Dämonenrichtung das schärfste Organ des „Köln-Syndikats“ noch nicht erreicht hat. Aber das wird schon kommen.

**Offizielle Besuche des Schatzsekretärs Kühn.**

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt's Lahn wird, wie aus Stuttgart gemeldet wird, in den nächsten Tagen die Höfe von Stuttgart, Stuttgart und Karlsruhe besuchen. Er wird am 18. April in München vom König Ludwig empfangen werden und am 30. April folgt der Empfang in Stuttgart.

Eind schon wieder folgen. Vorbereitungen zum Zwecke irgend welcher „Sanierung der Reichsfinanzen“ nötig?

**Erweiterung der Getreide- und Mühlenfabrikate-Statistik.**

Den Reichstagsabgeordneten ist gestern der Entwurf eines Gesetzes betreffend statistische Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei zugegangen, nachdem ein bürgerliches Blatt

ihn schon einen Tag vorher veröffentlicht hatte. Nach dem Entwurf können statistische Aufnahmen der Vorräte von Weizen (Dinkel und Speltz), Roggen, Weizengetreide (Weizen), Mischfrucht, Hafer, Gerste und Mais sowie von Erzeugnissen der Getreidemüllerei für menschliche und tierische Ernährung für den Umfang des Reiches vom Bundesrat angeordnet werden. Die Aufnahmen können sich erstrecken auf die landwirtschaftlichen und diejenigen Unternehmen, welche solche Vorräte aus Anlaß ihres Handels- oder Gewerbebetriebes in Gewahrsam haben, sowie auf die Vorräte im Gewahrsam von Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbänden. Ausgenommen sind die Vorräte im Gewahrsam von Behörden des Reiches oder eines Bundesstaates. Diese Statistik soll zuerst in zwei aufeinander folgenden Jahren vorgenommen werden. Die Bestimmung des Tages wie der sonstigen näheren Vorschriften sind dem Bundesrat überlassen und die spezielle Durchführung der statistischen Aufnahmen den Landesregierungen. Zum Zwecke der statistischen Aufnahmen dürfen nur Fragen gestellt werden, die sich auf die vorhandenen Vorräte beziehen oder die genaue Bezeichnung des Betriebes und seine Größe betreffen. Jedes Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist ausgeschlossen. Für die wahrheitswidrige Beantwortung der Fragen sind die üblichen Strafen vorgesehen.

In der Begründung des Entwurfs wird zutreffend ausgeführt, daß eine Statistik der Getreidevorräte und der daraus zu menschlicher und tierischer Ernährung hergestellten Mäliereierzeugnisse eine notwendige Ergänzung der Erntestatistik und der Statistik über die Ein- und Ausfuhr der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist. Erst mit Hilfe einer Vorratsstatistik läßt sich ein Ueberblick über die Bewegung des Getreides gewinnen, bis es in den Verbrauch übergeht, über die Vorräte, mit denen das Land in die neue Ernte eintritt, und endlich wird zusammen mit den Zahlen der Statistik über Ernte, Ein- und Ausfuhr eine Verbrauchstatistik, die bis heute ganz fehlt, ermöglicht.

Aus diesen Gründen wird auch die Sozialdemokratie dem Entwurf nur zustimmen können, ganz abgesehen davon, daß sie von Anbeginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit bis heute immer wieder und wieder auf Erweiterung und Vertiefung der Reichsstatistik hingearbeitet hat. Keine andere Partei, wie sie, ist ja auch grundsätzlich so dazu verpflichtet: eine Statistik, die aus dem tatsächlich gewordenen ökonomischen Zustand der Gegenwart in die Zukunft hineinführen will, hat vor allem ein Interesse daran, daß dieser gegenwärtige Zustand auch statistisch erfährt wird.

Was die besondere Statistik der Getreideproduktion und des Getreideverbrauchs betrifft, so ist längst von unserer Fraktion eine Verbesserung und Erweiterung angeregt worden; im besonderen wieder ist eine zuverlässigere Verbrauchstatistik gefordert worden.

**Der Stand der nationalliberalen Organisation.**

In einem Artikel, der sich mit der Einigung im nationalliberalen Lager beschäftigt, teilt der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Böttger mit, daß die nationalliberale Partei gegenwärtig über 2000 Vereine mit 280 000 Mitgliedern und über 400 Zeitungen verfüge. Böttger fügt hinzu, daß die nationalliberalen Wähler — darunter verleiht er natürlich auch diese 280 000 Mitglieder — von dem Streit in der Organisationsfrage nicht berührt würden. Allerdings werde die Führung unter den heutigen Verhältnissen immer schwieriger.

**Die übliche Denunziation**

leistet sich die „Post“ wiederum gegenüber der geplanten internationalen Frauenkundgebung. Nachdem das Schamacherblatt mitgeteilt hat, daß am 21. April in der „Neuen Welt“ in Berlin neben dem Genoffinnen Jettin und Jiez die Genoffinnen Popp und Kofchek aus Wien und verschiedene andere aus Holland, Rußland, Frankreich und der Schweiz reden sollen, wendet das ehrenwerte Organ sich mit folgenden Worten an Herrn v. Jagow:

„Es dürfte angebracht sein, daß sich die zuständige Behörde etwas näher mit dieser internationalen Kundgebung beschäftigt. Das Auftreten ausländischer Sozialdemokraten in politischen Versammlungen ist in Preußen bekanntlich nicht statthaft, und bisher wurde in solchen Fällen immer mit Ausweisung gegen die lästigen Ausländer vorgegangen.“

Es genügt, diese Denunziation tiefer zu hängen. Es lohnt sich nicht, Blättern wie der „Post“ gegenüber darauf hinzuweisen, daß in Preußen „bekanntlich“ kein Gesetz besteht, das von vornherein Ausländern die rednerische Teilnahme an Versammlungen verbietet. Wenn auch die preussische Polizei bisher vielfach den schönen Wünschen der „Post“ entsprochen, so erlangt dadurch die Polizeipraxis doch noch lange keine gesetzliche Grundlage.

**Rückgang der Militärtauglichkeit.**

Aus neueren Zahlen über die Aushebung der Rekruten ergibt sich, daß der Prozentsatz der Tauglichen weiter abgenommen hat. Er betrug im Jahre 1903 noch 57,1 Proz., jetzt nur noch 55,5 Proz.; ebenso weist die Rubrik der „läufigen Tauglichen“ einen Rückgang auf, und zwar von 14,7 Proz. auf 14,3 Proz. Zugunommen haben dagegen die „minder Tauglichen“ von 19,5 Proz. auf 24 Proz. — Ein, wie uns scheint, untrüglicher Beweis für den gesundheitlichen Rückgang in der deutschen Bevölkerung.

**Ein Zuchtshausurteil — freudig begrüßt.**

Großen Abscheu vor dem Militarismus wuh der Russefrier Kalerin Masch von Infanterie-Regiment Nr. 148 haben, der dieser Tage wegen Fahnenflucht und Mordbühnenhand vor dem Allensteiner Kriegsgericht stand. Der Angeklagte hat eine überaus traurige Jugend gehabt. Als er klein war, ergab sich sein Vater dem Trunk und die Mutter verfiel in religiösen Wahnsinn. Der junge Masch, der ohne jede Aussicht war, kam nach der — Fürsorgeanstalt, wo er „gehört“ werden sollte. Im Jahre 1912 wurde er in den bunten Rock gesteckt, aber bereits nach wenigen Monaten rückte er aus, wobei er einigen Kameraden Geld und Bekleidung entwendete. Er ging nach dem Ausland, stellte sich aber im März dieses Jahres dem Konsulat in Amsterdam.

Der Anlagereichter ließ an der Fürsorgeerziehung kein gutes Haar. Er meinte, die Fürsorgeerziehung berechneten zu seinen großen Hoffnungen; seien die Jungen noch nicht ganz verdoeben, so würden sie es in der Anstalt. Von 100 Zöglingen würden 90 Verbrecher. Der Angeklagte könne nicht beim Militär bleiben, da er sonst schädlich auf seine Kameraden einwirken würde. Das Gericht ließ sich von denselben Erwägungen leiten und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr acht Monaten Zuchtshaus, Ausstoßung aus dem Heere und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Als der Vorsitzende fragte, ob der Angeklagte sich mit dem Urteil zufrieden gebe, war dieser freudig erregt und rief aus: „Ja wohl, ich nehme die Strafe gern an und will sie sofort antreten.“ Der Mann ist deshalb so „freudig erregt“ gewesen, weil das Gericht neben der Zuchtshausstrafe auf Ausstoßung aus dem Heere erkannt hat.

**Die Vereinigten Staaten und Mexiko.**

Der Konflikt, der aus Anlaß der Gefangenahme der amerikanischen Matrosen durch mexikanische Regierungstruppen bei Tampico entstanden ist, ipht sich immer mehr zu. Querta weigert sich den von den Vereinigten Staaten geforderten Salut vor der amerikanischen Kanonenboot „Delphin“ zu salutieren, das als Depeschboot vor Tampico benützt wird, stellte jedoch Bedingungen hinsichtlich des Saluts. Bryan erklärte aber dem mexikanischen Geschäftsträger, er werde auf einem bedingungslosen Salut bestehen.

Unterdessen wird die gesamte amerikanische Flotte vor Tampico versammelt. Sie wird aus 11 der modernsten Schlachtschiffe bestehen und das Landungs-korps aus den Besatzungen des Geschwaders wird 15 000 Mann stark sein.

Präsident Wilson erklärte Mitgliedern des Kongresses, falls Querta der amerikanischen Forderung nicht nachlässe, sei der erste Schritt der amerikanischen Regierung die Besiegergreifung von Tampico und Veracruz. Amlich wird erklärt, daß zu den Gründen für die Entsendung der amerikanischen Flotte auch die Tatsache zu rechnen sei, daß Depeschen an den amerikanischen Geschäftsträger in Mexiko von den Mexikanern aufgefangen worden seien.

**Das erste Aufgebot.**

Korsfall, 15. April. Die Schlachtschiffe „Arkansas“, „Vermont“, „New Hampshire“ und „New Jersey“ sowie das Depeschboot „Bantion“ sind heute vormittag von Sampson Roads unter vollem Dampf nach Tampico abgegangen.

**Erfolge der Rebellen.**

Juarez, 15. April. Nach einer hier eingegangenen Meldung hat General Villa nach einer neuntägigen Schlacht die Regierungstruppen bei San Pedro im Norden von Torreon geschlagen. Die Verluste werden auf beiden Seiten auf 3000 Mann geschätzt.

Die Bundesstruppen zündeten einen Teil der Stadt an, ehe sie sie räumten.

**Rußland.**

**Die Aussperrung in Riga.**

Riga, 15. April. In der Ueberziehungs-Abteilung der Gummiwarenfabrik Prowodnik und in der Fabrik von Rosenkranz u. Co. ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden.

**Japan.**

**Das neue Ministerium.**

Tokio, 15. April. Die Liste des neuen Kabinetts ist heute nachmittag dem Kaiser unterbreitet worden. Sie ist noch nicht amtlich veröffentlicht, doch glaubt man, daß sich das Ministerium folgendermaßen zusammensetzen werde: Vorksi und Inneres Diuma, Außerer Baron Kato, Finanzen Wakatsuki, Marine Admiral Jashiro, Krieg General Ota, Justiz Ozaki, Unterricht Kishi, Verkehr Taketomi, Handel Viscount Cura.

Die Mitglieder des Kabinetts gehören zwei Parteien des Abgeordnetenhauses an, der Doshikai und der Teiseiseipartei, die zu unterstützen sich die Koluminto-Partei verpflichtet hat, aber die Seiyukai-Partei behält die Majorität. Man glaubt, daß dies eine Auflösung des Parlaments notwendig machen werde und daß die Wahlen die Entscheidung des Seiyukai-Majorität zur Folge haben werden. Das Kabinett ist wahrscheinlich das populärste seit Errichtung der Verfassung. Es besitzt die einmütige Unterstützung der Presse und verfügt über das Vertrauen des Publikums. Die Börsenpapiere zeigen ein wesentliches Steigen. Premierminister Diuma verspricht wirtschaftliche Reformen und praktische Neuerungen.

Die Mitglieder des Kriegserichts, das gegen die in den Flottenstandol verwickelten Offiziere verhandeln soll, sind nunmehr ernannt worden.

**Letzte Nachrichten.**

**Weitere sozialdemokratische Wahlerfolge in Schweden.**

Stockholm, 15. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute hatte die Sozialdemokratie wieder einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen. In dem Wahlkreis Gästrikland wurden drei Sozialdemokraten und ein Liberaler gewählt. Früher hatten beide Parteien je zwei Sitze; der Nüftungliberale Starbäck ist diesmal von uns verdrängt worden. Bisher sind gewählt worden: 41 Konservativen (früher 34), 38 Sozialdemokraten (35) und 24 Liberale (34).

**Eine Erklärung der amerikanischen Regierung.**

Washington, 15. April. Die Regierung hat eine amtliche Erklärung erlassen, in der sie den Uebergriff gegen die amerikanischen Matrosen in Tampico, die Juridikalhaltung von Depeschen nicht anerkennend, daß die mexikanische Regierung, wenn ihr die ernste Wirkung der sich häufenden Zwischenfälle deutlich gemacht werde, einsehen würde, daß es schädlich und notwendig sei, solche Verweise von ihrem Bunde, diese Vorfälle zu mißbilligen und wieder gut zu machen, zu geben, die nicht nur die Vereinigten Staaten befriedigen, sondern auch der übrigen Welt zeigen würden; daß ihre Haltung völlig geändert habe. Die de facto bestehende Regierung in Mexiko könne nichts von ihrer Würde verlieren, wenn sie die Forderungen einer großen souveränen Regierung bezüglich der angeführten Tatsachen anerkenne. Die Regierungserklärung kam ganz unerwartet. Bezüglich der Verhaftung der Matrosen wurde bei der Konferenz im Weißen Hause insofern ein neuer Umstand bekanntgegeben, als mitgeteilt wurde, daß zwei der Betroffenen tatsächlich von einem Boot des „Delphin“ weggeführt worden. Einer der Senatoren, die an der Konferenz teilnahmen, machte die Voraussage, daß Präsident Wilson, falls Querta nicht nachgeben sollte, eine Botschaft an den Kongreß richten werde.

Das Marineministerium hat eine Flottendemonstration auch an der pazifischen Küste angekündigt.

**Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks.**

London, 15. April. (W. T. A.) Die Grubenarbeiter von Northshire haben mit einer Mehrheit von 15 000 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

**Ein schweres Brandunglück in der Schweiz.**

Genève, 15. April. In Malars brannte heute eine Mühle ab; dabei kamen drei Kinder einer Italienerin um, ein viertes erlitt schwere Brandwunden.

Unserem Bezirksführer, dem Genossen  
**Eckardt**  
zu seinem heutigen Geburtstag ein  
wärmendes Gedächtnis  
Die Genossen des 706. Bezirks.  
Hinter - uns. 122a

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.  
3. Abt. Bezirk 516.**

Am Montag, den 13. April, ver-  
starb unser Genosse, der Herr:

**Gustav Melzer**

Wärter Str. 38.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 16. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle der Segens-Gemeinde in  
Weigenier, Hildebrandt, aus statt.

9. Abt. Bezirk 626.  
Am Dienstag, den 14. April,  
verstarb unser Genosse

**Anton Müller**

Gartenstr. 51.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 17. April, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Städtischen Friedhofes  
in der Müllerstraße, Offe, See-  
straße, aus statt.  
Hohe Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
lieben Bruders sagen wir allen  
Freunden und Bekannten sowie den  
Besuchen unseren herzlichsten Dank.  
16888  
Waldwitzer Subot.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der deutschen Wagenbauer.  
Berlin IV.**

Der Mitglieder zur Nachricht,  
daß unser langjähriger Mitglied

**Anton Müller**

im Alter von 47 Jahren am  
13. April verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 17. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des  
Städtischen Friedhofes, See-  
str. 93, aus statt.  
25715 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.  
Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Herr

**Hermann Linke**

Petersburger Str. 28  
im Alter von 50 Jahren ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 16. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle  
des Georgen-Kirchhofes, Land-  
berger Allee, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Herr

**Heinrich Kortstadt**

Seimstr. 11  
im Alter von 53 Jahren ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 16. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle  
des St. Philippus-Kirchhofes, Kirch-  
hofstr. 44/45.  
Um hohe Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß mein  
lieber Mann

**Heinrich Kortstadt**

im 53. Lebensjahre an Herz-  
schwäche gestorben ist. 16915  
Dies zeigt tiefbetrubt an  
Wwe. Mariha Kortstadt geb. Nain  
Heimstraße 11.

Beerdigung am Sonnabend,  
nachm. 5 Uhr, auf dem alten  
Luisen-Kirchhof, Bergmannstraße.

**Verband Buch- u. Steindruckerei-  
hilfsarbeiter und Arbeiterinnen  
Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.

Am 15. Februar verstarb ganz  
plötzlich unser Mitglied

**Emil Viebig**

im Alter von 25 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 16. April, nach-  
mittags 9 1/2 Uhr, auf dem Zentral-  
Friedhof in Friedrichstraße 27/14.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiterverband.  
Sektion der Stuckateure.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 9. April unser Kollege

**Georg Gnieser**

im Alter von 33 Jahren gestor-  
ben ist.  
Die Beerdigung erfolgt am  
Donnerstag, den 16. April, nach-  
mittags 9 1/2 Uhr, von der Halle  
des St. Philippus-Kirchhofes, Kirch-  
hofstr. 44/45.  
Um hohe Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

### Statt besonderer Anzeige!

Am Dienstag, abends 7 1/2 Uhr,  
ist uns unsere herzige Ilse im  
achten Lebensjahre nach schwerem  
Leiden entzogen worden.  
Die Einäscherung hat bereits  
stattgefunden.  
Kondolenzbesuche dankend ver-  
boten.

Berlin, den 15. April 1914.

**Theodor und Lucie Liebknecht.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Herr

**Friedrich Krasa**

Reußstr. 9/10, am  
13. April an Magenleiden ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 16. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Neufährner Gemeinde-  
Friedhofes in Neufähr, Marien-  
dorfer Weg, aus statt.  
Hohe Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Nachruf.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Herr

**Karl Lehmann**

am 5. April im Alter von  
36 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

**Zentralverein der Bildhauer  
Deutschlands.  
Verwaltung Berlin.**

Am 13. April verstarb nach  
kurzer Krankheit unser langjähriger  
Mitglied, der Herr

**Oskar Borchart**

im 58. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 16. d. M., nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Jacob-Kirch-  
hofes in Neufähr, Hermann-  
straße, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Nach langem, schwerem Leiden  
verstarb sanft meine liebe Frau,  
unser Mutter

**Klara Wolf geb. Kühn**

im 58. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrubt an  
**Emil Wolf und Kinder.**  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 17. April, 4 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Ober-Schöne-  
felder Friedhofes statt.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme sowie die vielen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau

**Ella Mandel geb. Thal**

sagen wir allen Verwandten, Freun-  
den und Bekannten, allen Vereins-  
kollegen unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

### Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes,  
unseres Vaters, Großvaters und Ur-  
großvaters sagen wir allen Freunden  
und Bekannten unseren herzlichsten  
Dank.  
Frau Eggefer und Angehörige.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens  
meines lieben Mannes und Vaters,  
unseres guten Sohnes, Schwieger-  
sohnes und Schwagers, des Genossen

**Karl Stiller**

sage ich hiermit allen, insbesondere  
dem sozialdemokratischen Bezirksverein,  
dem Verein der freien Gewerke  
sowie der freiwilligen Feuerweh-  
rvereine meinen tiefgefühlten  
Dank.  
Bertha Stiller, geb. Lude, nebst Sohn.

### Dankfagung.

Allen Freunden, Genossen und  
Kollegen sage ich für die außer-  
ordentliche Teilnahme bei der letzten  
Ehrung meiner Frau meinen besten  
Dank.  
Paul Adrian,  
Groschkestraße Nr. 26.

### Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und  
die liebevollen Kranzbinden bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes

**Wilhelm Zinke**

sagen wir allen Teilnehmern, ins-  
besondere dem Reichstagsabgeordneten  
Freiherrn für die großzügigen Worte,  
dem Bezirksverein, den Kollegen und  
der Firma Bestlein sowie dem Spar-  
verein „Blüte“ unseren tiefgefühlten  
Dank.  
Witwe Alwine Zinke und Kinder.

### Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme beim Tode meines  
lieben Vaters, des Kaufmanns

**Gustav Hecke**

sage ich hiermit allerseits meinen  
herzlichsten Dank, besonders auch den  
Genossen vom Wahlverein.  
Frau Margarete Hecke  
geb. Spitzer.

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 16. April 1914.

**Ufanga 5 Uhr.**

**Passage-Theater.** Aino-Saricé.

Anfang 6 1/2 Uhr.

**Eines Hollendorfer-Theater.** Was

mir die Bildnis gab.

Anfang 7 Uhr.

**Rgl. Cyranus.** Barthal.

**Rgl. Schauspielhaus.** Peer Gunt.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches.** Was ihr wollt.

**Zirkus Schumann.** Galavorstellung.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Metropol.** Die Reise um die Welt

in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Hochspannung.

**Deutsches Opernhaus.** Nanon

Lebent.

Leitung. Nüchelprung.

**Komödienhaus.** Der Sub

Berliner. Die einst im Kai.

**Königsgräber Straße.** Mr. Su.

Theater des Westens. Polenblut.

Theater am Nollendorferplatz.

Der Juxbaron.

Deutsches Künstlertheater

Sozialität.

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.

Kasse: Nollendorf 1383.

Donnerstag, 8 Uhr:

**Der Raub der Sabinerinnen.**

Freitag, 8 Uhr:

**Erziehung zur Liebe.**

Theater am Nollendorferplatz 5.

8 Uhr:

**Der Juxbaron.**

**ROSE-THEATER**

**Schiller-Theater O.** Schiller-

Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

**Wann wir alter.** Hieran:

Liebe. Nachher: Lotzens Geburtstag.

Freitag, abends 8 Uhr:

**Die Maschinenbauer.**

Sonnabend, abends 8 Uhr:

**Das Märchen von Heiligenwald.**

**Schiller-Theater** Charlotten-

burg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

**Des Meeres und der Liebe**

**Wellen.**

Freitag, abends 8 Uhr:

**Die beiden Leonoren.**

Sonnabend, abends 8 Uhr:

**Des Meeres und der Liebe**

**Wellen.**

Theater in der Königsgräber Straße

Täglich 8 Uhr:

**Mr. Wu.**

**Komödienhaus.**

8 Uhr:

**„Kammermusik“.**

**Berliner Theater.**

8 Uhr:

**Wie einst im Mai.**

Theater s. d. Weidendammerbrücke

8 Uhr: **Der müde Theodor.**

**Deutsches Künstlertheater**

Sozialität.

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.

Kasse: Nollendorf 1383.

Donnerstag, 8 Uhr:

**Der Raub der Sabinerinnen.**

Freitag, 8 Uhr:

**Erziehung zur Liebe.**

## Freie Volksbühne

**Ordner-Sitzung**  
Sonnabend, den 18. April, 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.

**Extra-Opernvorstellung:**  
**Zar und Zimmermann.**

Sonntag, den 26. April, nachmittags 3 Uhr,  
im Deutschen Opernhaus.

Einlaßkarten a M. 1.30 (Nichtmitglieder zahlen 25 Pf. mehr).  
2447 Der Vorstand.

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Los von Mutter!**  
Gr. Ausstattungspitze m. Gesang u.  
Ballett in 4 Akten.

**Walhalla-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Tangofieber.**  
Gr. Beset. m. Ges. u. Tanz in 3 Akten  
von G. Urban. Russl. u. Dago Dirsh.

**Brauerei Friedrichshain**  
Heute Donnerstag: Wiener Volksmusik-Konzert  
Gastspiel des Musikdirektors und Komponisten  
**Karl Komzák aus Wien**  
mit großem Orchester  
Anfang 8 Uhr Entree 50 Pf.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91.

**Großes Doppel-Konzert u. Gastspiel**  
**Prager Tonkünstler-Orchester.** Dirigent: Kapellmeister  
und Komponist Julius Fuok.  
Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirg. Kgl. Musikdir. Brase  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert**  
Eintritt.

**Berliner Volks-Chor.**  
**Von Gibraltar bis Spitzbergen**  
Vortrag mit eigenen Lichtbildern, Farbaufnahmen  
und Kinematogrammen von **Dr. Alfred Guttman**  
am  
Sonnabend, den 18. April 1914,  
im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer.  
Beginn pünktlich 9 Uhr.  
Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein u. Tanz**  
Eintritt 50 Pf. inkl. Tanz.  
Billets an der Abendkasse zu haben.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
**Hochspannung.**

**Winter Garten**  
Ein  
**beispielloser  
Erfolg**

der von  
**Publikum und Presse  
glänzend beurteilten  
April-Attraktionen!**

Entreplatz wochentags  
M. 0.60.  
- Rauchen gestattet! -

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.  
Zum 123. Male!  
**Der Stolz d. 3. Kompagnie**  
mit  
**Hartstein.**

Vorher das große Variété-Programm.  
Rauchen gestattet!

**Metropol-Theater.**  
Abends 7 Uhr 55 präglie:  
**Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.**

**Folies Caprice.**  
8 1/4 (Tohuwabohu  
Das Karnickel  
Das Erdbeben.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 79.  
Donnerstag, den 16. April 1914:  
Gastspiel des Boigt-Theaters.  
**Mutterliebe**

oder: Der Sturz i. d. Höllegraben.  
Ballett mit Ges. in 4 Akten u. Bilderd.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**„Alt-München“** ::  
Ecke Friedrich- und Mohrenstraße  
Sehenswürdigkeit Berlins :: Münchener Kochelbräu  
Im Bräustübli vorzügl. Frühstück-  
und Mittagstisch zu kleinen Preisen.

Nur noch kurze Zeit!  
**Zirkus Alb. Schumann.**  
Heute Donnerstag, 16. April,  
abends 7 1/2 Uhr:

**Große Novitäten-Vorstellung**  
Debüt! Debüt!  
**Huno-Guno-Truppe**  
in ihren Wunder-Produktionen  
und weiten Attraktionen.  
Ferner Aufführung des großen  
Ausstattungsstückes „Tipp“  
Außerdem **Finale-Kämpfe**  
Es ringen folgende Paare:  
1. Pellivan gegen Essen  
(Türkei) (England)  
2. van Riel gegen Jussuf  
(Russland) (Türkei)  
3. Saff gegen Spouhl  
(Deutschland) (Russland)

**Trianon-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Notbrücke.**  
Sonntags Amt. 3 Uhr: Die Notbrücke.

**Passage-Panoptikum.**  
Der englische  
**Riese**  
**Teddy Bobs.**  
Der größte Mensch, der je  
gelebt! 160 mm größer als  
Machnow! 19 Jahre alt.  
20 Säte mit Sehenswürdigkeiten  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Casino-Theater**  
Lützowstraße 37. Täglich 8 Uhr.  
Wieder ein großer Theater-Erfolg!  
Der neue Lustspiel-Schlager  
**Wo die Liebe hinfällt.**

Vorher das neue April-Programm.  
Tauberts! Selma Wallis! Willi & Wivi!  
Sonnt. 4 U.: Geheimnisse v. New York.

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena.  
**„Im Tangoklub“**  
Die  
Novität „**Die lustige  
Puppe**“.  
Bis 6 Uhr abends und  
ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise.  
**Wein- und Bier-Abteilung.**

**Charlottenburger Festsäle.**  
Charlottenb., Kaiser-Friedrich-Str. 24.  
Heute **Großer Ball.**  
in beiden Sälen. 2 Kapellen.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt und Tanz frei.

### Mehr Entbindungsanstalten!

Wir haben vor kurzem wieder an einem Beispiel gezeigt, welche Schwierigkeiten es manchmal bereitet, für schwangere Frauen zu ihrer Entbindung eine Aufnahme in der Universitäts-Frauenklinik (Artilleriestraße) zu erwirken. Das unsere Forderung „Mehr Entbindungsanstalten!“ berechtigt ist, lehren aufs neue Erfahrungen, die in dieser Anstalt eine ihre Niederkunft erwartende Frau A. hat machen müssen.

Auch ihr mühte es nichts, daß sie schon acht Wochen vorher sich dort meldete und die übliche Einschreibgebühr entrichtete, um hierdurch, wie sie hoffte, sich die Aufnahme zu sichern. Als Frau A. ihre schwere Stunde nahe glaubte, fuhr sie noch am Abend zur Universitäts-Frauenklinik, wo sie etwa um 1/9 Uhr eintraf. Eine Hebamme der Anstalt unterzucht sie und erklärte danach, es werde „wohl noch eine Weile dauern“, doch solle sie nur hierbleiben. Frau A., die schon in Anstaltskleidung steckte, mußte sich nun in einen Raum begeben, in dem mehrere Frauen ihre Entbindung erwarteten. Vier schwangere Frauen lagen in ihren Betten, sie selber aber mußte sich auf einem Stuhl niederlassen, weil für sie kein Bett mehr frei war. So sah sie — man möchte es nicht für möglich halten — die ganze Nacht hindurch! Daheim überließ der Gatte und ihre alte kranke Mutter sich der Nachtruhe, trotz im Gefühl der Unruhe, daß die Schwangere seitens aufgehoben sei. In derselben Zeit wand Frau A. sich in Schmerzen, ohne die Möglichkeit zu haben, sich in einem Bett auszurecken. Dafür fand sie Gelegenheit, in dieser einen Nacht nicht weniger als drei Entbindungen mitanzusehen, die vor ihren Augen in dem Räume ausgeführt wurden. Für eine junge Frau, die selber das erste Kind zur Welt bringen soll, ist das eine sehr eigenartige Vorbereitung. Mit wie großer Sorge wird eine schwangere Frau aus der besitzenden Klasse umgeben, wenn sie ihrer schweren Stunde entgegensteht! Dieser Frau eines Arbeiters aber mutete man die Qual zu, eine lange, lange Nacht hindurch Zeugnis der Qualen ihrer Leidensgefährten zu sein. Am Morgen schickte eine Hebamme Frau A. hinaus, und diese mußte jetzt in einem Hofsaal auf einem der Stühle, von denen aus sonst die lehrbegierigen Studenten wohl den am lebendigen Studienmaterial vollzogenen Entbindungen zuschauen, es sich „bequem“ zu machen versuchen. Zusammen mit noch drei anderen schwangerten Frauen, für die ebenfalls keine andere Unterkunft vorhanden zu sein schien, wartete nun Frau A. weiter in dem Hofsaal, immer noch ohne die Möglichkeit, in einem Bett zu ruhen. Von Mittag an war sie wieder allein, weil die drei inzwischen eine nach der anderen hinausgeführt worden waren. Am Nachmittag durfte sie auf einem Korridor eine Schwägerin begrüßen, die zum Besuch kam. Endlich am Abend schlug für Frau A. die Erlösungstunde. Eine Hebamme nahm eine nochmalige Untersuchung vor, und jetzt lautete der Befcheid, es werde „noch lange dauern“, sie könne — noch mal nach Hause gehen. Vierundzwanzig Stunden hatte die schwangere Frau in der Anstalt gewartet, vierundzwanzig Stunden hatte sie ohne Beiruhung zugebracht — und jetzt wurde sie wieder weggeschickt! Ach, sie war froh, daß man sie heimgehen ließ. Am späten Abend, etwa um 1/10 Uhr, schloß sich hinter ihr die Pforte der Anstalt. Ohne Begleitung und Hilfe mußte sie von der Artilleriestraße bis zur Reimschloßstraße gehen, um die von ihr zu benutzende Strahndahle zu erreichen. Schwer wurde ihr nachher der Weg von der Endhaltestelle der Straßenbahn durch die steil ansteigenden Straßen der Tempelhofer Vorstadt nach ihrer Wohnung, vor der sie in der Nacht, etwa um 11 Uhr, anlangte. Haus- und Korridorschlüssel hatte sie nicht bei sich, doch stand zum Glück die Haustür offen. Als sie mühsam sich die Treppe hinaufgeschleppt hatte, waren ihre von ihr aus den Betten herausgeschickelten Angehörigen entsetzt über den Zustand völliger Erschöpfung, in dem sie sich befand. Die Entbindung, die am anderen Tage vor sich ging, scheint recht schwer gewesen zu sein. Noch um Mitternacht hatte der Gatte die Hebamme geholt, die dann die ganze Nacht hindurch und am folgenden Tage bis in die Nachmittagsstunden hinein ununterbrochen ausharrte. Der am Morgen herbeigerufene Arzt kam noch vor seiner Sprechstunde und wieder sogleich nach der Sprechstunde und dann, nachdem um die Mittagszeit die Entbindung vor sich gegangen war, noch zweimal an diesem Tage. Die Wöchnerin und ihre Angehörigen rühmen dankbar die opferfreudigen Bemühungen der Hebamme und des Arztes.

Welche Krankenbehandlung ergibt sich aus diesen leidvollen Erfahrungen einer Arbeiterfrau, die Mutter werden sollte? Neben unsere Forderung, die Entbindungsanstalten zu vermehren, stellen wir die an die Frauen gerichtete Warnung, zu Entbindungen die Universitäts-Frauenklinik aufzusuchen. Es scheint, daß wirklich nichts anderes übrig bleibt als die Notwendigkeit, direkt vor dieser Anstalt zu wohnen. Lieb wird ihr's nicht sein, ihr Studienmaterial knapper werden zu sehen, aber nur hieron versprechen wir uns Besserung und Befreiung der besagten Zustände. Bis dahin empfehlen wir dringend, zu Entbindungen andere Anstalten aufzusuchen, sofern Anstaltsbenutzung nötig ist. Das Birchow-Krankenhaus z. B. hat eine eigene und gut eingerichtete Abteilung für Geburtshilfe, in der übrigens die Schwangeren und Wöchnerinnen nicht als Studienmaterial dienen.

### Parteiangelegenheiten.

Jugendsektion des fünften Kreises. Am Sonntag, den 19. April, Ausflug nach Spandau, Hennigsdorf. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Alexanderplatz an der Berolina.

#### Zehnter Wahlkreis.

Am Sonntag, den 19. April, veranstalten unsere jugendlichen Mitglieder (Gruppe Wedding und Oranienburger Vorstadt), eine Wanderung nach Biesenthal—Kempnig—Verneu. Treffpunkt Stettiner Fernbahnhof. Abfahrt des Zuges 5.52 Uhr. Gesundbrunnen 5.59 Uhr. Fahrt bis Biesenthal. Fahrgehalt 1,10 M.

Friedenau. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der „Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ (S. B.) seine Wanderausstellung vom 16.—19. April hier in der Homuthstraße im Realgymnasium abhält. Dieselbe kann von jedermann besichtigt werden.

Trebbin. Am Sonnabend, den 18. April d. J., abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“ (W. Fromm) Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder, Abrechnung vom letzten Quartal 1914, Jahresbericht, Parteiangelegenheiten, Verschiedenes.

### Berliner Nachrichten.

#### Ein Wort zur Lehrlingsausbildung.

Wieder sind die Tage gekommen, wo Hunderttausende, zumeist Arbeiterkinder, in das erwerbstätige Leben treten, die Brust gefüllt von Hoffnungen und Erwartungen auf die Zukunft. Viele wäuen ja, jetzt nach dem Verlassen der Schulbank einer „freien“ Zukunft entgegenzugehen. Allein manche Träume werden zerrinnen, wenn der ganze Ernst des Lebens an diese hoffende Jugend herantritt. Das gilt insbesondere für alle diejenigen, die sich durch eine jahrelange Lehrzeit für einen bestimmten Beruf ausbilden lassen wollen.

Es lohnt deshalb, die Aufmerksamkeit auf die berufliche und moralische Erziehung der heranwachsenden jungen Leute in Fabrik und Werkstatt zu lenken, soweit der erwachsene Nebenarbeiter einen Einfluß ausüben kann.

Die Ausbildung der Lehrlinge ist bekanntlich in erster Linie ein Privileg des Handwerks. Die größte Anzahl der Lehrlinge wird in kleineren Betrieben ausgebildet, wo eine verschwindende Zahl von Gehilfen oder Gesellen in Frage kommt. Der Betriebszählung von 1907 ergab 800 286 Lehrlinge, wovon 689 668 auf die Gewerbeabteilung Industrie und Bergbau entfielen. Von letzteren Ziffern kamen auf die ausgesprochenen Kleinbetriebe, die bis fünf Personen beschäftigen, 318 824 Lehrlinge und weitere 97 304 auf Betriebe mit über 5 bis 10 Personen. Es ist notorisch, daß viele Lehrherren eine Lehrlingszuchterei in großem Maße betreiben und wenig oder gar keinen Wert auf die Ausbildung des Lehrlings zu einem tüchtigen Arbeiter des Berufes legen, sondern lediglich den Lehrling als eine billige und gewinnbringende Arbeitskraft ansehen. In den größeren Werkstätten und in den Fabriken, wo der Lehrherr sich persönlich nicht um den Lehrling kümmert, haben die mit der Ausbildung beauftragten Personen oft nicht die Zeit oder vielmehr nicht das nötige Interesse und Verantwortlichkeitsgefühl, sich des Lehrlings anzunehmen. Eine ungenügende Sachausbildung rächt sich aber später immer bitter, wenn nach Ablauf der Lehrzeit der junge Mann hilflos, mit nur schattenhaften Begriffen vom Beruf ausgerüstet, selbst um seinen Unterhalt kämpfen muß. So bietet sich für den erwachsenen Arbeiter, der in Fabrik oder Werkstatt mit Lehrlingen zusammen tätig ist, ein dankbares Feld, wo er sich im Interesse des Nachwuchses betätigen kann, insofern, als er in beruflicher Hinsicht dem Lehrling jede Förderung angeben kann, die in seiner Möglichkeit liegt. Gewiß, die berufliche Ausbildung des Lehrlings ist eine Aufgabe, die in erster Linie von den dazu rechtlich verpflichteten Personen zu erfüllen ist. Wir wissen auch, daß viele vom besten Willen besetzte erwachsene Arbeiter außer Stande sind, sich in beruflicher Hinsicht um den Lehrling zu kümmern. In wüster Akkordarbeit müssen sie Tag für Tag ihre Kräfte auf das äußerste anspannen und jede zeitraubende Beschäftigung mit dem Lehrling kommt einem materiellen Opfer gleich. Allein wo sich immer Gelegenheit bietet — und die bietet sich recht oft — da sollte der erwachsene Arbeiter nicht unterlassen, dem Lehrling in beruflichen Fragen rateund und helfend zur Seite zu stehen. Ein aufgeklärter Arbeiter sieht in dem Lehrling nicht den zukünftigen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, sondern den späteren Kampfgenossen; er ist dessen eingedenk, daß ein leistungsfähiger, beruflich tüchtiger Nachwuchs Gewähr für eine mutige und rüchgratfeste Kampfschar bildet.

Auf dem Gebiete der sittlichen und geistigen Erziehung des Lehrlings in Fabrik und Werkstatt wird von den erwachsenen Arbeitern noch viel gefündigt, obgleich es dank der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit von Jahr zu Jahr besser geworden ist. Es gibt aber noch recht viele minderwertige, verächtliche Charaktere, die ihre Aufgabe darin sehen, den Lehrling mit Zoten zu unterhalten, oder die den wehrlosen Lehrling als Gegenstand ihrer Launen ansehen, aus den wichtigsten Gründen brutalisieren, nur „weil es immer so war“ oder „weil man es selbst in der Lehrzeit nicht besser hatte“. Dem ersten und gebildeten Arbeiter liegt die Pflicht ob, solchen Treiben einen Riegel vorzuschieben; denn es liegt auf der Hand, daß eine derartige Behandlung eine ernste Gefahr bildet in bezug auf die sittliche Haltung des Klassen-genossen als späteren Klassenkämpfers. Werkstätten und Fabriken, wo Kasernenluft weht, wo der Lehrling als Objekt roher Mißhandlungen betrachtet wird, wo ältere, sittlich tiefstehende Arbeiter durch böse Beispiele gute Sitten verderben, sind wahre Brutstätten zur Züchtung jener minderwertigen Charaktere, die später in allen ersten Kämpfen verfehlen.

Von Kollegialität und Kameradschaftlichkeit beseelt, muß der organisierte, aufgeklärte Arbeiter in beruflichen und moralischen Fragen dem gewerblichen Nachwuchs, der jetzt nach den Festtagen stockenden Fußes und unfundig des Weges in das Erwerbsleben eintritt, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wenn der organisierte Arbeiter sich als guter, gerechter und anständig handelnder Mensch zeigt, so wird das auf das empfängliche Gemüt des Lehrlings den nachhaltigsten Eindruck machen. Ein solches Verhalten bildet aber auch die beste Agitation für die Arbeiterorganisationen. Der jugendliche Arbeiter, der eine gute Behandlung erfahren hat, wird, wenn er vollwertiger Nebenarbeiter geworden ist, den Bestrebungen der organisierten Arbeiter nicht gleichgültig und teilnahmslos oder gar feindselig gegenüberstehen. Mit einem Wort: Es werden Mitkämpfer erzogen. Und die Arbeiterschaft hat ein brennendes Interesse daran, tüchtige Mitkämpfer zu erziehen.

#### Berliner Elektrische Straßenbahn N. O.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 7. d. M. beschlossen, für das Geschäftsjahr 1913 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 3 1/2 Proz. (i. V. 5 Proz.) zu empfehlen.

Bestimmend für diesen Beschluß war, daß einmal der Wettbewerb anderer Verkehrsunternehmen und die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage einen Rückgang der Einnahmen hervorgerufen haben, daß weiter insbesondere aber die bringend notwendige Erneuerung des Wagenparkes erhebliche Aufwendungen bedingt.

Da auch für die kommenden Jahre zu gleichem Zwecke größere Mittel werden gebraucht werden, außerdem die Her-

stellung neuer Linien infolge des Baues des Straßenbahntunnels unter dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz zunächst weitere Geldopfer fordern wird, so wird auch in den nächsten Jahren auf eine höhere Dividende als die jetzt vorgeschlagene nicht gerechnet werden dürfen.

#### Hiebe vom Pastor.

Der Pastor hat gegenüber seinen Konfirmanden das Züchtigungsrecht. Daß er auch Gebrauch davon macht, paßt durchaus zu dem „Geist des Christentums“. Wäre der ein „redlicher Christ“, der nicht eine Tracht Prügel als läuterndes Erziehungsmittel zu schätzen wüßte? Das nötige Verständnis hierfür fehlt freilich manchen der Eltern, die ihre Kinder zum Pastor schicken und sie von ihm konfirmieren lassen. Daraus können dann in einem prägelnden Verkünder des Gotteswortes leicht allerlei Unannehmlichkeiten entstehen.

Gegen den in Berlin an der Melancthonkirche amtierenden Pastor Köppen hat der Vater eines Konfirmanden, den der Herr Pastor geprügelt hatte, den Staatsanwalt in Bewegung zu setzen versucht. Erfolg hat er damit nicht gehabt, nicht bei der Staatsanwaltschaft des zuständigen Landgerichts Berlin II und auch nicht bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts Berlin. Für manchen unserer Leser, der bisher über das Züchtigungsrecht der Pastoren in Unkenntnis war, wird eine eingehende Darlegung des Verlaufes dieser Angelegenheit von Interesse sein.

Der betreffende Konfirmand ist ein Knabe, der an einem sofort bemerkbaren Körpergebrochen leidet. Wegen „spinarter Kinderlähmung“ hat er bis zu seinem neunten Lebensjahr in Heilanstalten zubringen müssen und ist an einem Bein zweimal operiert worden, ehe es gelang, ihn gehfähig zu machen. In der Schule wurde er, wie seine Eltern angeben und er selber bestätigt, niemals geschlagen. Ein Pastor mußte der erste sein, der mit dem lahmen Jungen nicht ohne Hiebe fertig werden zu können meinte.

Welchen Anlaß hatte Pastor Köppen, diesen Knäuel zu prügeln, und wie spielte die Prügelexekution sich ab? Die von dem Jungen selber gegebene, von den Eltern in ihre Anzeige angenommene Schilderung des Sachverhalts ist weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Oberstaatsanwaltschaft in ihren abschließenden Bescheiden als unrichtig bezeichnet worden. Hiernach müssen die Eltern vermuten, daß die von ihnen wiederergebene Darstellung als richtig erkannt und nur nicht Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes angenommen worden ist.

Der Junge verweilte vor einer Konfirmandenstunde noch außerhalb des Konfirmandensaales, obwohl das untersagt war. Er handelte gegen das Verbot, weil er einer Frau, die ihren Sohn gleichfalls zu Pastor Köppen in den Konfirmandenunterricht zu bringen beabsichtigte, den ihr noch nicht persönlich bekannten Pastor zeigen sollte. Nachdem er bei Annäherung des Pastors ihr diesen Dienst erwiesen hatte, wollte er in den Saal gehen, fand aber die Tür jetzt verriegelt. Als Pastor Köppen vor der Tür des Saales eintraf, gab der Junge auf Befragen an, weshalb er noch draußen weile. Pastor Köppen habe, so führte die Anzeige weiter aus, das nicht gelten lassen, sondern den Jungen ins Gesicht und an den Kopf geschlagen, so daß er hingefallen sei. Wir wollen uns mit diesen Andeutungen begnügen und es uns verheßen, alle Einzelheiten der Anzeige hier wiederzugeben. Die in ihr enthaltene genauere Schilderung des Faktites läßt vermuten, daß der Herr Pastor ganz außerordentlich erregt gewesen sein muß.

Den Eltern erteilte der Herr Staatsanwalt des Landgerichts Berlin II den Befcheid, er sei „nicht in der Lage, eine Klage zu erheben“. Die Begründung lautet: „Der Beschuldigte hat durch seinen Sohn Kraft des ihm zustehenden Züchtigungsrechtes wegen Angehörigens eine Verletzung zuleid werden lassen. Eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes ist nicht festgestellt.“ Man beachte, wie hier dem Jungen weiter nichts als „Angehörigam“ vorgeworfen wird!

Gegen den Befcheid des Staatsanwalts wurde durch Verjährung der Oberstaatsanwalt angerufen. Sie bestritt, daß der prägelnde Pastor in Ausübung seines Züchtigungsrechtes gehandelt habe. Der Junge habe, indem er außerhalb des Saales sich aufhielt, seinen Angehörigam begangen, der eine Züchtigung rechtfertigte. Nur um jener Frau und zugleich dem Pastor in seiner Tätigkeit als Konfirmandenlehrer einen Dienst zu erweisen, habe er das Verbot übertreten. Daß Pastor Köppen den Mißgriff beging, trotz vorgebrachter Entschuldigung eine Züchtigung für zulässig und nötig zu halten, könne ihm nicht Straffreiheit sichern. Im übrigen wäre, auch wenn hier ein Züchtigungsrecht zugebilligt werden sollte, mindestens Ueberschreitung anzunehmen. Sei auch keine Gesundheitschädigung entstanden (das Verstatte berichtete nur von einer „wollnützigen schmerzhaften Stelle an der linken Scheitelseite“), so müsse doch im Hinblick auf das dem Pastor Köppen bekannte und für jedermann ohne weiteres bemerkbare Körpergebrochen die Art der Verletzung als Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes angesehen werden.

Der Oberstaatsanwalt antwortete, er könne noch Einsicht der Akten die Beschwerde nicht für begründet halten.

Interessant ist noch, wie Pastor Köppen die Angelegenheit zu beenden gedachte. Weil in jener Konfirmandenstunde der wegen „Angehörigam“ geprügelte Junge die Hiebe nicht in Demut hinnahm, vertrieb der Pastor ihn aus dem Saal. Als dann noch vor Schluß der Stunde die Eltern nach dem Gemeindehaus kamen, lehnte Pastor Köppen in erregten Worten ab, sich sogleich hier mit ihnen auszusprechen. Die Eltern verzichteten darauf, ihn in seiner Wohnung aufzusuchen, und schickten ihren Sohn nun nicht mehr zum Konfirmandenunterricht. Bei Pastor Köppen regte sich sodann im Laufe des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens der Wunsch, eine Klage zu erheben mit den Eltern zustande zu bringen. Nach ehe ihnen der abschließende Befcheid des Staatsanwalts zugeing, erhielten sie von dem Herrn Pastor einen freundlichen Brief. Es habe ihm leid getan, daß sie sich nicht in seiner Wohnung mit ihm ausgesprochen hätten. Von ihm aus siehe nichts dem im Wege, daß ihr Sohn konfirmiert werde. Nur für jede Stunde sei er wegen seines Verhaltens ausgeschlossen worden. Wollte er wiederkommen, so könne er das tun. Der Brief schloß: „Ich schreibe Ihnen dies, um Ihnen zu zeigen, daß mir viel an einem guten Einvernehmen auch mit den Eltern meiner Konfirmanden liegt. In der Hoffnung, daß ich auch mit Ihnen zu einer Verständigung über den bedauerlichen Fall kommen werde, bin ich Ihr ergebener M. Köppen, Pfarrer.“ Die Eltern des geprügelten Konfirmanden gaben dem Herrn Pastor — keine Antwort, und „keine Antwort“ ist auch eine Antwort!

#### Die Siegesallee unter vermehrtem Polizeischutz.

Die Denkmalsbeschädigungen in der Siegesallee haben zur Folge gehabt, daß die Zahl der Polizeimannschaften, die die 82 Marmor-

gruppen zu überführen haben, auf acht vermehrt worden ist. Seit gestern versehen die Schulleute ihren Dienst. Je vier Deuttmänner werden von einem Schutzmännchen namentlich während der Nacht beaufsichtigt.

### Todesprung aus dem zweiten Stock.

Im Hause Weberstraße 22 stürzte sich gestern Abend der 48 Jahre alte Schlichter Franz Gogglbacher aus einem Fenster des zweiten Stocks auf den Hof hinab. Er blieb mit zerstücktem Schädel bewußtlos liegen und starb auf dem Transport in das Krankenhaus am Friedrichshain. Dauernde Krankheit und Arbeitslosigkeit sind die Gründe der Tat.

### Fahre nicht über das Ziel!

Bisher war es auf der Eisenbahn so, daß man auf der Station, die man über sein ursprüngliches Ziel hinausgefahren war, den einfachen Fahrpreis nachzahlte. Das ist — wie uns ein Leser schreibt — jetzt anders geworden, wie wir Ostern zu unserem Leidwesen bei unserer fünfköpfigen Familie erfahren mußten. Jetzt heißt es nachzahlen und außerdem denselben Betrag noch einmal blechen, gewissermaßen als Strafe. — Woher eigentlich die Bahndirektion die Berechtigung zu einer solchen ungerechten Besteuerung des Reisenden herleitet, ist nicht ersichtlich. Sie schlägt einfach einen Maßstab auf den Bahnhöfen an und überläßt es dann dem reisenden Publikum, sich damit abzufinden. So wurden auch wir als Ueberrückfahrer von dem Bahnhofsleiter in Eichwalde darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Anschlag schon im Juni vorigen Jahres erfolgt sei. Und tatsächlich, er hängt nicht nur da, sondern auch auf dem Görtzger Bahnhof aus, aber gelesen hatten wir ihn nicht. Dazu gehört überhaupt Zeit, denn man muß sich das Eisenbahndeutsch erst verdeutlichen. Und hiernach heiße es: „Fährst Du übers Ziel, dann zahlst Du doppelt!“ Denn was sonst noch in dem Anschlag gesagt ist über die Lösung der Zuschlagskarte vor Erreichung der Zielstation, kann doch bloß als Scherz aufgefaßt werden. Man kann sich nämlich die „Bezeichnung“ ersparen, wenn man vor Erreichung der Zielstation das Nachlösen der Zuschlagskarte besorgt, d. h. man läßt seinen Zug wegfahren, löst die Karte und fährt dann, so Gott will, mit dem nächsten Zug. Immer vorzuziehen. — Wir möchten der Bahndirektion den Vorschlag machen, die jetzt leere Rückseite der Fahrkarten mit einem entsprechenden Hinweis zu bedrucken. Er braucht nicht ganz so lang zu sein wie der Anschlag auf den Bahnhöfen. Eventuell sind wir zu Vorschlägen bereit. Dann noch eins. Man sollte auf der Görtzger Bahn, da wir gerade von dieser sprechen, doch dafür sorgen, daß mehr Sitzgelegenheit auf dem Bahnhof selbst für das wartende Publikum geschaffen wird. Heute sieht man sich bald die Füße in den Leib, wenn man auf den nächsten Zug zu warten hat.

Und noch eins. Des Sonntags Abends ist die Bedürfnisanstalt für Frauen in Eichwalde in einem Zustande, daß eine Frau sie nicht betreten kann. Auf den anderen Haltestellen wird es nicht viel anders sein. Abhilfe tut hier dringend not, eventuell durch Anstellung von Wartefrauen.

### Zum Köpenicker Bootsunglück.

Seit dem Unglück bei Spindlersfeld sind einige Wochen verstrichen. Die Opfer der Katastrophe sind bis auf Nachbilde Heidebrecher geborgen und beerdigt. Nach dem „Volkswacht“ und der „Morgenpost“ soll zwar auch die letztgenannte Arbeiterin gefunden worden sein, aber die Nachricht ist falsch. Sie hat sogar schon Unheil angerichtet, denn auf die Mitteilung hin kamen Verwandte, welche die Notiz gelesen hatten, mit Kränzen, um der Verunglückten das letzte Geleit zu geben. Und weil sich der Irrtum herausstellte, wurden die Kränze auf den Gräbern der übrigen Opfer des Unglücks niedergelegt. Bis heute hat man noch nichts gehört davon, daß die Leiche der Arbeiterin Heidebrecher gefunden worden ist, man hört auch nichts davon, daß besondere Bemühungen im Gange wären, die Leiche zu finden. Ja: Wenn es sich um die Tochter eines Stadtverordneten oder einer anderen höher gestellten Persönlichkeit handelte, würde man lange Artikel in den Berliner Zeitungen lesen über die fieberhaften Anstrengungen, die wegen Auffindung der Leiche gemacht würden. Aber so handelt es sich ja nur um ein Mädchen aus dem Volke, um die Tochter einer armen Arbeiterfrau.

### Noch nicht ermittelt.

Das rätselhafte Verschwinden der kleinen Margarete Kuske aus Baumshuldenweg harret noch immer der Aufklärung. Von jenem unbekanntem Mörder, der die Kleine vor mehreren Wochen entführt hat, ist bisher noch keine Spur entdeckt worden. Es können nur noch zwei Möglichkeiten vorliegen, entweder hält der Unbekannte das Kind zu unbilligen Zwecken versteckt, oder die Kleine ist gar nicht mehr am Leben. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei werden nach beiden Richtungen hin vorgenommen. Auf die Auslösung der Belohnung von 300 M. hin haben sich zwar eine Reihe von Personen gemeldet, die eine eingehendere Beschreibung von dem fremden Manne zu geben vermochten, doch hat sich nicht mit Sicherheit feststellen lassen, welche Richtung der Entführer mit seinem Opfer eingeschlagen hat.

### Das morsche Geländer.

Ein Leser schreibt uns: Böse Erfahrungen machte ich am Montag nachmittag an der Abfahrtsstelle der Sternendampfer in Ziegel. Ich löste Fahrkarten nach Ziegelort und begab mich mit meinen beiden 5 und 6 Jahre alten Söhnen zur Landungsbrücke 3. Der Dampfer fuhr gerade ab, obwohl noch circa 100 Personen auf der Brücke standen, die nicht mitkamen, da der Dampfer besetzt war. Ich hielt mich mit meinen beiden Söhnen am Lande auf, um auf den nächsten Dampfer zu warten. In wenigen Minuten aber sammelte sich eine größere Menschenmenge an und ich wurde mit meinen Kindern gegen das Geländer des Volkwerks gedrückt. Und da der andere Dampfer bereits angelegt hatte, war es mir mit dem besten Willen nicht mehr möglich, mit meinen Kindern zurückzukommen. Wie mir ging es auch andern. Um ein Totquerschnitz meiner Kinder zu verhindern, nahm ich beide vor mir, stemmte beide Arme gegen das Geländer und hielt mit meiner Rechten die nachdrängende Menge zurück. Doch das Geländer war morsch und verfault, es hielt dem Druck nicht stand und brach. Ich fiel auf die Knie und wehrte mich verzweifelt, meine Kinder in den Armen haltend, welche auch schon am Boden lagen. Ich hatte die eine Schulter gegen einen stehengebliebenen Pfeiler gestemmt; was nun, wenn auch dieser brach?

Ich sah mich mit meinen Kindern ins Wasser stürzen und viele andere hinterher. Doch das geschah glücklicherweise nicht. Ich wurde in dieser Situation irre an der Leuchte der Behörde, die es zuließ, was ich immer und immer wiederholte. Und ich frage: Wozu ist ein Geländer da? Ist es nur eine Warnung, daß man nicht weiter gehen darf? Oder ist es dazu da, ein Abstützen zu verhindern? Wenn es eine Schutzvorrichtung sein soll, so muß sie aber mindestens so beschaffen sein, daß sie den Anforderungen entspricht. Ich vermag mir die Folgen nicht auszudenken, wenn an meine Stelle eine schwache Frau gestanden hätte. Verwunderlich ist es nicht, daß der dort weilende Schutzmännchen es nicht für nötig hielt, mich zu protokollieren und wenigstens meine Adresse festzustellen, obwohl er die Frage an mich stellte: „Ach, Sie sind der Mann?“ Spielt hier nicht Schutzmännchen und Geländer die gleiche Rolle?

Ein Zusammenstoß eines Pferdeomnibusses mit einem Straßenbahnwagen hat sich am gestrigen Mittwochmittag gegen 1/2 Uhr in

der Brunnenstraße zugetragen. Dort heuten vor einem vorbeifahrenden Automobil die Pferde eines Omnibusses der Linie 28 der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft und gingen durch. Die Tiere jagten die Brunnenstraße entlang, direkt auf einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 11 zu. Im letzten Augenblick bog die Pferde zwar zur Seite, doch wurde der Omnibus gegen den Bahnwagen gekollert. An dem Motorwagen wurde der Vorderperron beschädigt und zwei Seitenheben wurden zertrümmert; an dem Omnibus wurde die Seitenwand demoliert. Zwei Fahrgäste des Straßenbahnwagens erlitten einen Nervenschlag. Beide Damen mußten die Hilfe der nächsten Unfallstation in Anspruch nehmen und wurden von dort aus nach ihren Wohnungen gebracht. Sechs Insassen des Omnibusses klagten über Schmerzen, legten aber ihren Weg fort.

**Straßenbahnunfall.** Gestern Abend gegen 8 1/2 Uhr wollte ein sechsjähriges Mädchen, welches bei dem Produzentenhändler Klose in der Hollmannstraße 35 zu Besuch war, den Fahrdamm dieser Straße überqueren. Dabei geriet sie gegen einen Wagen der Städtischen Straßenbahn, wurde umgestoßen und kam unter den Schuttrampen zu liegen. Erst durch Anheben des Wagens konnte die Kleine befreit werden. In schwerverletztem Zustande wurde sie zur Unfallstation gebracht.

Das Berliner Aquarium ist neuerdings durch die Bemühungen der Biologischen Anstalt in Helgoland in den Besitz einer Anzahl großer Lumpyfische gelangt, die zusammen mit großen Dorsch und einem Stör in dem großen, runden Becken der Seewasserabteilung untergebracht sind. Die Lumpyfische, auch Seebäsen genannt, fallen durch ihre eigenartige, man möchte sagen locherförmige, gedrungene Gestalt und die merkwürdige Eigenschaft auf, daß sie im Wasser fliegen, sich mittels einer an ihrem Bauche befindlichen Saugrinne an Steinen festzuheften. Ferner haben diese sonderbaren Tiere eine Art von Brutpflege in der Weise an, daß der vom Weibchen abgelegte, rosa gefärbte Laich vom Männchen bewacht wird. Leider ist die Haltbarkeit dieser Meist nur im Frühjahr zu uns gelangenden Fische nicht gut, so daß es sich empfiehlt, diese Bewohner der nordischen Meere je eher je lieber in Augenschein zu nehmen.

Der Zentralarbeitsnachweis teilt uns mit, daß er am 20. d. Mts. eine neue Abteilung für weibliches Hauspersonal in der Kopenstraße 1, Ecke Stralauer Platz, eröffnet. Nicht an Schließenden Bahnstellen gelegen, soll diese Zweigstelle den aus der Provinz ankommenden Mädchen ermöglichen, kostenlos Stellungen zu bekommen und den Hausfrauen dieser Gegend Gelegenheit geben, sich mit Mädchen von außerhalb zu versorgen. Mit dem Arbeitsnachweis ist eine Herberge verbunden, in der fremd nach Berlin kommende Mädchen sauber und billig Unterkunft finden.

In den Nachmittagsstunden von 4—7 Uhr werden Mädchen für Alles, Köchinnen, Hausmädchen, Kindermädchen vermittelt. Vormittags von 9—12 Uhr findet die Vermittlung von Wäschfrauen, Reinmachefrauen, Aufwärtserinnen und Anstülperinnen statt. Bestellungen erfolgen durch Postkarte SO 17, Kopenstr. 1, oder durch telefonischen Anruf: Amt Alexander 2230.

### Vorträge über Waisen- und Vormundschaftsrecht, sowie über Armen- und Fürsorgewesen.

Im Sommersemester finden an jedem Mittwochabend (8—9 1/2 Uhr) vom 22. April ab Vorlesungen über „Waisen- und Vormundschaftsrecht“ in dem Schulgebäude hinter der Garnisonstraße 2 statt. Die Abhaltung der Vorträge hat der Leiter des Vormundschaftsamtes, Magistratsrat Dr. Schoenberger, übernommen.

Am Donnerstag, den 23. April, beginnt ferner in dem gleichen Gebäude ein Vortragssyklus über Armen- und Fürsorgewesen. Die Vorlesungen, die an jedem Donnerstagabend von 8—9 1/2 Uhr stattfinden werden, sind vornehmlich für die Mitglieder der Armenkommissionen bestimmt. Indessen können auch andere Personen, soweit der Platz reicht, daran teilnehmen.

Die Vorträge umfassen etwa zehn Abende, sie sind für unbesoldete Gemeindebeamte unentgeltlich. Anmeldungen können abends im Amtszimmer des Dirigenten erfolgen.

Ein gefundenes Portemonnaie. Am zweiten Feiertag ist in einem Abteil 3. Klasse in einem Zuge Angermünde—Berlin in Eberswalde ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Daselbe ist beim Bahnhofsvorsteher in Eberswalde abzugeben.

Verkäufliche Wahlurnen. Der Magistrat hat die früher als Wahlurnen verwendeten etwa 40 x 31 x 40 Zentimeter großen Blechfäßen den Gemeindevorständen, Ortskrankenkassen, Vereinen und auch Privatpersonen zum Verkauf für einen geringen Teil der Selbstkosten zur Verfügung gestellt. Etwa gewünschte Urnen können auch jetzt noch in der Markthalle X, am Arminiusplatz, angekauft werden.

**Aus der Selbstmordchronik.** In der vergangenen Nacht hat sich auf der Fahrt vom Alexanderplatz nach dem Oranienburger Tor ein etwa fünfzig Jahre alter Mann in einer Pferdeboxe erschossen. Der Reiter brachte den unbekanntem Jahrgang nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße, wo der Arzt den Tod feststellte. Die Persönlichkeit des Mannes konnte noch nicht ermittelt werden. Er hat dunkelblondes, wellertes Haar und ebensolchen Bart. Bekleidet war er mit einem grauen Leberjäger; sein Taschentuch ist R. S. gezeichnet. Die Leiche wurde dem Schauhaute überliefert. — Ein Opfer seiner Weltleidenschaft ist der 38 Jahre alte Jagdführer a. D. Franz Daele aus der Auguststraße geworden. Er erschoss sich aus Verzweiflung über seine Spielverluste an der Biergarten-Allee. — In seiner Wohnung am Elisabethufer suchte sich der 29 Jahre alte prokristische Arzt Alfred L. mit Morphium zu vergiften. Er wurde nach dem Krankenhaus Behanien gebracht. Das Motiv der Tat soll in Schwierigkeiten zu suchen sein, die sich seiner Verheiratung entgegenstellten.

**Berichtigung.** In dem Bericht von dem Bundestage der Arbeiter-samariter muß es am Schlusse natürlich heißen „Bundesmitglieder dürfen nicht gleichzeitig dem „Roten Kreuz“ angehören“, der nicht allein den Bund bekämpft und ihm die Arzte abtreibt, sondern auch als patriotisch-vaterländische Organisation die „Vollkrankheit“ Sozialdemokratie bekämpft.

## Vorortnachrichten.

### Notwasser.

Das von der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ für Potsdam und Umgegend an der Pufarenstraße hierher nach den Plänen des Architekten Arno Reumann erbaute Zentrallager wurde Ende voriger Woche durch die Verwaltung sowie die Präzidenten und einen engeren Kreis von Personen aus der Arbeiterkammer besichtigt. Das dreistöckige Gebäude enthält große, helle Logenräume, eine Einrichtung zur Herstellung von Seltenerwasser und Limonaden sowie eine Kaffeerösterei nebst einem Abwiegerraum. Die Lagerräume, die einen Fußboden aus künstlichem Steinholz und eine schalldämpfende Decke haben, sind miteinander durch einen elektrisch betriebenen Fahrstuhl verbunden. Auch der geräumige Boden und die Kellerräume sind zur Aufbewahrung von Waren eingerichtet. Die im Betriebe vorgesehene Seltenerwasser- und Limonadenfabrikation geschieht mittels neuester Maschinen, die gleichfalls elektrischen Antrieb haben. Das benötigte Seltenerwasser wird vor seiner Verwendung durch einen Verteilfilter einer nochmaligen Reinigung unterzogen, um den Mitgliedern ein völlig reines Getränk, zu dem nur die besten Fruchtflöschen und Extrakte verwendet werden, zu bieten. Die Reinigung der Flöschen geschieht durch eine große Spülmaschine. Obwohl die Lagerräume für eine längere

Reihe von Jahren ausreichend erscheinen, ist doch Vorsorge für etwa später notwendig werdende Anbauten getroffen. Auf dem südlichen Teile des Grundstücks, dicht an der projektierten Straße, befindet sich das Stallgebäude, während an der Ecke der Pufaren- und der neu angelegten Straße sich ein Wohnhaus im Rohbau erhebt, das drei Dreizimmer-, neun Zweizimmerwohnungen, einen Laden, Büroräume und ein Sitzungszimmer enthält. Die ganze Front an der Pufarenstraße bleibt späteren Wohnhausanbauten vorbehalten. Die Besucher waren von dem Geschehen vollaus befriedigt. In nächster Zeit soll auch den übrigen Genossenschaftsmitgliedern Gelegenheit zur Besichtigung gegeben werden. — Am nächsten Sonntag, den 19. April, mittags 1 Uhr, findet im „Friedrichsgarten“ in Potsdam die Generalbesammlung der Konsumgenossenschaft statt.

### Wofür?

Ein großes Schadenfeuer brach vorgestern mittags um 1/2 Uhr auf dem Gehöft des Landwirts Brose in der Dorfstraße in Bornum aus, das sich bald vom Wohngebäude auf die Scheunen und Ställe ausdehnte. Flugfeuer setzte bei dem herrschenden Winde auch das Nachbargehöft des Landwirts Bulkow in Brand. Im Ru waren die Ställe und Scheunen mit einem Wohnhaus ein Flammenmeer. Zuerst rückte die Bornumer Wehr an, die aber gegenüber dem Feuer machtlos war. Man requirierte die Potsdamer Berufsfeuerwehr, die mit ihrer Automobilspritze ankam. Brandinspektor Edel ließ sofort gewaltige Wassermassen auf die Nachbargebäude schleudern, um sie zu retten. Die brennenden Objekte wurden bis auf den Grund eingestürzt. Vieh und Haustiere wurden gerettet. Der Brandschaden ist sehr bedeutend und die in den Scheunen lagernden Erntevorräte sind vernichtet.

**Vom Bierfahrl erschlagen.** Ein tragisches Ende fand der 55jährige Bierfahrer Karl Wille aus der Alten Luisenstraße 82. Er war bei der Brauerei Sempf beschäftigt und sollte vor dem Hause Jägerallee 12 eine halbe Tonne abladen. Als er das Gefäß bereits vom Wagen gehoben hatte, glitt er auf dem Damm aus, das Fuß entrostete seiner Hand und fiel ihm auf den Kopf. Der Schädel wurde dem Bedauernswerten zertrümmert und röhelnd stürzte er auf den Boden. In wenigen Minuten war er eine Leiche. Er hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

### Steglich-Friedenau.

Am Dienstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schellhase, Ahornstr. 15a, die außerordentliche Generalversammlung des Vereins Arbeiterjugendheim statt. Sehr wichtige Tagesordnung. Mitgliedskarte legitimiert.

### Lichterfelde.

Zur Teilnahme an der Beerdigung des kleinen Werner Hahn wollen sich die Genossinnen am Freitag, nachmittags 1/2 Uhr, zahlreich Steinstraße 6 einfinden.

### Nichtenberg.

Zu dem gestern berichteten Vorgang, der sich am zweiten Feiertag am Stadtpark abspielte, wird uns mitgeteilt, daß der Betreffende Knabe zu der Zeit, als er mit der Fuhrant auf den 8—8 Jahre alten Jungen einschlug, allein in dem Automobil gewesen sei. Erst nach der Tat sei der Knabe in das Haus Barlaue 8 gelaufen, in welchem sich seine Angehörigen bei Bewohnern auf Besuch befanden. Kurz darauf seien die Inhaber mit dem Auto davon gefahren. Des weiteren erlaubt der Augenzeuge des Vorganges mitzuteilen, daß etwaige Anfragen der Eltern des verletzten Knaben an Otto Stiller, Frankfurter Allee 169, nicht 169, wie gestern irrtümlich mitgeteilt wurde, zu richten sind.

### Oris.

Freitag, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Vereins Jugendheim. Da wichtige Entscheidungen zu treffen sind, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

### Pankow.

An den Feiertagen sind im Schloßpark Sparmarken der Volksfürsorge a 50 und a 10 Pf. gefunden worden. Der Eigentümer kann dieselben im Lokal von Mandel, am Schloßpark, abholen.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Oris. Freitag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Rathaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Gerichtszeitung.

### Der Betrugsprozeß gegen die „Spacia“.

Ein Dauer-Rekord wird durch den Strafprozeß aufgestellt werden, dessen Verhandlung gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schnitzler begann. Das schon vor Jahresfrist eingeleitete Strafverfahren richtet sich gegen den Kaufmann August Hübner in Berlin-Kummelsdorf und 31 für ihn tätig gewesene Agenten, von denen nur 18 persönlich anwesend, die übrigen, auswärts wohnenden, aber vom Erscheinen an dieser Gerichtsstelle entbunden sind. Es handelt sich um den schwindelhaftesten Geschäftsbetrieb der „Kommanditgesellschaft Spacia, August Hübner“, die sich mit Darlehensvermittlungen beschäftigte und ihre Tätigkeit über ganz Deutschland verbreitete. Hübner, der persönlich haltender Geschäftspartner der „Spacia“ war, steht unter der Anklage des vollendeten und versuchten Betruges in zahllosen Fällen, ferner der vollendeten und versuchten Erpressung, der Fälschung von Beitrittsurkunden, der Unterschlagung und der willkürlichen falschen Anschuldigung. Er ist beteiligt an mehr als 1000 Einzelfällen. Die Mitangeklagten, die Agenten der „Spacia“ waren, sind des Betruges, des versuchten Betruges und der Beihilfe beschuldigt. Die Anklage, die 480 gedruckte Seiten umfaßt, wird vom Staatsanwalt Dr. Ostfahl vertreten, der zur Vorbereitung der Anklage neun Monate Urlaub erhalten hatte. Nach Ansicht des Staatsanwalts gehört die „Spacia“ zu denjenigen schwindelhaftesten Darlehensvermittlungsinstituten, die zur Landplage für Deutschland geworden sind. Der Betrieb der Gesellschaft ist schon seit vier Jahren im Gange, ihre Geschäftspraktiken haben schon vielfach die Behörden beschäftigt, Hübner und seine Agenten sind schon mehrfach in Celle, Hannover, Bielefeld, Bremen usw. in Anklagezustand verfaßt worden, es erfolgte aber fast immer Freisprechung. Trotzdem steht die Staatsanwaltschaft auf dem Standpunkt, daß der ganze Geschäftsbetrieb der „Spacia“ auf Schwindel beruht. — Bei dem Riesenumfang, den die Verhandlung annehmen wird, sind zwei Erschwerer bestellt worden. Da es sich darum handelt, das ganze Geschäftsgebahren des Angeklagten Hübner bezug der „Spacia“ aufzuzerlegen, sind etwa 1800 Akten aus Zivilprozessen herangezogen worden, zu deren Verheerung ein großes Aktenregal hinter dem Richterisch aufgestellt ist. Hübner ist im Jahre 1882 in Hannover als Sohn eines Eisenbahnlanghans geboren, er hat eine Realschule bis Quarta besucht und dann die kaufmännische Laufbahn eingeschlagen. Er lernte zunächst bei dem Darlehensvermittler und Inhaber eines Sportbureaus Blume, war dann in dem kleinen Zigarrengeheim seiner Mutter tätig und begründete schon im Jahre 1905 eine „Internationale Finanz- und Sportgesellschaft“. Diese Gesellschaft unter Leitung des damals 23 jährigen Hübner betrieb Darlehensvermittlungen und Auskünfte in Sportangelegenheiten, Ver-

wertung von Taps usw. Am 7. Januar 1907 ist er wegen Betruges zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Diefem Urteil lagen 450 Einzelfälle zugrunde. Der Grundgedanke seines damaligen Geschäftes war schon der gleiche wie bei der später von ihm ins Leben gerufenen "Spuria". Wie das zur Verlesung gelangte Urteil ergibt, mußten ihm Agenten im ganzen Deutschen Reich Leute zuführen, welche Geld suchten; die Agenten nahmen Darlehensanträge auf Formulare entgegen und mußten sich förmlich Vorbescheid zahlen lassen, der je nach der Höhe des beantragten Objekts abgestuft war. Die damalige Finanzlosigkeit besah kein Geld und hatte auch keine Hintermänner, so daß sie gar nicht imstande war, die gewünschten Darlehen zu gewähren. Während er seine Strafe verbüßte, starb seine Mutter und hinterließ ihm ein unbedeutendes kleines Kapital, welches Hübner bald aufbrauchte. Bald nachdem er im Juli 1908 das Gefängnis verlassen hatte, begründete er in Hannover die "Spuria", National-Robait-Sparhjem, als eine sogenannte Gesellschaft mit zehnjähriger Dauer, an der jeder gleiche Rechte haben sollte. Das ganze Unternehmen hatte eine ganz phantastische, raffinierte Grundlage. Die "Spuria" siedelte im Jahre 1911 nach Berlin über und sandte ihre zahlreichen Agenten in alle Welt hinaus. Die Geschäftsmethode des Angeklagten soll darin bestanden haben, die Leute, die Geld suchten, unter falschen Vorpiegelungen als "Mitglieder" oder "Abonnenten" zu verpflichten; sie mußten zwei bis drei Jahre lang einen Beitrag von 10 bis 15 M. zahlen, alsdann erhielten sie eine Abkommens-Mitgliedskarte zugesandt und ahnten nicht, daß sie damit auf Jahre hinaus mit Beitragszahlungen festgelegt wurden. Bei nicht rechtzeitig erfolgter Kündigung, die von Hübner noch dazu vielfach gefordert oder direkt hintertrieben worden sein soll, mußten sie abermals 10 bis 15 M. auf Jahre hinaus zahlen, ohne irgendwelche erkennbaren Vorteile von der "Spuria" zu haben, und kamen in Gefahr, durch ihre einmalige Verbindung der Gesellschaft zeitlebens verpflichtet zu werden. Es kam zu zahlreichen Zivilprozessen, und zwar sollen in etwa zwei Jahren an die tausend Prozesse dieser Art die Gerichte beschäftigt haben. — Die geistige Verhandlung beschränkte sich zunächst auf eine kurze persönliche Vernehmung der Angeklagten, von denen einzelne versichern, daß sie selbst von Hübner betrogen worden seien. Für die Verhandlung sind vorläufig Sitzungstage bis Mitte Juni angesetzt worden.

„Die behauerliche Vorliebe deutscher Frauen für Ausländer hat dem Angeklagten seine Straftaten ziemlich leicht gemacht“ — so bemerkt geteilt der Vorsitzende der vierten Strafkammer des Landgerichts II, Landgerichtsdirektor Dr. Seligmann, bei der Urteilsverkündung in einem umfangreichen Verleumdungsprozess. Auf der Anklagebank saß der aus Rumänien stammende angehende Ingenieur Georges Popescu, ein schwarzhaariger, verwitterter Gefelle, in dessen Gesicht sich alle möglichen bösen Leidenschaften und Laute ausdrückten. Vielleicht waren es gerade diese sonst nicht sehr anziehenden Eigenschaften des Herrn Popescu, welche die auf der Jugendbank sitzenden 12 Mädchen im Alter von 35 bis 40 Jahren so beizit hätten, daß sie nichts jehnlcher gewünscht hätten, als möglichst bald „Madame Popescu“ zu werden. — Die Beweisaufnahme entrollte wieder das in den Robaiter Strafkammerfällen alltägliche Bild von der ungläublichen Leichtgläubigkeit alternder Mädchen, bei denen jede Vermunft verschwindet, wenn sie das Wort „Heirat“ hören. Der Angeklagte, der sich als Ingenieur oder Fabrikbesitzer ausgab, hatte die betrogenen Mädchen fast ausschließlich in dem Café „Fürstenhof“ am Potsdamer Platz kennen gelernt. Er sprach sie in gebrochenem Deutsch an, und die Mädchen, die in dem Ausländer irgendeinen erotischen Millionär oder Fürsten vermuteten, ließen sich auch gleich in ein Rendezvous mit dem Angeklagten ein. Als der Rumäne dann das elektrifizierende Wort „Heirat“ aussprach, ließen sie sich zumeist auch näher mit ihm ein und stellten ihm, wenn er sich in „momentaner Geldverlegenheit“ befand, ihr Portemonnaie zur Verfügung. Auf diese Weise brachte es Popescu fertig, zu gleicher Zeit neun Bräute zu haben. Bei seinen Schwimbleiten spielte die Hauptrolle ein angeblich in Ologon geführter Prozess, in welchem er sofort die Gebühren für einen Sachverständigen bezahlen mußte, anderenfalls er den Prozess verlieren würde. Auf diesen Schwundel fielen die heiratswütigen Weiblein auch hinein und gaben dem Angeklagten Summen bis zu 2000 M. Einer der Geschädigten, die sich Hübner fühlte, gab der Angeklagte den Rat, sich mit einer „weißen Frau“ in Verbindung zu setzen. Die hierin liegende Aufforderung zu einem Verbrechen konnte jedoch wegen eingetretener Verjährung nicht mehr verfolgt werden. — Staatsanwalt Burezet bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als gewissenlos, gemeingefährlich und herzlos und beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Das Gericht erkannte auf 2½ Jahre Gefängnis. Wie der Vorsitzende bemerkte, habe der Angeklagte die Mädchen in der schamlosesten Weise ausgebeutet, wobei ihm deren fast ungläubliche Torheit und ferner die höchst behauerliche Vorliebe deutscher Frauen für Ausländer zugunsten gekommen sei.

**Quittung über Beiträge zum Bebel-Fonds.**  
Krankeüberschuß 24. 9a durch Lorenz 5,60. Pflichtanteil 50 Prozent Lotteriegewinn 4,25. Kollegen der Firma Hauff, Blumenstr. 32 4,90. Krankeüberschuß von den Kollegen der Firma Motorfabrik Ragnet, Weihenlee 15,50. 5. Kreis auf Witten 72,00. Darunter: I. Abt. durch Genossin Blum 6,75. F. Abt. durch Gen. Chlenski 1,15. II. Abt. durch Gen. Weile 27,25. III. Abt. durch Gen. Braun 10,50. IV. Abt. durch Gen. Ahlemede 7,15. VI. Abt. durch Gen. Gader 16, —. VII. Abt. durch Gen. Doettler 3,45. Uebereschuß vom Märzang der freigeworbenen Arbeiter bei Mohr, Berlin 43,25. 4. Kreis extra. Von den Bauarbeitern Konsumbau Lichtenberg durch Daiba 9, —. 4. Kreis auf Witten 1679,90. S. Wilmersdorf 10, —. Einige Diener der Firma Wertheim, Leipziger Straße 3,50. K. G. 6. Rate 168, —. 6. Kreis, extra Natl Märzang Zwopagabla St. Urban 24,55. 6. Kreis, Deutsche Maschinen-Gesellschaft (Gaussestr. 128/129) 28,10. 6. Kreis, von den Arbeitern der Firma A. Schöning (Abteilung Maschinenbau) 11, —. 6. Kreis, Märzang-Uebereschuß v. d. Komm. West 12,35. 6. Kreis auf Witten 1068,42. Uebereschuß der Märzangpenden von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Wig u. Genest 68, —.  
Die Sammlungen zum Bebel-Fonds sind noch nicht abgeschlossen.  
Weitere Beiträge sind zu richten an Emil Voede, Berlin SW 68, Lindenstraße 2 I.

**Veranstaltungen.**  
Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 20. April, abends 8½ Uhr, in Rekers Reiner Willharmonie, Köpenicker Straße 96: Vortrag des Herrn Ing. Boldt: „Großindustrie und Frauenarbeit“. Gäste willkommen.  
Sonabend, den 18. April: Besichtigung des Bismarckdenkmals, Pantow, Breite Str. 46. Treffpunkt: am Eingange 3 Uhr. Straßenbahn: 45, 47, 48, 49.

**Jugendveranstaltungen.**  
Steglich-Friedenau. Das Jugendheim, Kniebühlstr. 19, ist am folgenden Lager geöffnet: Sonntag von 4—10, Montag, Mittwoch und Freitag von 6—10 Uhr. An den Freitagen finden abwechselnd Mädchen- und Lesende statt.  
Charlottenburg. Folgende Veranstaltungen finden im Monat April für die arbeitende Jugend statt:  
Deutscher Donnerstag, den 16. April, abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Weimann: Die arbeitende Jugend im Kampf.  
Freitag, den 17. April: Mädchen-Abend.  
Sonntag, den 19. April, nachmittags: Spielpartie nach Westend. Abends 2 Uhr Bildersaal, Köpenicker Str. 3, Seitenstr. part.  
Montag, den 20. April: Letzter Vorlesungstag.  
Sonntag, den 20. April: Tagesausflug nach Klein-Magnow. Abmarsch ¼ 8 Uhr von Sophie-Charlotte-Platz.

### Eingegangene Druckschriften.

Der Selbstfabrikant für Küche und Haus. Von C. Beck. Geb. 1,20 M. — Katarthe und Tod. Hinte nach Dr. Dobermeier, 20 Pf. C. Wügel, Wiesbaden.

### Briefkasten der Redaktion.

Die zum Preise von 20 bis 40 Pf. in der Buchhandlung Vorwärts erhältlichen „Führer“ dienen zur Information über Fragen auf den verschiedensten Rechtsgebieten.  
Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezeichnung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abonnementskommission beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in den Sprechstunden vor.

6. 2. 92. Die fraglichen Verhältnisse sind uns leider nicht bekannt. Nebenfalls würden Sie bei der betreffenden Betriebsinspektion Auskunft erhalten. — Redner 1000. Reiben Sie sich bei der Arbeiterbildungsschule an. Vielleicht erreichen Sie dort den erwünschten Zweck. — 3. 2. 100. Ja. — 6. 1. 87. Das haben wir uns nicht gemerkt, fragen Sie bei der Direktion des Jutes direkt an. — Wakt 27. Können Sie durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, zum Preise von 1,30—1,50 M. beziehen. — 23. 6. 29. Ja. — R. S. 1. 1 und 2. Rein. — H. C. 7. Darin kann Verzeigung gefunden werden. Die Abweisung der Klage ist möglich. — 7. 2. 50. 1. Es bleibt nur Klage übrig. 2. Ja, sofern der Unfall eingetreten ist und Sie im Besitz eines Schuldtittels sind. 3. Verschaffen Sie sich ein Armenattest und beantragen Sie unter Ueberreichung desselben bei dem Landgericht in Potsdam die Bemühung des Armenrechts und Beforderung eines Anwalts. — Mierdreite 66. 1. RK Vollenburg des 70. Lebensjahres. 2. 1200 Beitragswochen. 3. Bei dem Versicherungsamt in Solbin. — 2. 37. Gena 8 M. Die Umschreibung ist noch bis zum 1. Mai zu erreichen. — Parzelle 1. Das ist abhängig von den eventuell bestehenden erbpöflichen Verträgen. Fragen Sie deswegen bei der Ortspöflichkeitsbehörde an. 2. Sie haben auch für den Fall der Konturschließung einen Anpruch auf Auslösung, falls ein notarieller Kaufvertrag besteht.

**Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler zu Berlin.**  
Achtung! Montag, den 20. April 1914, abends 6 Uhr: **General-Versammlung** aller Mitglieder

der Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler zu Berlin in den Arminhallen, Kommandantenstr. 57/58.  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht und Bericht der Revisoren. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand. 3. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 5, Abs. 3. 4. Verschiedenes.  
Die Versammlung wird präzis 6 Uhr eröffnet.  
Zutritt haben nur Kassamitglieder.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird erwartet, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen und gelangen am Eingang des Saales die Jahresberichte nebst dem Antrag des Vorstandes zur Verteilung.  
Der Vorstand.  
K. M.: Rahnz, Vorsitzender.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen.**  
Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 19. April, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Voeter, Weberstraße 17: **General-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassendbericht vom I. Quartal 1914.  
2. Aufstellung der Delegierten zum diesjährigen Verbandsstag.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
Diese wichtige Tagesordnung macht es jedem Mitgliede zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert zum Eintritt.  
Die Ortsverwaltung.

**Gardinen-Spezialhaus**  
Emil Lefèvre  
Berlin S, Oranienstr. 158.  
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettdecken etc. in allen Stilarten.  
Abgedekorations mit Querbehäng.  
Allovernettüll, Fenster 5,75  
Etamin (buntfarb.) „ 6,75  
1 Posten reichgestickter **Erbstüll-Bettdecken mit Volant** à 285 435 (bisher 5 bis 7 M.).  
**Erbstüll-Stores** mit Volant à 335 475 (bisher 5 bis 8 M.).  
**Spezial-Katalog** 650 Abbildungen gratis u. franko. aller Waren v. 20 an.

Ziehung am 23., 24. u. 25. April  
**3. Strassburg. Münster Geld-Lotterie**  
250 000 Lose. 9339 Geldgewinne in Mk.  
**250 000**  
**75 000**  
**30 000**  
**20 000**  
**10 000**  
Hauptgewinn Mark Nur Bar-Geld  
Strassburg. Münster. Geld-Lose à 3 Mk. Porto und Liste extra 30 Pf. zu haben in allen Lotteriegeschäften, Loseverkauftstellen und durch **Lud. Müller & Co.** in Berlin, Werderscher Markt 10. **J. Stürmer** in Straßburg i. E., Langstr. 107. Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pf.

Die reellsten und solidesten  
**MÖBEL**  
Liefert anerkannt **Mobelfabrik von Schulz**, Reichenberger seit 36 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenspreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Die Auslösungskosten betragen ausschließlich Stempelfosten, die schon bei einem eventuell notariellen Vertrag vorzuzahlen sind, 2 M. — R. W. 19. Nicht festhalten.

**Marktbreise von Berlin am 14. April 1914, nach Ermittlungen des fgl. Holzpreiskomm. (Mittw.)**, gute Sorte 00,00—00,00, Donna 0,00—0,00. **Malz** (runder), gute Sorte 14,90—15,20. **Richtstroh** 0,90, neu 7,60—8,00.  
**Partiwallenpreise** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. **Speisebohnen**, weiße 35,00—60,00. **Linien** 40,00—60,00. **Kartoffeln** (Reinhl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm **Rindfleisch**, von der Saule 0,00—0,00. **Rindfleisch**, Bauchfleisch 0,00—0,00. **Schweinefleisch** 0,00—0,00. **Rindfleisch** 0,00—0,00. **Hammelfleisch** 0,00—0,00. **Butter** 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm **Käse** 1,50—2,40. **Salz** 1,80—3,20. **Rander** 1,60—2,40. **Dehnte** 1,60—2,80. **Barzide** 1,00—2,20. **Schleie** 1,60—3,20. **Wiese** 0,80—1,60. 80 Stück **Brot** 3,50—24,00.

### Witterungsbericht vom 15. April 1914.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N. in °C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N. in °C
Zwinnende	765,2	SW	2	kl. wolkig	7	Habaranda	700,2	SW	4	wolkig	—
Hamburg	760,2	SW	6	5/8 wolkig	6	Petersburg	750,2	SW	8	Rebel	1
Berlin	767,2	SW	4	bedekt	6	Sibir	774,2	SW	8	Reiter	8
Frankf. a. M.	772,2	SW	1	bedekt	7	Überdeen	774,2	SW	2	wolkig	6
München	770,2	SW	4	bedekt	5	Paris	775,2	SW	4	wolkig	6
Wien	766,2	SW	3	Regen	6						

**Wetterprognose für Donnerstag, den 16. April 1914.**  
Wetter klar, nachts sehr kühl, am Tage wieder mäßig bei mäßigen westlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

**Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Freitag:**  
Am Freitag, etwa bis zur Oder hin, meist heiter und trocken, im Osten noch veränderlich, aber keine erheblichen Niederschläge. Am Tage wieder überall etwas wärmer; in der Nacht zu Donnerstag, besonders im nördlichen Binnenlande, vielfach Nachfröste.

### Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

V. a. G. Hamburg.  
Mitglieder-Versammlungen der Filialen

- Filiale Berlin 1: Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, in **Habels Brauerei**, Bergmannstraße 5—7.
- Berlin 2: Montag, den 20. April, abends 8½ Uhr, bei **Sittlich**, Ritterstr. 121. **Rassenbericht**, Verschiedenes.
- Berlin 3: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Kayser**, Reichensberger Straße 154. **Rassenbericht** vom I. Quartal 1914.
- Berlin 4: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Bringmann**, Andreassir. 26. **Rassenbericht**, Verschiedenes.
- Berlin 5: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Thiel**, Ritterstr. 7.
- Berlin 6: Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, im **Gesellschaftshaus**, Zwinnende Straße 42. **Rassenbericht** vom Januar bis März. **Rassenangelegenheiten**.
- Berlin 7: Sonntag, den 26. April, vorm. 10 Uhr, bei **Hoffmann**, Wajewalder Str. 4.
- Berlin 9: Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, bei **Lichter**, Schildingstr. 14.
- Berlin 10: Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, bei **Faber**, Siepshausstr. 11.
- Charlottenburg: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, im **Volkshaus**, Rosenthalstr. 3. Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Tinius**, Wilhelmstr. 53. Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Johann Blum**, Frankfurter Chaussee 116.
- Lichtenberg 2: Sonntag, den 18. April, abends 8 Uhr, bei **O. Blume**, Alt-Dorfgarten 56. **Rassenbericht**, Verschiedenes.
- Reinickow: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Tappert**, Steinmehlf. 114.
- Nieder-Schöneberg: Sonntag, den 19. April, vorm. 9 Uhr, bei **F. Kabe**, Wilhelmstr. 43. **Rassenbericht** vom I. Quartal.
- Pantow: Sonntag, den 18. April, abends 9½ Uhr, bei **Schröder**, Fiorastr. 5/6. Vortrag über **Brauerbetriebe**, Abrechnung vom Wintervergnügen, Geschäftsliches.
- Reinickendorf-Df: Sonntag, den 18. April, abends 9 Uhr, bei **Brückner**, Provinzialstr. 74. Abrechnung. **Rassenangelegenheiten**.
- Schöneberg: Sonntag, den 25. April, abends 9 Uhr, bei **Obst**, Weininger Str. 69.
- Steglitz: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Schmidt**, Wilmersb. 7.
- Tempelhof: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr, bei **Henschek**, Mariendorfer Chaussee 27.
- Weißensee: Sonntag, den 18. April, abends 9 Uhr, bei **Penkert**, Berliner Allee 251.
- Wilmers: Sonntag, den 18. April, abends 8½ Uhr.

Regelmäßige Beteiligung der Mitglieder erwünscht. 116/14 Die Ortsverwaltungen.

Kennt Du das Land, wo dicke Eichen stehn?  
Hast Du den kleinen Spreewald schon gesehn?  
Der schönste Ausflugsort im Reiche  
Ist Mann's Waldschloß in Schöneiche.

**Bandwurm**  
Tausende befreit  
mit Kopf (Spul) u. Madenwürmer befreit meist binnen 2 Stunden leicht und vollständig gefährlich ohne Berührung des vollkommnen ungeschlechtlichen, natürlichen **Rohls' Bandwurmmittel**  
Keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Hungerkur, nicht angreifl. u. ohne Nachteil, auch wenn Bandwurm nur vermutet wird. **Einfachste Anwendung** für Erwachsene 2—, Kind. (Altersang.) 1/2. All. echt mit Marke „Medios“, u. Namen **Otto Reichel**, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4. Wo in Drogerien nicht erh. in Diskr. Zus.

**Spezialarzt**  
Dr. Homeyer  
Friedrichstr. 81, gegenüber Kanakapital  
Spez. 10—2, 5—9, Sont. 11—2  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuss  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Mata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Mäßige Preise.  
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

**Bettfedern**  
Reinigung  
durch elektrischen Betrieb.  
Normaler Stand 20. 3.—  
Freie Abholung und Aufbringung.  
Reinickendorf  
**R. & S. MOSES**, StraÙe 9-10, Rord Tel. 1417.

